

# NEUE ZEIT

OKTOBER 1980

40

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus  
— Hauptbibliothek —  
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14  
Fernruf 24 305



WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

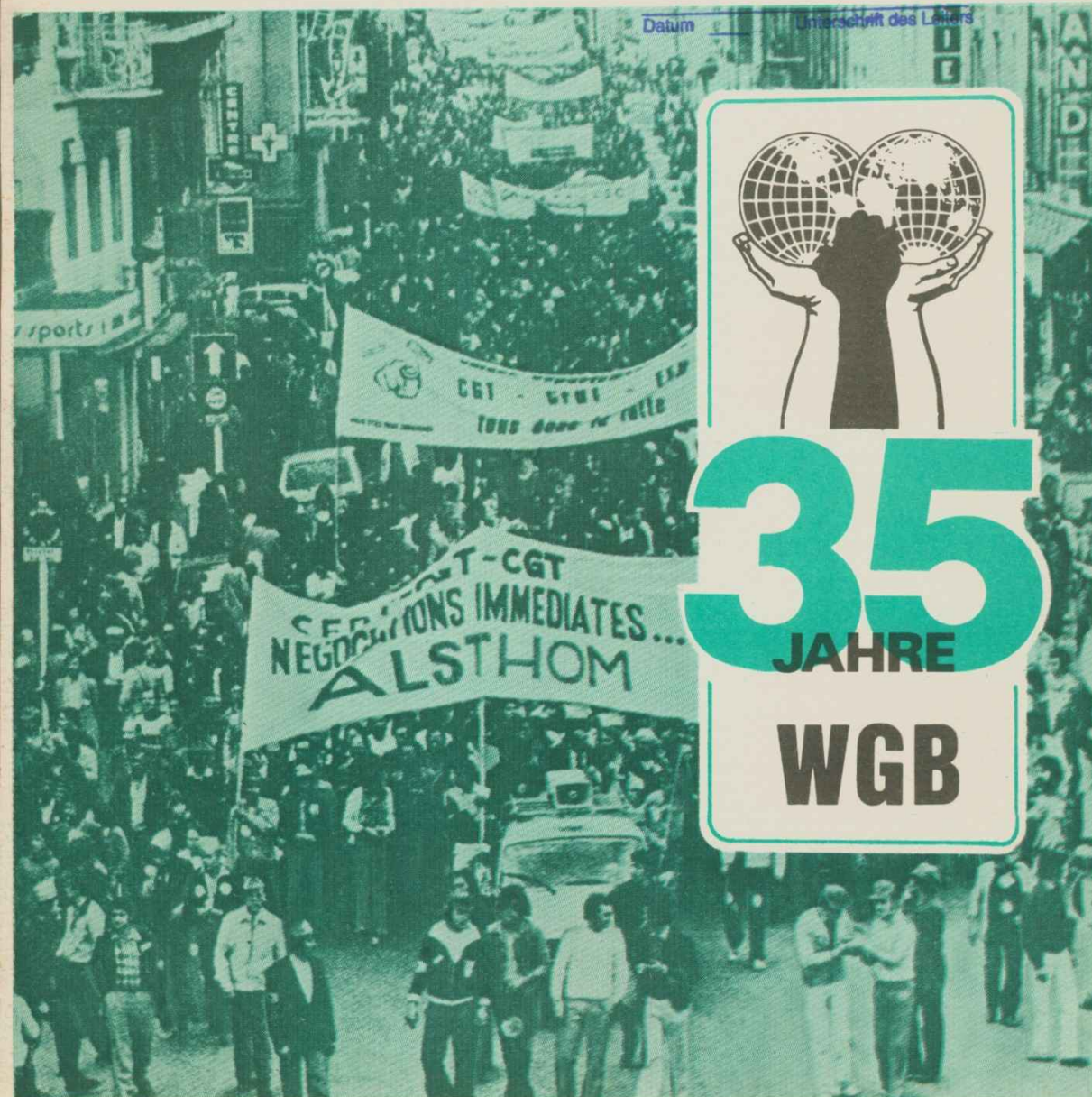
**Abgeschriben**  
aus dem Bestand der Bibliothek

Datum

Unterschrift des Lesers



**35**  
JAHRE  
WGB





An der Walzstraße

## SOWJETUNION IM BILD

Das Hüttenwerk von Tscherepowez wird nicht ohne Grund als nördliches Gegenstück des in der Zeit der ersten Fünfjahrpläne errichteten Hüttenkombinats von Magnitogorsk im Ural bezeichnet, das seinerzeit den Fortschritt in diesem Wirtschaftszweig verkörperte. Es hat auch jetzt seine Bedeutung nicht verloren, obgleich viele neue hochmoderne Betriebe entstanden sind.

Mit dem Bau des Werkes in Tscherepowez, Gebiet Wologda, begann man in den schweren ersten Nachkriegsjahren, als viele Städte und Dörfer aus Schutt und Asche wiedererstanden. Wie seinerzeit beim Hüttenkombinat von Magnitogorsk tat man auch hier alles, um so schnell wie möglich den Stahl zu erzeugen, den der Sowjetstaat so dringend benötigte. Ge-



Am Steuerpult der Walzstraße „2000“

baut wurde in beschleunigtem Tempo, neue technische Lösungen wurden gefunden, die nicht nur die Fristen für die Inbetriebnahme verkürzten, sondern auch zur Materialeinsparung beitrugen. Das Werk wird weiterausgebaut, vergrößert seine Produktionspalette. Die Belegschaft bemüht sich ständig um die Hebung der Arbeitsproduktivität. Die Erfahrungen des Werks werden von anderen derartigen Betrieben übernommen.

Ende v. J. wurde die hundertmillionste Tonne Stahl seit Inbetriebnahme des ersten Martinofens produziert. Die ersten 50 Millionen Tonnen wurden in 13 Jahren erzeugt, die zweiten 50 in nur acht Jahren.



Beim Abstich  
Fotos: TASS



## IM DIENSTE DER ARBEITERKLASSE

Der Weltgewerkschaftsbund, die größte internationale Gewerkschaftsorganisation, die die arbeitenden Menschen zum Kampf für ihre Interessen gegründet haben, begeht seinen 35. Jahrestag. Am 3. Oktober 1945 auf dem 1. Weltgewerkschaftskongreß in Paris ins Leben gerufen, vereinte der WGB damals 67 Millionen Werktätige aus 56 Ländern. Von seinem gegenwärtigen Einfluß zeugen folgende Fakten: Heute zählt der Bund 190 Millionen Mitglieder, Menschen aller Rassen, unterschiedlicher Weltanschauung, politischer Überzeugung, unterschiedlichen Glaubens. Nicht umsonst zeigt sein Emblem die beiden Hälften des Globus.

Der WGB heute, das sind 84 nationale Gewerkschaftszentralen in Europa, Asien, Afrika, Amerika, Australien und Ozeanien, in Ländern mit unterschiedlicher sozialer Ordnung und unterschiedlichem wirtschaftlichem Entwicklungsniveau. Das sind viele Zweig-, nationale und regionale Organisationen, vereint in dem Bestreben, die soziale Gerechtigkeit triumphieren zu sehen, das Recht aller Völker auf wahre nationale Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt zu verteidigen und keinen neuen Weltkrieg zuzulassen.

Vieles hat sich in den 35 Jahren in der Welt verändert. Das sozialistische Weltsystem ist entstanden und erstarkt. Heute ist ein Drittel der Weltindustrie in den sozialistischen Ländern konzentriert und dementsprechend kommt ein Drittel aller Arbeiter in der Welt mit ihren gewerkschaftlichen Massenorganisationen auf diese Länder. Der Kampf der Völker hat zum Sturz der Kolonialreiche geführt, viele Staaten haben die Ketten der Fremdherrschaft abgeworfen. Noch immer aber gibt es Überreste des Kolonialismus, noch immer den den Interessen der Werktätigen feindlichen Rassismus. Der Imperialismus und die Multis wollen die Ungleichheit, die Beziehungen des Herrschens und Raubens zum Schaden der Völker der Entwicklungsländer, der Werktätigen in aller Welt, verewigen. Immer schärfere Klassenkonflikte erschüttern die kapitalistische Welt, wo sich die arbeitenden Menschen zusammenschließen, um den verstärkten Angriff des Imperialismus auf ihre Rechte zurückzuweisen.

Lenin betonte immer wieder, die stärkste Waffe der Werktätigen sei ihre Einheit. Beweis

dafür ist die gesamte Geschichte der internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Aus ihr haben die Werktätigen und ihre Gewerkschaften vieles gelernt. Auch die Imperialisten ziehen ihre Schlußfolgerungen. Sie wollen die Werktätigen vom Klassenkampf ablenken, sie ideologisch aufweichen und spalten. Die bürgerliche Propaganda verleumdet die sozialistischen Länder, wo die Werktätigen Herren ihres Schicksals wurden. Hartnäckig versuchen sie deren Erfahrungen beim Aufbau des neuen Lebens zu diskreditieren und insbesondere die Rolle ihrer Gewerkschaften herabzusetzen und zu verzerren. Die Welt des Kapitals ist bemüht, ihre Stellungen zu halten und will den Bürgern der sozialistischen Welt fremde Anschauungen und Ideen oktroyieren.

Den Spaltungsversuchen der Imperialisten und ihrer Helfershelfer stellt der WGB immer zielstrebigere Anstrengungen entgegen, um die arbeitenden Menschen im Kampf für ihre Klasseninteressen, für ein besseres Leben und einen dauerhaften Weltfrieden zusammenzuschließen. Der WGB setzt sich stets für die Aktionseinheit und Solidarität aller Formationen der Weltgewerkschaftsbewegung ein und zwar unabhängig von deren Orientierung und organisatorischer Zugehörigkeit. Besonders deutlich hat das der 9. Weltgewerkschaftskongreß im Frühjahr 1978 in Prag gemacht. An ihm beteiligten sich nicht nur Abgesandte von Mitgliedsorganisationen des WGB, sondern auch die Vertreter von 230 Millionen Werktätigen, die in 303 Gewerkschaftsorganisationen aus 126 Ländern zusammengefaßt sind. Das in Prag beschlossene Orientierungs- und Aktionsdokument sowie die Allgemeine Erklärung der gewerkschaftlichen Rechte definierten die Hauptziele des gemeinsamen Kampfes aller Werktätigen auf der gegenwärtigen Etappe.

Die Tätigkeit des WGB ist breitgefächert und vielfältig. Der Bund organisiert Massenkampagnen zur Unterstützung des Kampfes der Werktätigen für ihre Rechte, gegen Arbeitslosigkeit und Inflation. Er bildet internationale gewerkschaftliche Solidaritätskomitees während großer Streiks in der kapitalistischen Welt, zur Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes der Völker. Einen großen Beitrag zur Sache der Werktätigen leisten die internationalen Zweigverbände, mit denen der WGB eng zusammenarbeitet. Der Bund entlarvt entschlossen alle Anschläge der Feinde von Frieden und Entspannung, alle imperialistischen Aggressionsakte, sei es nun gegen Kuba oder Vietnam, Palästina oder Libanon, Iran oder Afghanistan. Mit seiner Tätigkeit beweist der WGB, daß der Wille zum Frieden für die arbeitenden Menschen höchstes Gebot ist.

Die Treue zur Arbeiterklasse, zur Flagge des proletarischen Internationalismus hat dem WGB die Achtung und Anerkennung von Millionen Menschen eingetragen.



# NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 40 OKTOBER 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

## IN DIESEM HEFT:

Im Dienste der Arbeiterklasse . . . . .	1
M. Fjodorow — Für das Recht auf Leben . . . . .	5
Aufruf des Weltparlaments der Völker für den Frieden . . . . .	6
G. Rjabow — Sternstunden Kubas . . . . .	7
H. Krolkowski — Der gute Ruf eines sozialistischen Staates . . . . .	8
W. Kusnezow — Ein Nuklearraketen-Marathon! . . . . .	10
A. Uswatow — Irak—Iran. Den Brand löschen . . . . .	12
J. Michejew — Sowjetunion—Laos. 20 Jahre Zusammenarbeit . . . . .	13
A. Krassikow — Spanien. Mit wem geht die Armee! . . . . .	14
Notizen ♦ Glossen . . . . .	16
G. Staruschenko — Afrika. Wahl des Weges . . . . .	18
W. Gawilewski — UNESCO. Debatte in Belgrad . . . . .	20
D. Wolski — Das Rad dreht sich . . . . .	21
V. Lewin — In CIA-Diensten . . . . .	22
Diskussion mit dem Leser . . . . .	24

DOKUMENTE: Schreiben Andrej Gromykos an Kurt Waldheim. Entwurf einer Resolution der UNO-Vollversammlung. Für Frieden und Abrüstung, für internationale Sicherheitsgarantien [Memorandum der Sowjetunion] . . . . . 25



Am 3. Oktober begeht der Weltgewerkschaftsbund seinen 35. Jahreslag. Die Einheit der Werktätigen im Kampf für ihre Klasseninteressen ist ihre stärkste Waffe. Den Versuchen, die arbeitenden Menschen zu spalten, setzt der WGB Anstrengungen zum Zusammenschluß der Werktätigen im Kampf für ein besseres Leben, für dauerhaften Weltfrieden entgegen.

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782. GSP, Puschkinskaja Ploščadʹ

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Vom 23. bis 27. September wurde in Sofia das Weltparlament der Völker für den Frieden abgehalten, auf dem Delegierte aus 137 Ländern und von über 100 internationalen Organisationen ein Aktionsprogramm zum Kampf für den Frieden auf der gegenwärtigen Etappe erörterten. Am 23. September sprach auf der Plenarsitzung der Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU Boris Ponomarew. Die Forumsteilnehmer verabschiedeten einen Aufruf an die Völker der Welt, sich im Kampf zur Verhütung einer Kernkriegsgefahr zusammenzuschließen, sowie eine Charta des Weltparlaments der Völker für den Frieden (siehe S. 5).

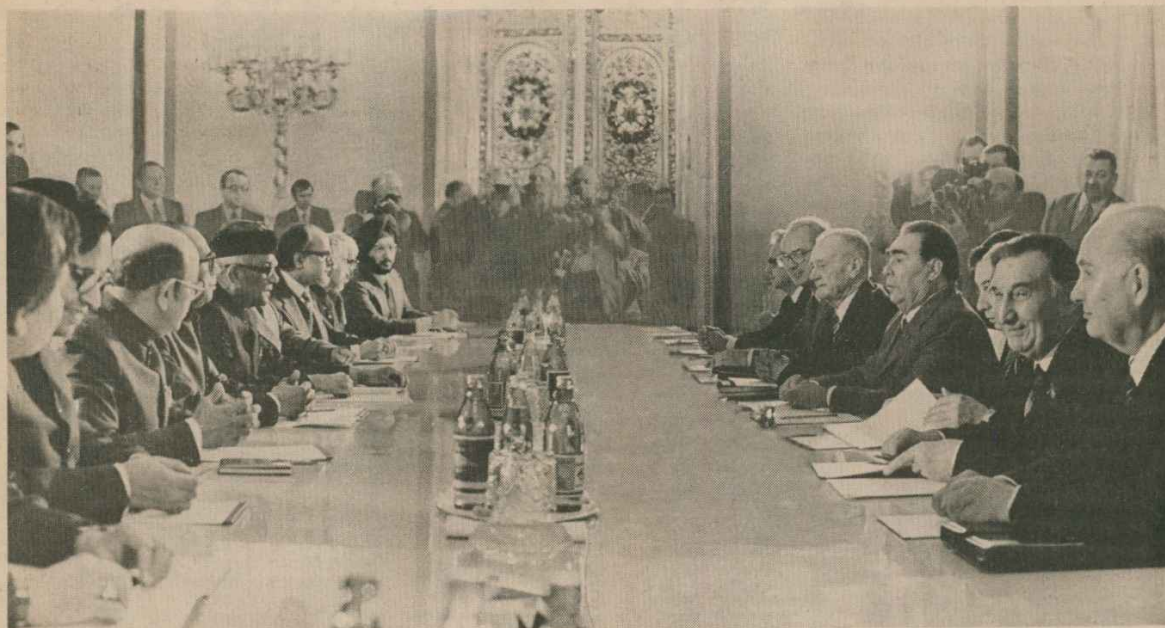
Am 24. September kam es in Sofia zu einer Begegnung des Ersten Sekretärs des ZK der BKP und Vorsitzenden des Staatsrats der VR Bulgariens Todor Shiwkow mit Boris Ponomarew. Besprochen wurden Fragen der erfolgreichen Realisierung der Linie der KPdSU und der BKP auf die Entwicklung einer allseitigen Zusammenarbeit und die Annäherung zwischen der UdSSR und der VR Bulgariens. Am gleichen Tag überreichte Shiwkow Ponomarew die höchste Auszeichnung Bulgariens, den Georgi-Dimitroff-Orden, der ihm für seine Verdienste beim Ausbau der Kontakte und Zusammenarbeit zwischen BKP und KPdSU, bei der Festigung der Einheit der kommunistischen und Arbeiterbewegung, für seinen Beitrag zur Theorie des Marxismus-Leninismus zuerkannt wurde.

Am 26. September 1980 kehrte um 18.54 Moskauer Zeit nach der erfolgreichen Erfüllung eines gemeinsamen Forschungsprogramms an Bord des Orbitalkomplexes Salut 6—Sojus 37—Sojus 38 die internationale Besatzung mit Fliegerkosmonaut der UdSSR Romanenko und Forschungskosmonaut Arnaldo Tamayo Méndez (Republik Kuba) zur Erde zurück. Die Kosmonauten Popow und Rjumin setzen die Arbeit in Salut 6 fort (siehe S. 7).

Gemäß dem Programm zur Sicherung der weiteren Funktionsfähigkeit des Forschungskomplexes Salut 6—Sojus wurde am 28. September 1980 in der UdSSR ein automatischer Raumtransporter Progress 11 gestartet, der Material und verschiedene Frachtstücke zu Salut 6 befördert.

Am 23. September sprach auf der Plenartagung der UNO-Vollversammlung zur politischen Generaldebatte ausführlich UdSSR-Außenminister Andrej Gromyko. In einem Schreiben an UNO-Generalsekretär Waldheim schlug die Sowjetunion vor, als wichtig und





Am 29. September traf in Moskau zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch der Präsident der Republik Indien, Neelam Sanjiva Reddy, ein. Am 30. September führte Reddy im Kreml Gespräche mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU und Präsidiums vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR, Leonid Breschnew, dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und ersten stellvertretenden Vorsitzenden des UdSSR-Ministerrats Nikolai Tichonow, dem stellvertretenden Vorsitzenden des UdSSR-Ministerrats Iwan Archipow und dem ersten stellvertretenden Außenminister der UdSSR Viktor Malzew. Unser Bild: Während der Verhandlungen

Foto: S. Smirnow

dringlich die Frage „Über einige unaufschiebbare Maßnahmen zur Verringerung der Kriegsgefahr“ auf die Tagesordnung der 35. UNO-Vollversammlung zu setzen. Dem Schreiben ist ein entsprechender Resolutionsentwurf beigelegt. Namens der Sowjetunion wurde der UNO-Vollversammlung ferner ein Memorandum „Für Frieden und Abrüstung, für internationale Sicherheitsgarantien“ zugeleitet. Das Papier erinnert an bisher nicht verwirklichte UNO-Beschlüsse sowie an Angebote der UdSSR und anderer sozialistischer Länder.

Am 25. September trafen in New York Andrej Gromyko und der US-Außenminister Edmund Muskie zu einem Meinungsaustausch zusammen, bei dem es um die Aufnahme von Verhandlungen zur Begrenzung von Kernwaffen ging, die bei dieser Begegnung vorausgegangen Kontakten zwischen beiden Seiten angesprochen worden war. Im Ergebnis wurde eine Übereinkunft erzielt, der zufolge die Vertreter der UdSSR und der USA in der Woche vom 13. Oktober in Genf zusammentreffen,

um die praktische Erörterung dieser Fragen aufzunehmen.

Am 29. September traf in Moskau auf Einladung des ZK der KPdSU eine Delegation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens ein, der der Parteivorsitzende Palme, der Sekretär der Partei Anderson, das Mitglied des Exekutivkomitees des Parteivorstands Carlsson sowie der stellvertretende Vorstandssekretär für internationale Kontakte Stenarv angehören.

Am 23. September wurde in Belgrad die 21. Tagung der Generalkonferenz der UNO zu Fragen der Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) eröffnet (siehe S. 20).

Am 25. September begann in der Wiener Hofburg die 22. Verhandlungsrunde über die gegenseitige Reduzierung von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa.

Am 27. September wurde in Manila die Weltkonferenz für Tourismus eröff-

net, zu der Vertreter aus rund 100 Ländern, darunter aus der UdSSR, eintrafen. In einer Grußbotschaft Leonid Breschnew an die Konferenzteilnehmer heißt es: „Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß eine breite internationale Zusammenarbeit im Tourismus einen günstigen Einfluß auf den weiteren Ausbau der Völkerverständigung nimmt und einen bedeutenden Beitrag zur Festigung des Weltfriedens leistet.“

Am 24. September nahm in Genf die turnusmäßige Sitzung der ständigen sowjetisch-amerikanischen Konsultationskommission ihre Arbeit auf, die zur Durchsetzung der Ziele und Punkte des Vertrags über eine Begrenzung der Raketenabwehrsysteme sowie des Zeitweiligen Abkommens über einige Maßnahmen auf dem Gebiet der Begrenzung der strategischen Offensivwaffen, die am 26. Mai 1972 zwischen der UdSSR und den USA getroffen wurden, beitragen soll sowie auch zum sowjetisch-amerikanischen Abkommen über Maßnahmen zur Verringerung der Gefahr eines Nuklearkriegs vom 30. September 1971.

Der Revolutionäre Volksrat Kampuchea beschloß Vorbereitungen zu Wahlen in die obersten Organe der Staatsmacht der VR Kampuchea, die Anfang 1981 stattfinden sollen.

In Phnom Penh wurde eine Erklärung des Außenministeriums Kampuchea verbreitet, die die Versuche einiger Länder entschieden verurteilt, die 35. UNO-Vollversammlung zur Debatte über die sogenannte Kampuchea-Frage



zu veranlassen. Das Außenministerium der VR Kambuchea betrachtet jede diesbezügliche Debatte als grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kambuchea. Ohne Beteiligung eines Vertreters des Revolutionären Volksrates ist sowohl die Debatte der Lage in Kambuchea als auch die Einberufung einer „internationalen Konferenz“ zur Kambuchea-Frage unter UNO-Schirmherrschaft illegitim.

Der UNO-Sicherheitsrat erörterte am 28. September den Konflikt zwischen Iran und Irak und rief beide Seiten auf, sich der weiteren Gewaltanwendung zu enthalten und die zwischen ihnen entstandenen Differenzen mit friedlichen Mitteln zu lösen (siehe S. 12).



In Dänemark wurde ein von den Gewerkschaften und von öffentlichen Organisationen organisierter Protestmarsch gegen die Arbeitslosigkeit durchgeführt.

Foto: TASS

Vom 21.—23. September stattete Großbritannien Premierminister Margaret Thatcher Griechenland und vom 24.—25. September Jugoslawien einen offiziellen Besuch ab.

Am 29. September begann in Blackpool die 79. Jahreskonferenz der Labour-Party mit rund 1200 Delegierten. Das Nationale Exekutivkomitee der Partei veröffentlichte den Entwurf eines Wahlmanifests. In der Innenpolitik ist eine beschleunigte industrielle Entwicklung vorgesehen, darunter durch die Stimulierung von Betrieben des staatlichen Sektors und die Überwindung der Arbeitslosigkeit, in den internationalen Beziehungen geht es um die Festigung des Friedens, um Entspannung und Einstellung des Wettrüstens.

Nach einer Sondersitzung der Regierung am 27. September erklärte der Vorsitzende des Ministerrats Italiens, der Christdemokrat Cossiga, den Rücktritt des Kabinetts. Dazu entschloß sich die Regierung, nachdem sie am gleichen Tag bei der Abstimmung über einen Gesetzentwurf im Abgeordnetenhaus eine Niederlage erlitten hatte. Der

Entwurf sah „harte Sparmaßnahmen“ zur Bekämpfung der Inflation vor. Italiens Präsident Pertini nahm Konsultationen zur Überwindung der jüngsten Regierungskrise auf.

Am 26. September kam es in München auf dem Oktoberfest zu einem grausamen Terrorakt. An einem Parkeingang explodierte eine Zeitzünderbombe, dabei wurden 12 Personen, darunter drei Kinder, getötet und 215 verletzt. Unter den Getöteten ist auch der Terrorist, ein Mitglied einer neofaschistischen, von Karl-Heinz Hoffmann geleiteten Organisation. Hoffmann und fünf seiner engsten Mitarbeiter wurden verhaftet, auf Beschluß der Bundesanwaltschaft aber bald wieder freigelassen. Die Freilassung Hoffmanns löste heftigen Protest der antifaschistischen Organisationen aus.

Die chinesische Seite hat den jüngsten Vorschlag Vietnams über Wiederaufnahme der Verhandlungen zur Regelung der beiderseitigen Beziehungen abgelehnt. In einer vom chinesischen Außenministerium am 23. September an die Botschaft der SRV in Peking gerichteten Note wird der konstruktive Vorschlag des SRV-Außenministeriums vom 12. September zurückgewiesen und behauptet, gegenwärtig bestünden „keine günstigen Voraussetzungen“ für Verhandlungen.

Der Generalstaatsanwalt der Obersten Volksanwaltschaft der VR China Huang Huoqing hat erklärt, das Ministerium für öffentliche Sicherheit habe die Voruntersuchung in Sachen „der konterrevolutionären Gruppierungen“ Lin Biao und Jian Qing abgeschlossen und sie der Staatsanwaltschaft übergeben. Diese habe die Dokumente geprüft und die Beschuldigten verhört.



Überall in der Bundesrepublik dauern die größten Herbstmanöver der NATO-Truppen unter Beteiligung von 320 000 Soldaten und Offizieren an. Britische Militärangehörige treffen zu den Manövern ein.

Foto: DPA—TASS

Zu Recht wurden die 70er Jahre als Entspannungsjahrzehnt bezeichnet. Die Welt kennt die positiven Ergebnisse der auf Minderung der internationalen Spannungen, auf Stärkung des Verständnisses zwischen den Völkern gerichteten Politik gut. Die scharfe Wende des Kurses der US-Administration, hervorgerufen u.a. durch den Zusammenbruch der aggressiven Pläne des Imperialismus in Afghanistan, führte zu einer Verschlechterung der Lage. Die Presse und verschiedene Politiker des Westens verkündeten eilig, mit der Entspannung sei es vorbei. Daß das nicht so ist, bewiesen überzeugend die Begegnungen Leonid Breschnews mit den Staatsmännern Frankreichs und der BRD. Von der Vitalität der Spannungspolitik wird zweifellos auch das bevorstehende Madrider Treffen der KSZE-Teilnehmerländer Zeugnis ablegen.

V. FARINITSCH  
Leningrad

Nur sehr naive Leute können die Lüge von der „sozietischen Bedrohung“ glauben. Ja, die Möglichkeiten des sozialistischen Systems sind unbegrenzt, sein Wirtschaftspotential ist riesig. Doch wie kann man ein Land als Aggressor hinstellen, das Millionen seiner Söhne hingegeben hat, damit die Völker der Welt in Frieden leben können? Meine herzlichsten Grüße an alle Mitarbeiter der „Neuen Zeit“. Ihre Wochenschrift hilft uns, den Sinn der internationalen Vorgänge besser zu verstehen.

Julio ZAYAS  
Havanna, Kuba

Mehrfach schon wollte ich Ihnen diesen Brief schreiben, weil ich mir über meine Eindrücke von der großartigen Veranstaltung der Moskauer Olympischen Spiele klar werden will, die uns das Fernsehen ins Haus brachte. Ich bin froh, daß fast die gesamte australische Mannschaft in Moskau war. Die Spiele waren ein ungeheurer Erfolg. Die Wettkämpfe fanden in einmaligen Sportanlagen statt. Der Erfolg der Olympiade '80 ist eine Niederlage für jene Kreise der USA, Großbritannien und Australiens, die die Spiele nur deshalb verhindern wollten, weil sie im ersten Land des Sozialismus stattfanden. Doch wie heimtückisch die Gedanken Washingtons auch waren, mit der Zeit werden die Völker alles richtig erkennen.

Ted YOUNG  
Dundas, Australien





# Für das Recht auf Leben

Das Wettrüsten wird immer gefährlicher und immer teurer für die Menschheit. Experten rechnen für 1980 mit über 500 Md. Dollar. Und das in einer Welt, in der jeder Dritte der elementarsten medizinischen Hilfe entbehrt, jeder Fünfte Alphabet ist und jeder Siebente hungert.

In den letzten Jahren sind die Kernwaffenvorräte in einem Maße angewachsen, daß sie heute ausreichen, die ganze Menschheit 15mal umzubringen. Dennoch geht die Hatz in den Abgrund weiter: US-Präsident Carter versuchte unlängst in seiner Direktive 59 den Kernkrieg praktisch zu legalisieren. Finstere Wolken der Nuklearraketekonfrontation ziehen sich über der Erde zusammen. Deshalb standen die Probleme der Einstellung des Wettrüstens, der Verhütung einer weltweiten Katastrophe im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit des Weltparlaments der Völker für den Frieden, das auf Initiative des Weltfriedensrats vom 23. bis zum 27. September in Sofia zusammentrat.

Leonid Breschnew bemerkte in seiner Botschaft an die Teilnehmer, das Geschick der Welt werde heute nicht nur von denen bestimmt, die gewohnt sind, Diktat, Gewalt und Krieg als normale Methoden zur Lösung internationaler Angelegenheiten anzusehen. Die steigende Kriegsgefahr löst eine immer stärkere Protestwelle in den unterschiedlichsten Kreisen der Öffentlichkeit aus: unter Parlamentariern, in Parteien, Gewerkschaften, Frauen- und Jugendorganisationen unterschiedlicher Orientierung. Es besteht eine reale Möglichkeit, rechtzeitig jenen in den Arm zu fallen, die auf die Anwendung von Gewalt setzen und nach Weltherrschaft streben, die die Menschheit in einen vernichtenden weltweiten Kernkrieg treiben. Diesen Gedanken hob auch der Erste Sekretär des ZK der Bulgarischen KP und Vorsitzende des Staatsrats der VR Bulgarien Todor Shiwkow in seiner Begrüßungsrede hervor.

Der Begegnung in Sofia wohnten 2260 Delegierte aus 137 Ländern bei. Die Gastgeber schufen alle Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit des Friedensforums. Ihm stand der größte Saal der Hauptstadt, „Universiada“, zur Verfügung.

Da die bürgerliche Presse Foren der Friedensfreunde gewöhnlich als „Kongresse der Roten“ bezeichnet, führe ich einige Zahlen an. In Sofia weilten mehr als 200 Parlamentarier,

die den unterschiedlichsten Parteien angehören, etwa 200 Gewerkschaftsführer sowie Repräsentanten von über 100 internationalen Organisationen. Der Kongreßsaal sah viele Minister aus verschiedenen Ländern. Interessant ist auch, daß die Teilnehmer des Parlaments mehr als 300 Parteien und Organisationen angehörten.

Eine solche Vielfalt der politischen Anschauungen wirkte sich selbstverständlich auf den Charakter der Diskussionen aus, die sehr lebhaft und mitunter scharf waren. Damit möglichst viele Delegierte zu Wort kamen, wurden die Diskussionen auf verschiedenen Ebenen abgehalten: auf den Plenarsitzungen, auf drei Foren, in neun Kommissionen, sechs Arbeitsgruppen und sieben „Rundtischgesprächen“, woran sich Gewerkschafter, Vertreterinnen von Frauenorganisationen, Kulturschaffende, Mitarbeiter des Bildungswesens und Wissenschaftler, Journalisten, Geistliche, Parlamentarier, Jugendliche und Studenten beteiligten.

Auf den drei Foren lauteten die Themen:

Wettrüsten und Kriegsgefahr. Ihr Einfluß auf den Kampf für Abrüstung und Entspannung;

Wettrüsten und Kriegsgefahr. Ihr Einfluß auf den Kampf für nationale Unabhängigkeit und eine neue Weltwirtschaftsordnung;

Wettrüsten und Kriegsgefahr. Ihr Einfluß auf den Kampf für sozialen Fortschritt.

Ferner gab es Hearings zu Fragen der Verletzung der Menschenrechte und zu Verbrechen gegen die Menschheit. Man befaßte sich mit den verbrecherischen chinesischen Aggressionen in Vietnam und des Regimes Pol Pot—Ieng Sary in Kampuchea, mit der Verletzung der Menschenrechte auf Haiti, in El Salvador, Guatemala, Chile, Uruguay, Paraguay, in den okkupierten arabischen Territorien sowie in Nordirland.

Die ganze Palette der auf den Sitzungen der Arbeitsorgane geäußerten Gedanken läßt sich kaum schildern. Sie hatten jedoch einen gemeinsamen Nenner: Die USA und die NATO spielen ein gefährliches militaristisches Spiel, das zur Katastrophe führen kann. Die Völker müssen ihre Kräfte zusammenschließen, um die Kriegstreiber zurückzuweisen. Dem Imperialismus und Neokolonialismus muß der vereinte

Wille der Volksmassen entgegengesetzt werden.

Viele sprachen empört von den Aufwendungen für das Wettrüsten. Es wurden z. B. folgende Vergleiche angestellt: Allein für die zur Entwicklung und Konstruktion von F-16-Jägern der USA benötigten Mittel könnte man acht große Programme, ähnlich dem Programm der Weltgesundheitsorganisation zur Ausmerzungen der Pocken auf der Welt finanzieren. Ein moderner Panzer kostet ca. 500 000 Dollar, was den Kosten für die Ausstattung von 520 Schulklassen gleichkommt. Der Bau eines modernen Zerstörers verschlingt 100 Mio Dollar, die ausreichen würden, Städte und Dörfer mit einer 9 Millionen Bevölkerung zu elektrifizieren.

Eine in Sofia weilende Experten-Gruppe für militärische Fragen legte ihr Memorandum zur Direktive 59 vor. Unter den Experten waren der ehemalige portugiesische Präsident General Costa Gomes, der ehemalige stellvertretende Oberkommandierende der NATO-Kernstreitkräfte Generalleutnant Nino Pasti (Italien), der ehemalige stellvertretende Befehlshaber der Kriegsmarine Admiral Sanguinetti (Frankreich). Sie betonten: „Die Direktive des US-Präsidenten, die auf einen begrenzten strategischen Krieg setze, verstärke tatsächlich stark die Möglichkeit eines durch nichts begrenzten Kernkonflikts mit all seinen katastrophalen Folgen“, senke die Nuklearschwelle und „bietet den USA in der Tat die Möglichkeit, als erste Kernschläge zu führen, um die militärische Überlegenheit bereits in den ersten Stunden eines Krieges zu erlangen“.

Nach einer eingehenden Erörterung brachte jedes Forum seine Ansicht in einer Resolution zum Ausdruck, jede Kommission in einigen Beschlüssen, jede Gruppe und jedes „Rundtischgespräch“ in einem Referat. Zusammengenommen definierten diese Dokumente die vorrangige Aufgabe des Kampfes für Frieden auf der gegenwärtigen Etappe.

In knapper, konzentrierter Form wurden diese Aufgaben dann in zwei wichtigen Dokumenten — dem Aufruf (seinen Text bringen wir auf der nächsten Seite) und der Charta des Weltparlaments der Völker für den Frieden, die ein ausführliches Aktionsprogramm der Friedenskräfte darstellt, formuliert.

Vor allem haben die Teilnehmer



# AUFRUF DES WELTPARLAMENTS DER VÖLKER FÜR DEN FRIEDEN

Die Völker der Welt sind alarmiert. Nie zuvor war die Gefahr eines nuklearen Weltbrandes so groß.

Die nukleare Hochrüstung, die Anhäufung todbringender Waffen, sind an einem kritischen Punkt angelangt. Eine weitere Eskalation der Aufrüstung könnte eine außerordentlich gefährliche Lage schaffen, in der die Menschheit von der Ausrottung bedroht ist.

Die „neue Nuklearstrategie“ ist ein sorgfältig ausgeklügeltes Täuschungsmanöver: angeblich könne ein begrenzter oder regionaler Kernwaffenkrieg geführt werden, ohne daß er sich zu einer weltweiten Katastrophe ausweiten würde. Wir weisen diese gefährliche, unmenschliche Doktrin entschieden zurück!

Die Völker der Welt, die über drei Jahrzehnte den Ausbruch eines Weltkrieges erfolgreich verhinderten und aufopferungsvoll für Abrüstung und Entspannung gekämpft haben, weigern sich, in diese Machenschaften einbezogen zu werden. Sie fordern: Schluß mit dem Aufrüsten und dem Säbelrasseln! Schluß mit Aggression und Gewaltandrohung! Wendet die Gefahr eines Kernwaffenkrieges ab!

Wir appellieren an die Vernunft und das Verantwortungsbewußtsein aller Politiker und Staatsmänner, wir appellieren an die Regierungen:

Nehmt Abstand von den neuen Rüstungsprogrammen! Stellt die Produktion neuer Arten von Massenvernichtungsmitteln ein — Raketen, Neutronenwaffen, chemischen und allen anderen Waffenarten! Reduziert die Waffenarsenale! Ächtet die Kernwaffen! Verhandelt! Es gibt keine andere Alternative!

Wir appellieren an alle, denen der Frieden am Herzen liegt: In Sorge sein, genügt nicht! Alarmiert zu sein, ist nicht genug! Die Völker haben die Macht, den Frieden — ihr Grundrecht — zu wahren!

Jetzt muß gehandelt werden! Erheben wir unsere Stimme lauter denn je zuvor! Gebieten wir denjenigen Einhalt, die die Menschheit immer dichter an den atomaren Abgrund treiben!

Lassen wir alles Trennende beiseite! Vereinigen wir uns im Kampf gegen die Gefahr eines Atomkrieges!

des Treffens von Sofia feierlich geschworen, den Frieden zu bewahren und zu festigen.

In der Charta heißt es: „In Frieden zu leben, ist das geheiligte und unveräußerliche Recht eines jeden Menschen und eines jeden Volkes. Frieden ist der unschätzbare gemeinsame Besitz der Menschheit, die Hauptbedingung und Voraussetzung für den Fortschritt.“

Die sozialen, ökonomischen und politischen Rechte können nur verwirklicht werden, wenn das Recht auf ein Leben in Frieden gewährleistet ist. Jede Beeinträchtigung dieses geheiligten Rechtes — die Planung, Vorbereitung und Entfesselung von Kriegen — ist das schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Jeglicher Versuch, militärische Überlegenheit zu erlangen ist nicht nur sinnlos, sondern auch höchst gefährlich, weil das Wettrüsten auf eine qualitativ neue Höhe getrieben werden kann, wo es außer Kontrolle geraten könnte.“

Die Teilnehmer des Friedensforums forderten einhellig:

Die baldige Ratifizierung von SALT II und die Fortführung der Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Rüstungen;

die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenraketen und vorgeschobene Systeme;

die gleichzeitige Auflösung der Militärbündnisse und den Abbau aller ausländischen Militärstützpunkte;

die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den Staaten, das die Entspannung in den 70er Jahren beträchtlich vorangebracht hat.

In diesem Zusammenhang wird

die große Verantwortung der Signatarstaaten der Schlußakte von Helsinki erwähnt. „Von besonderer Bedeutung wäre ein konkreter Beschluß zur Einberufung einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa.“

Die Charta betont ferner: „Das Recht auf Frieden ist das Recht auf nationale Unabhängigkeit, auf freie und friedliche Entwicklung aller Völker.“ „Die Beseitigung aller Formen der Diskriminierung, aller künstlichen Barrieren im Welthandel, aller Formen der Ungleichheit, des Diktats und der Ausbeutung in den Wirtschaftsbeziehungen und die Schaffung gerechter und gleichberechtigter internationaler Wirtschaftsbeziehungen sind Grundrechte der Menschheit“, heißt es in der Charta weiter. „Unzureichende wirkliche Fortschritte bei der Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung rühren daher, daß die imperialistischen Mächte und die transnationalen Gesellschaften nicht bereit sind, ihre privilegierten Positionen aufzugeben.“

Besonders akzentuiert wird in der Charta:

„Der Krieg ist nicht unvermeidbar! Der Frieden kann erhalten und gefestigt werden!“

Kein Land, kein Volk, keine Partei oder Organisation kann dies jedoch allein vollbringen. Nur durch unseren gemeinsamen Kampf können wir der verbrecherischen Verschwörung gegen den Weltfrieden ein Ende bereiten. Es gibt keine Alternative!

Nichts darf uns in unserem gemeinsamen Kampf für das Überleben der Menschheit entzweien! Möge die Weltöffentlichkeit ihre Stimme machtvoll erheben, um diejenigen in

die Schranken zu weisen, die die Menschheit immer näher an den Abgrund des Atomkrieges drängen!

Machen wir 1981 zum Sprungbrett für die entscheidende Offensive der Friedenskräfte in diesem Jahrzehnt, um bei der Einstellung des Wettrüstens den entscheidenden Durchbruch zu erzielen!“

Das Parlament billigte das neue Aktionsprogramm der Friedenskräfte in feierlicher Form. Jetzt geht es um seine Durchsetzung. Es sei wichtig, daß die Arbeitsergebnisse des neuen Friedensforums sich nicht auf die Annahme guter Resolutionen beschränken, erklärte der Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU Boris Ponomarew in seiner Rede auf der Plenartagung. In den letzten 35 Jahren hat es viele Kongresse, Konferenzen, Symposien und Begegnungen, darunter auch auf UNO-Ebene, zu Fragen des Friedens und der Abrüstung gegeben. Leider geht das gigantische Wettrüsten immer noch weiter. Die gesamte internationale Situation erfordert, dem Friedenskampf ein neues Niveau zu verleihen.

„Wir sind überzeugt, daß keine fatalistische Unausbleiblichkeit eines Kernkriegs besteht. Doch das heißt leider nicht, daß sein Entstehen ausgeschlossen wäre. Deshalb muß alles getan werden, damit eine breite weltweite Front zustande kommt, die einen radikalen und endgültigen Durchbruch in der internationalen Entwicklung herbeiführen könnte“, sagte Ponomarew.

Diese Front zu schaffen, ist heute die aktuellste und dringendste Aufgabe aller Kämpfer gegen den Krieg.

M. FJODOROW  
NZ-Sonderberichterstatter



# STERNENSTUNDEN KUBAS

Gennadi RJABOW

Am 26. September nahm die Erde die Helden der sowjetisch-kubanischen Raummannschaft, die Genossen Juri Romanenko und Arnaldo Tamayo Méndez, feierlich wieder auf. Sie hatten das Flugprogramm an Bord von Salut 6—Sojus 37—Sojus 38 glänzend ausgeführt. Resultate von fast 30 Experimenten wurden mit auf die Erde gebracht.

Das von Wissenschaftlern und Experten der Sowjetunion und der Republik Kuba entwickelte Versuchsprogramm umfaßte hochwichtige, man kann sagen, die Hauptrichtungen der Raumarbeit. Beobachtung und Aufnahmen der Erdoberfläche und der Weltmeere zur Erkundung der Naturressourcen und der Umwelt, kosmische Materialkunde und medizinisch-biologische Experimente, die nicht nur die von den vorherigen internationalen Besatzungen unternommenen Versuche fortsetzten, sondern auch neue, sehr originelle Tests einschlossen. So z. B. das Experiment „Soporte“. Nach längerer Schwerelosigkeit kam es nämlich bei den Kosmonauten zur Störung der Bewegungsfunktionen, insbesondere zu einer Veränderung in der Koordination. Experten nahmen an, dies sei mit Veränderungen in der Struktur und in der Stützfähigkeit des Fußes verbunden, d. h. mit Tendenzen zum Plattfuß, hervorgerufen von einem verminderten Tonus der Schienbein- und der Fußmuskulatur. Es gab jedoch keine durch Experimente bestätigten Daten für diese Annahme. Kubanische Experten stellten eine besondere Vorrichtung her, fußgerechte Supinatoren, die einen leichten Druck auf die Fußsohle ausüben, ihr keine Veränderungen gestatten und helfen, die übliche Form zu bewahren. Gleichzeitig wurde auf dem Flug ein Prophylaxegerät erprobt, das die Fußwölbung und die Reizfaktoren der Stützzonen des Fußes bei ungenügender Belastung des Stützapparates erhalten soll. Dieses Gerät findet auch auf der Erde weitgehende Anwendung.

Die Bewegungsfertigkeiten sind eng mit der psychomotorischen Koordinierung der Kosmonauten, besonders in der Periode der Gewöhnung an die Schwerelosigkeit verbunden. Die Kosmonauten selbst sagten, in dieser Zeit falle ihnen die Ausübung ihrer beruflichen Aufgaben am schwersten. Zur Beurteilung der Dynamik der psychomotorischen Koordinierung des Menschen in der Schwerelosigkeit verhilft das kubanische Gerät „Coordinografo“. Mit seiner Hilfe wurde die beiderseitige Koordinierung der Bewegungen der rechten und der linken Hand beim Ausführen der Figur (Zahl 8) innerhalb der vorgegebenen Konturen erforscht.

Während der Adaptierung verändert

sich nicht nur der Zustand der Bewegungsfertigkeiten. Die Bedingungen des Raumflugs können auch eine Abweichung der Sensorfunktionen auslösen. Der Grad dieser Abweichungen läßt sich mit dem Experiment „Percepción“ bestimmen. Es bezweckt die Beurteilung des Gefühls für Gegenstand und Raum, der Widerstandsfähigkeit gegenüber geometrischen Illusionen, der aktiven visuellen Aufnahmefähigkeit des Menschen während der Adaption der Schwerelosigkeit. Bei dem Experiment wurde der Anlagenkomplex „Contakto“ eingesetzt, der ebenfalls von kubanischen Fachleuten entwickelt wurde.

Eine Reihe von Forschungen galt den Reaktionen der bioelektrischen Gehirnaktivität. Dabei wurden zum ersten Mal an Bord der Raumstation Elektroenzephalogramme der Kosmonauten aufgezeichnet und die Magnetaufzeichnung einiger physiologischer Kennziffern mit Hilfe des sowjetisch-kubanischen Geräts „Cortex“ vorgenommen. Die Dokumentation dieses Experiments ermöglicht es, nicht nur den Zustand des zentralen Nervensystems der Kosmonauten beim Flug zu erkennen, sondern auch die Wirksamkeit der Trainings- und Prophylaxemaßnahmen an Bord.

Das Flugprogramm enthielt auch biologische Experimente: „Hatuey“ und „Multiplicador“. Ihre Ergebnisse ermöglichen den Fachleuten eine vollständigere Erkenntnis der Einflüsse des Raums auf die Lebensprozesse in den Zellen. Bei den Experimenten wurden Hefen benutzt, die kubanische Fachleute zur Verfügung gestellt hatten. Das sind einzellige Mikroorganismen mit sehr kurzem Lebenszyklus, was es gestattet, die Entwicklung vieler Generationen innerhalb der knappen Flugzeit zu beobachten. Die geleistete Arbeit besitzt nicht nur wissenschaftlichen, sondern auch praktischen Wert. Die Herstellung von Spiritus im Fermentverfahren sowie von Viehfutter sind auf Kuba gutlaufende Prozesse, bei denen Hefe verwendet wird.

Wichtig für Kuba ist auch das Forschungsprogramm für Naturressourcen und das Studium der Umwelt. Dazu gehören die Experimente „Trópico III“ und „Biosfera-C“. Die an Bord von Salut 6—Sojus gewonnene Rauminformation wird von den kubanischen Experten und Wissenschaftlern zur Kartographie landwirtschaftlicher Flächen und zur Voraussage ihrer Produktivität, zur Kontrolle der Luft- und Gewässerverschmutzung, zur Erforschung von Abschnitten des Meeresäquators und von Besonderheiten der geologischen Struktur der Insel Kuba benutzt.



Einwohner Havannas lesen die Extrablätter über den Raumflug

Telebild: Prensa Latina—TASS

Während des Flugs führten Tamayo und Romanenko eine ganze Reihe für die Volkswirtschaft sehr aktueller technologischer Experimente aus. So die Experimente „Zucker“ und „Zone“, wobei es sich um die Beobachtung des Wachstums von Monokristallen der Saccharose sowie um die Bearbeitung der Aufzuchttechnologie organischer Monokristalle aus Lösungen unter den Bedingungen der Schwerelosigkeit handelt. Derartige Experimente gab es zum ersten Mal. Dabei darf man nicht vergessen, daß hinter diesen „süßen“ Tests die leistungsfähige Zuckerindustrie Kubas steht.

Ein anderes Experiment unter dem Namen „Caribe“ enthielt fünf einzelne technologische Tests. Sie alle wurden mit unterschiedlichen Halbleitern durchgeführt, die auf Kuba erforscht werden. Beim Experiment „Caribe K-2“ züchteten die Kosmonauten Verbindungen, die für die moderne optische Elektronik sehr perspektivreich sind. Auf ihrer Basis werden Halbleiterlasers, Lichtdioden, Sonnenbatterien und andere Anlagen geschaffen.

Große Unterstützung leistete die Stammbesatzung L. Popow und W. Rjumin ihren Freunden. Hier wurde ein würdiger Beitrag zur Entwicklung der Wissenschaft und der Volkswirtschaft nicht nur der UdSSR und Kubas, sondern auch anderer Teilnehmerländer des Interkosmosprogramms geleistet.

Als Journalisten den kubanischen Kosmonauten fragten, was er anlässlich seiner Auszeichnung mit dem Titel Held der Sowjetunion empfinde, antwortete er, er nehme diese Auszeichnung mit Stolz entgegen, sie gehöre jedoch rechtmäßig allen kubanischen Fachleuten, die das Flugprogramm vorbereiteten, „meinem ganzen Volk, das den Sozialismus aufbaut“.



# DER GUTE RUF EINES SOZIALISTISCHEN STAATES

Am 7. Oktober begeht das Volk der Deutschen Demokratischen Republik den 31. Jahrestag der Gründung des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates in der Geschichte des deutschen Volkes. In diesem Jahr fällt dieses ruhmreiche Datum mit dem fünften Jahrestag des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der UdSSR und der DDR zusammen, der von den Genossen L. I. Breschnew und Erich Honecker am 7. Oktober 1975 unterzeichnet wurde.

Am Vorabend des Feiertages führten die Sonderkorrespondenten der Zeitschrift „Neue Zeit“ B. Pitschik und M. Podwigin mit dem 1. Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Staatssekretär Herbert Krolkowski, ein Gespräch und baten ihn, seine Gedanken zum diesjährigen Jahrestag und dazu, wie sich das Volk der Republik auf seinen Nationalfeiertag vorbereitet, mitzuteilen.

„Vor allem möchte ich die Aufmerksamkeit der Leser der „Neuen Zeit“ auf zwei grundlegende Tatsachen lenken“, sagte H. Krolkowski. „Sie verdeutlichen, warum unsere Republik in einem historisch kurzen Zeitraum erfolgreich den großen und schweren Weg der Herausbildung ihrer Staatlichkeit, der Entwicklung der Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur zurücklegte und in der internationalen Gemeinschaft einen guten Namen sowie ein großes internationales Ansehen erwarb.“

Die Quelle unserer Erfolge — das ist zum einen die marxistisch-leninistische Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die, ausgehend von ihren Programmdokumenten, Parteitagebeschlüssen, Reden ihrer führenden Persönlichkeiten und der täglichen praktischen Arbeit, das Land zu einem aktiven Faktor des Friedens und des Sozialismus werden ließ. Wir handeln im Geiste der deutschen Antifaschisten, die Hand in Hand mit den sowjetischen Befreiern und den gegen den Nazismus kämpfenden Antifaschisten der anderen europäischen Länder gingen. Nach der Zerschlagung des nazistischen Staates schworen die deutschen Antifaschisten, nie wieder zuzulassen, daß von unserem Boden ein neuer Krieg ausgeht. Dieser Schwur ist heilig. Er verpflichtet nicht nur die Menschen der älteren Generation, sondern auch aller nachfolgenden Generationen, sich mit aller Kraft für den Frieden einzusetzen.

Zum anderen ist das Werden und Wachsen der DDR unlöslich mit der Freundschaft zur Sowjetunion, mit der Wirksamkeit unseres Bündnisses mit der UdSSR verbunden. Dabei meinen wir nicht nur seine Bedeutung für das Volk der DDR, sondern auch für die Festigung der gesamten sozialistischen Gemeinschaft, für die Sache des Friedens in Europa und weit über seine Grenzen hinaus.

Ich glaube, wir können im Hinblick auf den 31. Jahrestag unseres Staates mit gutem Grund sagen: Die Entspannung hat viele Erfolge zu verzeichnen, was auch ihre Gegner sagen und wüten mögen. Diese Erfolge sind unbestritten, doch es versteht sich, daß sie keinerlei Anlaß zu Selbstgefälligkeit geben. Im Gegenteil, den Beginn der 80er Jahre begingen die Kräfte der Reaktion mit „böartigen Angriffen auf den Fortschritt und skrupellosen Attacken auf die Entspannung. Der Umstand, daß sich heute ein annäherndes Gleichgewicht der militärischen Potentiale von Ost und West herausgebildet hat, bringt sie aus der Fassung. Wir sind uns der Schwierigkeiten, die es noch auf dem Wege der Entspannung gibt, bewußt, doch wir haben unseren Beitrag zur Gesundung der internationalen Lage und zur Festigung des Friedens geleistet und werden dies auch in Zukunft tun.“

Einen hervorragenden Platz nahm in dem Gespräch die Frage ein, welche Bedeutung das Volk der DDR dem Vertrag über Freundschaft, Zu-

sammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der UdSSR und der DDR, der vor fünf Jahren abgeschlossen wurde, beimißt.

„Ich habe schon gesagt“, bemerkte Genosse Krolkowski, „daß man die Beziehungen zwischen unseren Ländern nicht als gewöhnlich bezeichnen darf. Warum? Deshalb, weil das Bündnis mit der Sowjetunion für die DDR seit dem Tage ihrer Gründung Basis und Entwicklungsgrundlage ist. Bei uns sagt man: „Freundschaft mit der Sowjetunion — das ist Herzenssache des ganzen Volkes“. Das sind keine leeren Worte. Das ist das Wesen unseres Seins, der Beziehungen aller Staatsbürger zur KPdSU und dem Sowjetvolk.“

Unsere Freundschaft verkörpert sich in der Zusammenarbeit der Bruderparteien, in den zahlreichen Begegnungen zwischen Genossen L. I. Breschnew und Genossen E. Honecker. In der SED gibt es keine Organisation, die keine engen Beziehungen mit ihren Partnern in der KPdSU unterhält. Diese Kontakte bestehen auf den verschiedensten Ebenen: zwischen den Bezirken, Werken und Betrieben.

Eine wesentliche Grundlage der Freundschaft wurde durch den 1955 abgeschlossenen Staatsvertrag gelegt. 1975 schlossen wir einen neuen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand ab. Dieser Vertrag regelt alle unsere Beziehungen auf sehr hoher Ebene. Wir können sagen, daß er das wichtigste Dokument darstellt, das in der gesamten Geschichte der Außenpolitik der DDR vereinbart wurde. Auf seiner Grundlage arbeiten wir in der Politik, der Wirtschaft und anderen Bereichen zusammen, auf seiner Grundlage wurden neue Abkommen zwischen unseren Ländern unterzeichnet.

Auf der Leipziger Messe konnten Sie sehen, welchen Platz in der industriellen Entwicklung, beim wissenschaftlich-technischen Fortschritt, bei der Intensivierung der Landwirtschaft, mit einem Wort auf allen Gebieten der materiellen Produktion die Zusammenarbeit mit Ihrem Land und der gegenseitige Erfahrungsaustausch einnehmen. Der Umstand, daß wir, ein Land, das praktisch keine eigene Rohstoffbasis besitzt, von der Sowjetunion zu Preisen, die z. B. bei Erdöl und anderen Rohstoffen auch gegenwärtig noch unter denen des Weltmarktes liegen, die wichtigsten Rohstoffe kaufen, ist hoch einzuschätzen.

Der Fortschritt der sozialistischen ökonomischen Integration — das ist nicht nur eine schöne und begeisterte Perspektive, sondern eine objektive Widerspiegelung der



gegenwärtigen Lage. Dieser Prozeß ist spürbar und fruchtbar, wenn man sich vor Augen hält, von welchen großen Konflikten und Krisen gegenwärtig die Wirtschaft der kapitalistischen Welt erschüttert wird."

"Aber es wäre naiv", fährt Gen. Krolkowski fort, "die Integration nur durch das Prisma der ökonomischen Beziehungen zu sehen. Ihre Bedeutung ist weitaus größer. Sie bedeutet nicht nur die Notwendigkeit, sondern auch die Möglichkeit, mit den vereinten Kräften der Länder der sozialistischen Gemeinschaft den imperialistischen Kreisen und ihren aggressiven Absichten und Aktionen eine Abfuhr zu erteilen."

Auf dem kürzlich durchgeführten 12. Plenum des ZK der SED sprach Gen. Erich Honecker davon, daß die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und die Freundschaft zwischen unseren Völkern ein entscheidender Bestandteil der Vorbereitung auf den X. Parteitag des SED sein muß und daß alle unsere Anstrengungen nach wie vor auf die Festigung des Friedens und die Verhinderung des Wettrüstens gerichtet sein müssen. Es geht besonders um die Verwirklichung der von den Teilnehmerländern des Warschauer Vertrages angenommenen Deklaration."

"Der militärisch-industrielle Komplex der USA", stellte Gen. Krolkowski fest, "hat es verstanden, die ungeheuerliche Idee der Stationierung neuer Arten von Raketenkernwaffen auf den Territorien einiger westeuropäischer Staaten durchzusetzen. Zusammen mit der ebenso ungeheuerlichen, wie heimtückischen amerikanischen „Direktive 59“ über einen „begrenzten nuklearen Krieg“ verwandelt dieser Beschluß die Verbündeten der USA praktisch in Geiseln. Wir, ein Volk, das durch die Gegebenheiten der Geographie an die vordersten Linien der Konfrontation zwischen den Kräften des Sozialismus und Kapitalismus in Europa gestellt wurde, sehen das mit ungewöhnlicher Klarheit. Und wir treten entschlossen dafür ein, die Pläne der NATO zum Scheitern zu bringen. Es ist notwendig, eine Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa durchzuführen, wie es L. I. Breschnew mehrfach vorgeschlagen hat und wofür die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder konsequent eintreten."

"Der 31. Jahrestag unserer Republik", fuhr Gen. Krolkowski fort, "ist gleichzeitig der 5. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand und zugleich der 25. Jahrestag des Staatsvertrages von 1955. All das zeugt von der Kon-

tinuität unserer Entwicklung. Der Vertrag aus dem Jahre 1955 entsprach den damaligen historischen Bedingungen und wurde von unseren Staaten stetig und zielstrebig erfüllt. Viele Aspekte dieses Vertrages haben auch heute ihre Bedeutung nicht verloren. Natürlich war die historische Situation zu dieser Zeit anders. Unsere Beziehungen hatten noch nicht das Niveau von 1975 erreicht, da die Sowjetunion den Kommunismus aufbaut und wir an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft arbeiten. Jetzt hat sich die Basis für die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Politik, Wirtschaft und Kultur erweitert."

Der Vertrag aus dem Jahre 1975 berücksichtigt jene Veränderungen, die in den 20 Jahren des Bestehens unserer Beziehungen vor sich gegangen sind. Er eröffnet neue und breite Perspektiven der Zusammenarbeit. So haben wir zum Beispiel auf der Grundlage dieses Vertrages ein Abkommen über die ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit bis 1990 abgeschlossen. Bis 1975 hat die DDR als selbständiger sozialistischer Staat auch völlig andere internationale Positionen errungen. Seite an Seite mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern wurde es möglich, verantwortungsvolle Aufgaben auf dem Gebiet der Außenpolitik zu lösen. Ich möchte dazu lediglich ein Beispiel anführen: Zur Zeit ist die DDR ein Nichtständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und vertritt dort die Sache des Friedens und des Sozialismus. Das sind natürlich ganz andere Maßstäbe einer internationalen Tätigkeit als, sagen wir, in den 50er Jahren, als man versuchte, unsere Republik zu ignorieren und im Westen sogar zu boykottieren. Ich möchte noch einmal betonen, daß es um eine konsequente Entwicklung geht, von der Gründung der DDR über den Vertrag von 1955 und die Verträge aus den 60er Jahren bis hin zum Vertrag aus dem Jahre 1975, mit dem wir eine Grundlage für unsere Beziehungen bis zum nächsten Jahrtausend geschaffen haben."

"Manchmal kann man in Europa solche Meinungen hören, als sei die moderne Politik nur Sache der großen Staaten. Manchmal führt man alles auf den Stand der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und, wie man in Peking zu sagen pflegt, auf die Beziehungen zwischen den „Supermächten“ zurück", betonte Gen. Krolkowski, indem er sich der nächsten Frage der Korrespondenten der „Neuen Zeit“ zuwandte. „Ohne jeden Zweifel kann man die Bedeutung der Beziehungen zwischen der

Sowjetunion und den USA nicht hoch genug einschätzen. Aber man darf sich nicht mit jenen einverstanden erklären, die unter Ausnutzung dieser These die Rolle der sogenannten kleinen Völker und den Gedanken der eigenen Anstrengungen zugunsten des Friedens und der Entspannung negieren."

Es sei zum Beispiel daran erinnert, wie überzeugend die Stimmen der Belgier, Niederländer und einiger anderer Europäer gegen die Stationierung der Neutronenwaffe auf ihrem Territorium klangen."

Wir sind ebenfalls ein kleines Land, aber zu unserem Glück sind wir ein sozialistischer Staat."

Dank dem Sieg des Sozialismus konnten wir in der DDR eine wirklich stabile Staatsmacht und eine solide wirtschaftliche Grundlage schaffen. Das ermöglichte uns, ein solches Programm der sozialen und wirtschaftlichen Umgestaltungen zu realisieren, das allen Schichten der Bevölkerung zugute kommt und Zukunftszuversicht vermittelt. Gerade dafür erhalten wir von den Bürgern der Republik Anerkennung, das verbindet sie eng mit unserer führenden Kraft — der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands — und das überzeugt sie, daß die sozialistische Ordnung das zuverlässigste Fundament des Erreichten ist."

"Zweitens, verfolgt unser sozialistischer Staat eine Politik auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung aller Länder der sozialistischen Gemeinschaft. Wir haben immer Kraft aus der Unterstützung der Sowjetunion und der anderen Bruderländer geschöpft, die uns halfen, die diplomatische Blockade, die vom Imperialismus verhängt wurde, zu durchbrechen."

Heute ist die DDR ein geachtetes Mitglied der Weltgemeinschaft, sie ist von 129 Staaten anerkannt. Das ist ein Ergebnis unseres gemeinsamen Kampfes, ein Ergebnis dessen, daß gerade im Sozialismus wahrhaftige Gleichberechtigung existiert."

Die DDR tritt mit zahlreichen außenpolitischen Initiativen auf. Als Beispiel kann man die aktive Teilnahme unserer Vertreter im Genfer Abrüstungsausschuß der UNO anführen. In Genf haben wir mehrere Vorschläge zu Teilfragen der Abrüstung eingebracht, die die volle Unterstützung der UdSSR, der sozialistischen und einer Reihe anderer Länder fanden. Wir traten mit einer Reihe von Initiativen, sowohl selbständig als auch gemeinsam mit der Sowjetunion, Polen und anderen Ländern, in der UNO auf. Das betrifft Fragen der Abrüstung und der Unterstützung der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit. Ich glaube, daß unsere Arbeit auf diesem Gebiet



internationale Anerkennung erlangt hat.“

„Feste Bande der Freundschaft, der ökonomischen und politischen Zusammenarbeit verbinden uns mit den jungen Entwicklungsländern, die sich von der Unterdrückung durch den Imperialismus befreit und einen progressiven Entwicklungsweg eingeschlagen haben“, sagte Genosse Krolkowski weiter. „Die DDR erweist diesen Ländern sowohl im Rahmen der Solidaritätsbewegung als auch auf dem Gebiet der ökonomischen, der wissenschaftlich-technischen und der kulturellen Zusammenarbeit Hilfe. Wir geben den Entwicklungsländern die Möglichkeit, ihre Kader bei uns ausbilden zu lassen und schicken unsere Fachleute in diese Länder. Durchschnittlich erhalten jährlich ungefähr zweitausend Abgesandte der Entwicklungsländer in unserer Republik ihre Berufsausbildung. Die DDR tritt für den Fortschritt, die Festigung der nationalen Souveränität, gegen jede imperialistische Einmischung in die Angelegenheiten der Entwicklungsländer auf.“

Dem dienen die politischen Kontakte der Führung der DDR mit den Staatsmännern vieler Länder. Allein in den letzten Jahren weilte der Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Genosse E. Honecker, in solchen afrikanischen Ländern wie Äthiopien, Moçambique, Angola, Libyen, Sambia, er besuchte Indien, er empfing in Berlin den Präsidenten Syriens, Hafez al-Assad, den Vorsitzenden der Palästinensischen Befreiungsorganisation, Yasser Arafat, und viele andere. Mit einem Wort, unsere Politik ist klar“, schloß Genosse Krolkowski. „Wir stehen zu unseren Verpflichtungen im Warschauer Vertrag, und als Mitglied des RGW, wir treten konsequent für die Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ein und bekunden unsere unabänderliche Solidarität mit den um ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Völkern. Darin sehen wir die Quelle für den guten Ruf, den sich die Deutsche Demokratische Republik in der heutigen Weltgemeinschaft erkämpft hat.“ ■

# EIN NUKLEARRAKETEN-MARATHON?

Wladlen KUSNEZOW

In Genf werden Mitte Oktober Vertreter der UdSSR und der USA zur Erörterung der Fragen zusammenkommen, die sich auf den Beginn von Verhandlungen über eine Begrenzung der nuklearen Rüstungen in Europa beziehen. Das ist das Ergebnis einer Vereinbarung, die Andrej Gromyko und US-Außenminister Edmund Muskie am 25. September in New York erzielten.

Es eröffnet sich also ein weiterer, höchstwichtiger Kanal für Abrüstungsverhandlungen. Dabei soll nach Wegen für eine Verminderung der Kriegsgefahr in jener Region gesucht werden, wo die militärische Konfrontation auf engstem Raum erfolgt, wo selbst ein unbedeutender lokaler Konflikt in einen globalen Nuklearkrieg umschlagen kann. Eine solche Lage ist nicht durch Schuld der Sowjetunion in Europa entstanden. Anders als die USA und die anderen NATO-Länder verstärkt die UdSSR dort schon lange weder ihre konventionellen noch ihre nuklearen Kräfte. „Was die Kernraketenwaffen mittlerer Reichweite im europäischen Teil der UdSSR angeht — und diese stationieren wir überhaupt nicht auf dem Territorium anderer Staaten —, so wurden auch solche Waffen sowohl der Zahl der Starttrampen als auch der Stärke der Nuklearladungen nach in letzter Zeit sogar etwas verringert“, erklärte der UdSSR-Außenminister am 23. September in der UNO.

Und so heißt es zu den bevorstehenden Verhandlungen in dem der UNO vorgelegten sowjetischen Memorandum „Für Frieden und Abrüstung, für internationale Sicherheitsgarantien“: „Kürzlich hat die UdSSR einen neuen Vorschlag unterbreitet — die Fragen, die sich sowohl auf die Nuklearraketen mittlerer Reichweite in Europa als auch auf die amerikanischen nuklearen Forward Based Systems beziehen, **gleichzeitig und im organischen Zusammenhang** zu erörtern. Dieser konstruktive Schritt der UdSSR hat den Völkern, die eine weitere Schürung der militärischen Spannungen auf dem europäischen Kontinent vermeiden wollen, neue Hoffnungen gegeben.“

Fast drei Monate brauchte Washington, um auf den Vorschlag der UdSSR zu reagieren und erste Kontakte aufzunehmen. Wenn auch die veränderte Haltung der US-Administration mit Genugtuung erfüllt, kann doch nicht verschwiegen wer-

den, was diese Spannung hervorruft. War diese Verzögerung zufällig? Kann man etwa den Hinweis darauf akzeptieren, man stecke in Washington bis zum Hals im Wahlkampf und habe die laufenden internationalen Angelegenheiten vernachlässigen müssen? Wohl kaum. Hat ja das „Wahlkampffieber“ keineswegs die offizielle Verkündung einer neuen Nuklearstrategie, die den Abzugshahn eines Nuklearkrieges spannt, verhindert. Washington verweist auf die Notwendigkeit von Konsultationen mit den NATO-Verbündeten. Doch warum Monate rechten und linken, wenn die NATO im Dezember 1979 den „Doppelbeschuß“ für die Stationierung neuer US-Nuklearraketensysteme in Westeuropa gefaßt und die „Bereitschaft“ signalisiert hat, Verhandlungen mit der UdSSR über eine mögliche Begrenzung der Mittelstreckenraketen aufzunehmen?

Alles erklärt sich offenbar dadurch, daß Washington den zweiten Teil des „Doppelbeschlusses“ nicht ernst genommen hat. Das verhehlte man auch gegenüber den NATO-Partnern nicht. In Westeuropa, schreibt der Londoner „Daily Telegraph“, „befürchtet man, daß Amerika mehr an der Aufstellung neuer westlicher Raketen in Europa interessiert ist als an Rüstungskontrollverhandlungen.“

Das Weiße Haus will vor allem zu den Zeiten der früheren Herrschaft über Westeuropa zurück, indem es den Kontinent in den Vorposten eines angeblich „begrenzten“ Nuklearkrieges verwandelt, der die USA nicht in seinen Strudel zu reißen drohe. Zugleich sollen dem eigenen Militär-Industrie-Komplex durch Aufträge für eurostrategische Waffen Profite zugeschanzt werden. Die Verhandlungen aber sollen eher ein Ablenkungsmanöver sein: Den zweiten Teil der Brüsseler Formel sah Washington nur als die süße Hülle der bitteren Pille an, die für Moskau bestimmt ist. Man spekulierte dabei auch mit der „Unnachgiebigkeit“ der Sowjetunion, die sich mit durchaus berechtigter Schärfe gegen den NATO-Beschluß wandte und auf seiner Aufhebung bestand.

Der Vorschlag der Sowjetunion, unverzüglich Verhandlungen über eine Begrenzung der nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa im organischen Zusammenhang mit den amerikanischen Forward Based



Systems auf dem Kontinent aufzunehmen, hat die Karten der Washingtoner Administration durcheinandergeschoben. Die Frage von Verhandlungen, die die NATO als geschickten Propagandazug und als erwungenen verbalen Tribut an die Öffentlichkeit betrachtete, wurde als vordringliche Aufgabe ernsthaft aufgeworfen. Und obgleich man es im Weißen Haus zu Wahlkampfzeiten vorziehen würde, voll auf die militäristischen Tasten zu hauen und einen sachbezogenen Friedensvorschlag abzulehnen, konnte man sich das doch nicht erlauben. Muß ja trotz allem die Stimmung der Weltöffentlichkeit und auch jenes Teils der amerikanischen Öffentlichkeit berücksichtigt werden, der nicht in Kriegspsychose geraten ist. Auf der Annahme des sowjetischen Vorschlages bestanden auch die europäischen Verbündeten, die offenbar darüber nachzudenken beginnen, in welche Zwickmühle sie geraten sind. Man macht sich jetzt endlich Gedanken darüber, wie groß eigentlich die Gefahr einer Umverteilung des Risikos innerhalb der NATO ist. Vor einem Nuklearkrieg ist jetzt niemand mehr sicher. Vor allem ist Westeuropa bedroht, das als nukleare Geisel Washingtons durch dessen Präsidentendirektive Nr. 59 einem Gegenschlag ausgesetzt wird.

Warum hat Washington an die drei Monate gebraucht, bis es der Erörterung der sowjetischen Initiative zustimmte?

Erstens werden Abrüstungsverhandlungen — um so mehr erfolgreiche — jetzt nicht von jenen beabsichtigt, die offen ihr Streben nach militärischer Überlegenheit bekunden, die in letzter Zeit solche Verhandlungen gebremst und in einigen bedeutenden Fragen sogar abgebrochen haben.

Zweitens war Washington nie gegen Beschränkungen bei den sowjetischen Mittelstreckenraketen, die es als Wurzel allen Übels in Europa und als tödliche Bedrohung für den Nordatlantikpakt darzustellen suchte. Doch den Pentagon-Strategen wurde nicht wohl in ihrer Haut, als die UdSSR vorschlug, auch die amerikanischen Forward Based Systems in den Verhandlungskomplex aufzunehmen.

Die Mittelstreckensysteme sind Bestandteil des gesamten Nuklearraketenpotentials in Europa, eine Komponente der militärisch-strategischen Lage und des Kräftegleichgewichts auf dem Kontinent. Der gesunde Menschenverstand verlangt, daß, wie wichtig die eine oder andere Komponente auch sein mag, sie vor dem Hintergrund der strategischen Gesamtsituation, eingebettet in das

globale Kräfteverhältnis, zu sehen ist. Die Sowjetunion macht auch so schon ein großes Zugeständnis, da sie nicht darauf besteht, die Nuklearraketen Frankreichs und Großbritanniens in die Verhandlungen einzubeziehen. Doch die UdSSR kann die amerikanischen Forward Based Systems in Europa einfach nicht übersehen, zumal man dort zur gleichen Zeit sogar neue Systeme in Stellung bringen will. Daß diese Haltung begründet ist, wurde auch von Bundeskanzler Helmut Schmidt anerkannt, der seinerzeit Verteidigungsminister war, von Militärstrategie nicht wenig versteht und einer der Hauptinitiatoren des NATO-„Nachrüstungsbeschlusses“ war. Um so schwerer wiegt sein Urteil. Die Forward Based Systems in die Debatte einzubeziehen, ist nach Meinung des Kanzlers „nur logisch“.

Doch Logik und ehrliches Streben nach gleicher Sicherheit gehören nicht zu den Tugenden jener, die sich Hals über Kopf in die Jagd nach militärischer Überlegenheit gestürzt haben. Washington, konstatiert die Bonner „Welt“, will die Frage der Nuklearrüstungspunkte in Europa ausklammern.

Drittens befürchtet Washington nach wie vor, daß die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über eine Begrenzung der in Europa liegenden Nuklearraketenarsenale Belgien und Holland, die der Stationierung von US-Raketen noch nicht endgültig zugestimmt haben, auf noch größere Distanz bringen würden. Brüssel hat gerade erst erneut — zum zweiten Male schon — seine endgültige Entscheidung bis zum Abschluß der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen aufgeschoben. In den USA fragt man sich besorgt, ob der „belgische Virus“ auch auf die anderen Staaten übergreift.

So wird verständlich, warum man es in Washington alles andere als eilig hatte. Vor dem New-Yorker Treffen von Andrej Gromyko und Edmund Muskie erklärte US-Präsident James Carter: „Jetzt bereiten wir uns auf die Vorgespräche mit der Sowjetunion über eine atomare Rüstungskontrolle auf dem europäischen Kriegsschauplatz vor.“ „Vorgespräche“? In den letzten Monaten war dieses Wort allzu häufig in Äußerungen amerikanischer Amtsinhaber zu hören.

Washingtons Taktik wird jetzt deutlich, das Vorstadium und dann auch die Verhandlungen selbst hinzuziehen — bis 1983, wenn in den USA alle Komponenten des neuen Nuklearraketenkomplexes und in Westeuropa die betreffenden Start-

rampen fertig sein werden. Steuert Washington nicht einen Nuklearraketen-Marathon an?

Die Frage einer Begrenzung der nuklearen Rüstungen in Europa ist zu wichtig, als daß man sich in diplomatischen Ausflüchten und Versuchen ergehen könnte, die andere Seite vorsätzlich in eine unvorteilhafte Stellung zu bringen. Es geht dabei um eine Senkung des militärischen Konfrontationsstandes in Europa, um die Bewahrung der nuklearen Parität und um die Unterstützung des Kräftegleichgewichts zwischen Warschauer Vertrag und NATO.

„Die strategischen Kräfte der USA und der NATO sind gegenwärtig im Grunde gleichwertig“ — so äußerte sich Carter im April 1979. Im Dezember, bei Annahme des „Nachrüstungs“beschlusses, sprach man in der NATO auf einmal von „Rückstand“, von sowjetischer Überlegenheit“ — als sei diese „Überlegenheit“ in sieben Monaten herbeigezaubert worden. Zur Rechtfertigung des gefährlichen Beschlusses mußte man einen Salto mortale vollführen. In Bonn wird jetzt kategorisch behauptet, es gäbe kein militärisches Kräftegleichgewicht zwischen Ost und West, obgleich man noch vor kurzem diese Parität ebenso bestimmt anerkannt hatte. Doch auch bei aller propagandistischer Gleichschaltung kann dann doch plötzlich jemand die Wahrheit nicht für sich behalten. „Gegenwärtig besteht nukleare Parität“, gestand der britische Außenminister Lord Carrington im Sommer d. J. ein. Was nun — besteht Parität oder nicht? Die NATO-Führung vermag keinerlei gewichtige „Beweise“ für ihren „Rückstand“ zu präsentieren, da es sie einfach nicht gibt.

„Die NATO und der Warschauer Pakt werden in diesem Jahrzehnt am Rande des militärischen Abgrundes leben“, diesen Eindruck bekam der Korrespondent der Bonner „Welt“ bei einem Besuch im Brüsseler NATO-Hauptquartier. Doch es gibt eine Alternative — die Verminderung der militärischen Konfrontation, militärische Entspannung und zuverlässig garantierte Sicherheit. Erfolge hängen hier weitgehend davon ab, wie konstruktiv und ergebnisreich die Verhandlungen über die Begrenzung der Nuklearraketenarsenale in Europa sein werden. Die Sowjetunion geht ohne Illusionen, doch nicht ohne Hoffnung in diese Gespräche — im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung für die friedliche Zukunft des leidgeprüften europäischen Kontinents. Europa hat besseres verdient als ein Leben am Rande des militärischen Abgrundes.



# DEN BRAND LÖSCHEN

Alexander USWATOW

Der Waffenkonflikt zwischen dem Irak und dem Iran, der mit Grenzzusammenstößen begann, wuchs sich bald zu einem großen Krieg aus. Flugzeuge beider Staaten bombardieren Städte sowie Militär- und Wirtschaftsobjekte im Landesinneren des Gegners, meistens Flugplätze, Brücken, Bahnstrecken und Chausseen, Ölraffinerien und -magazine sowie Häfen.

Im Iran waren verschiedene Objekte in Teheran, Täbris, Hamadan, Sanandaj, Kermanshah, Abadan und anderen Orten, ferner der wichtigste Ölhafen des Landes auf Khark im Persischen Golf Fliegerangriffen ausgesetzt. Im Irak werden militärische und wirtschaftliche Ziele in Bagdad, Mosul, Kirkuk, Arbil, Al-Basra sowie der Ölhafen Al-Fao mit Bomben belegt. Abadan und Basra, die einander am Grenzfluß Schatt-el-Arab gegenüberliegen, und einige andere Ortschaften in beiden Ländern werden mit Granaten und Raketen beschossen. In der Mündung des Schatt el-Arab und im nahegelegenen Raum des Persischen Golfs kommt es zu Seegefechten.

Erbitterte Landgefechte werden an einer bereits 800 km langen Front — von Qasr-e-Shirin im Norden bis zum südlichsten Teil der iranisch-irakischen Grenze — geführt. Daran beteiligt sind Flugzeuge, Artillerie und Panzer. So nahmen in der ersten Woche des großen Konflikts, der am 21. September ausbrach, irakische Truppen, laut Meldung aus Bagdad, die Städte bzw. Flecken Qasr-e-Shirin, Mehran, Gilan und Sumar ein. Heftige Gefechte tobten im Vorgelände von Khorramshahr, Dezful, Ahvaz — dem Verwaltungszentrum der iranischen Ölprovinz Khuzestan — sowie um Abadan. Beide Seiten haben Verluste an Mannschaften, Flugzeugen und Panzern. Auch unter der Zivilbevölkerung sind ziemlich viele Opfer zu beklagen (die von beiden Seiten angegebenen Zahlen sind sehr verschieden).

Infolge der Kampfhandlungen hat die Ausfuhr beider Länder an Öl und Ölprodukten (auch durch die irakischen Pipelines, die durch Syrien, den Libanon und die Türkei verlaufen) völlig aufgehört. Die Brennstofflieferungen aus den übrigen Staaten am Persischen Golf gehen jedoch, wie mitgeteilt wird,

ungehindert vonstatten. Allerdings hat Lloyd's (England) den Versicherungstarif auf Frachten, die durch diesen Raum befördert werden, verdreifacht.

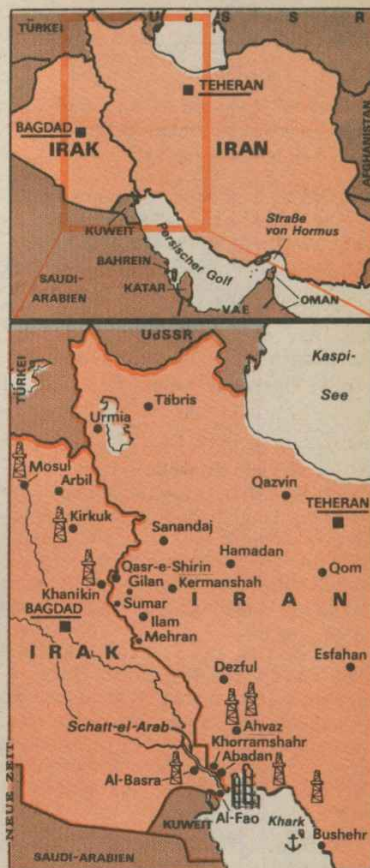
Den Krieg „im Herzen der Ölgelände und Ölraffinerien beider Länder, die zu den größten Ölproduzenten in Nahost zählen“, nennt der Londoner „Observer“ einen „Alpdruck für die industriell entwickelten“ (lies: die kapitalistische) „Welt“. Als ob er nicht auch die Entwicklungsländer schädigt, die, nebenbei gesagt, zum Unterschied von den entwickelten Staaten, keine großen Ölvorräte haben! Vor allem aber schädigt der Krieg ganz ungeheuer die kriegführenden Staaten Irak und Iran selbst.

Ohne jeden Zweifel werden durch diesen Krieg zweier nichtpaktgebundener Staaten, die antiimperialistisch eingestellt sind, diese Länder angesichts der zunehmenden Umtriebe des Imperialismus sehr geschwächt. Außerdem verursacht dieser Krieg eine Uneinigkeit in der globalen antiimperialistischen Front und beschwört eine ernste Gefahr für den Frieden und die internationale Sicherheit herauf.

Deshalb kann der Waffenkonflikt bei allen Freunden des irakischen und iranischen Volkes, bei allen, denen der Frieden und die nationale Unabhängigkeit am Herzen liegen, nur große Besorgnis und Unruhe erregen. Die APS-Agentur (Algerien) schreibt: „Dieser Bruderkonflikt schadet der antiimperialistischen Bewegung und schwächt vor allem die Araber und Moslems zu einem Zeitpunkt, wo sie sich der schwersten Krise ihrer Geschichte, einer Folge des gemeinsamen Komplotts Israels, Ägyptens und der USA, gegenübersehen.“

Yasser Arafat, der Führer der PLO, hat Bagdad und Teheran aufgerufen, das Blutvergießen einzustellen und ihre Differenzen friedlich beizulegen. Er hat erklärt: „Jerusalem appelliert an Euch, Palästina braucht Euch!“

Die „Humanité“ (Paris) betont, daß weder die Iraner noch die Iraker an einer Ausweitung des Konflikts interessiert sein können, und fährt fort: „Die einen wie die anderen dürfen nicht vergessen, daß alle Völker einen einzigen, gemeinsamen Feind in Gestalt des Imperialismus



haben und daß eine Beilegung des Konflikts durch Verhandlungen zwischen Teheran und Bagdad für die Sicherheit aller notwendig ist.“

Besonders wichtig ist das im Zusammenhang damit, daß die Imperialisten sich unbedingt die in der dritten Welt verlorenen Stellungen zurückholen und einen Schlag gegen die nationale Freiheitsbewegung führen wollen.

Seit Ausbruch des Konflikts hat die Regierung Carter wiederholt erklärt, sie halte sich an die Neutralität und Nichteinmischung. Joseph Powell, Pressesekretär im Weißen Haus, hat die Presse am 27. September aufgefordert, „panische Äußerungen“ über eine eventuelle Krise in den Öllieferungen vom Persischen Golf zu unterlassen. Solche Äußerungen entsprächen „nicht der Wirklichkeit, ja sie hätten nachteilige Folgen“. Trotzdem ist Washington unter dem Vorwand, die Schifffahrt durch die Straße von Hormus sichern zu wollen, darangegangen, „internationale Seestreitkräfte“ des Westens zusammenzustoppeln, die auch zu einer militärischen Einmischung bereit wären. Wozu? Um beiden Seiten seine Bedingungen zu diktieren.

Die Kriegsflotte der USA im Indik



## 20 JAHRE ZUSAMMENARBEIT

(sie umfaßt laut Angaben eines Pentagon-Sprechers vom 23. September 31 Schiffe, darunter die Flugzeugträger „Eisenhower“ und „Midway“) wird jetzt vollzählig im Arabischen Meer zusammengezogen. Im Persischen Golf befinden sich noch zwei Kriegsschiffe der USA.

Mehr noch, wie der Beobachter der „Washington Post“ Jack Anderson mitgeteilt hat, plant die Regierung Carter insgeheim, im „instabilen Raum“ des Nahen Ostens und des Persischen Golfs im Falle „alarmierender Umstände“ auch Kernwaffen zum Einsatz zu bringen. Washington scheint also allen Ernstes mit dem Feuer spielen zu wollen. Kein Wunder, daß Länder wie die BRD und Japan die Washingtoner Idee von einer „kollektiven Polizeiaufsicht“ abgelehnt haben.

Die meisten Staaten der Welt äußern, sei es auch aus verschiedenen Gründen, Besorgnis über den Konflikt und warnen vor einem imperialistischen Eingreifen, das unabsehbare Folgen haben könne. Als schrille Dissonanz, ja provokant klang da die Erklärung, die Präsident Sadat in einem Interview für das niederländische Fernsehen abgegeben hat, nämlich er habe die USA aufgefordert, unverzüglich „einzuschreiten“.

Im Interesse des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, im Interesse der in den Brudermord verwickelten Länder selbst ist eine möglichst baldige Einstellung des Blutvergießens geboten. Staatsmännische Weisheit und gesunder Menschenverstand müssen über Augenblicksgelüste triumphieren.

Als Ausdruck der Besorgnis der ganzen Weltgemeinschaft hat der UNO-Sicherheitsrat am 28. September eine Resolution angenommen und darin den Iran und den Irak aufgefordert, weitere Gewaltakte zu unterlassen und ihren Streit im Sinne der Gerechtigkeit und des Völkerrechts friedlich beizulegen, indem sie sich mit einer Vermittlerschaft einverstanden erklären. Die Resolution enthält ferner den Aufruf an andere Länder, nichts zu unternehmen, was die Situation noch mehr auf die Spitze treiben könnte.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen zwei Staaten wird manchmal zu einer reinen Formalität. Das kann aber keineswegs von den Beziehungen zwischen der UdSSR und Laos gesagt werden, die vor 20 Jahren, am 7. Oktober 1960, aufgenommen wurden.

Die Völker der beiden Länder hatten von jeher Sympathie füreinander. Schon während des ersten Widerstandskrieges (1946—1954) ergriff die sowjetische Öffentlichkeit für die Patrioten von Laos Partei. Auf der Indochinakonferenz von 1954 tat die sowjetische Delegation alles, um die nationalen Interessen des Volks von Laos zu wahren. Nachdem die Genfer Abkommen von 1954 unterzeichnet worden waren, setzten sich die sowjetischen Diplomaten tatkräftig für ihre restlose Befolgung ein.

Nach ihrem Machtantritt im August 1960 ersuchte die Regierung unter Souvanna Phouma die UdSSR um politischen Beistand sowie materielle und technische Hilfe, die Laos brauchte, um seiner durch die Wirtschaftsblockade und ausländische Einmischung verursachten Schwierigkeiten baldigst Herr werden zu können.

Eine Form der Hilfe war die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen und der Austausch von Botschaften. Zugleich schlug die UdSSR eine Luftbrücke von Moskau über Hanoi nach Vientiane und später, als die Hauptstadt von Laos von den Rechten besetzt worden war, in die Ebene der Tonkrüge. In den schweren Jahren der Konfrontation mit den Kräften des US-Imperialismus und der inneren Reaktion leistete die UdSSR den patriotischen Kräften von Laos tatkräftigen Beistand.

Die Unterzeichnung des Abkommens über die Wiederherstellung des Friedens und der nationalen Eintracht in Laos vom 21. Februar 1973 wurde in unserem Land als großer Sieg des ganzen laotischen Volkes angesehen. Die Sowjetregierung willigte ein, der Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit unentgeltliche Hilfe beim Bau mehrerer Wirtschaftsobjekte, Krankenhäuser und Polikliniken zu erweisen.

Eine qualitativ neue Phase der sowjetisch-laotischen Beziehungen begann am 2. Dezember 1975 mit der Ausrufung der Volksdemokratischen Republik Laos. Ihre Regierung nahm Kurs darauf, unter Überspringung des kapitalistischen Entwicklungsstadiums den Sozialismus aufzubauen, sie erklärte, sie wolle die Freundschaft und Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern in jeder Hinsicht enger gestalten.

Der Bruderbund der beiden Völker

mußte schon in den ersten Wochen der Republik eine Probe bestehen. Ende 1975 sperrte Bangkok die Grenze zwischen Thailand und Laos, was faktisch eine Wirtschaftsblockade bedeutete, denn Laos hat keinen Zugang zum Meer und erhält einen großen Teil seines Imports über Thailand. Die Hoffnung, die junge Republik erdrosseln zu können, traf nicht ein. Sowjetische und vietnamesische Flugzeuge lieferten die notwendigen Waren an.

Im Januar 1976 wurden in Moskau Abkommen über Wirtschaftshilfe an Laos für 1976 und 1977 unterzeichnet, und im April 1976 traf eine von Kaysone Phomvihane geführte Partei- und Regierungsdelegation in der UdSSR ein. Schon bei diesem ersten sowjetisch-laotischen Gipfeltreffen zeigte es sich, daß sie in allen debattierten Fragen völlig übereinstimmen.

Laut Vereinbarungen entwickelt sich die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zügig, und die Verbindungen zwischen der Öffentlichkeit der beiden Länder dehnen sich aus. Im Februar 1979 wurden in Vientiane Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit sowie über die Bildung einer Kommission beider Regierungen für die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit geschlossen. Ferner ein Abkommen über Zusammenarbeit bei der Ausbildung von Spezialisten und Facharbeitern für Laos. Ein Zeichen noch engeren wirtschaftlichen Zusammenwirkens war die Unterzeichnung eines Protokolls über die Resultate der Koordinierung der Staatspläne beider Länder für 1981—1985 vom 12. September d. J.

Die Früchte der Wirtschaftszusammenarbeit sind in Laos überall erkennbar. Schon ist ein großes Krankenhaus fertig, eine Brücke über den Neun, ein Ölmagazin und eine Werkstatt für Autoreparaturen. Am Projekt und Bau noch eines Krankenhauses, eines Staatsguts, eines Polytechnikums, eines Rundfunksenders und einer Werkstatt für die Reparatur von Landmaschinen, ferner zweier großer Brücken, einer Ziegelei und einer Zementfabrik wird gearbeitet. Sowjetische Fachkräfte helfen die Zinngewinnung in Laos wieder anzukurbeln, die Waldungen zu erschließen und Schürfungen vorzunehmen. Laos bekommt sowjetische Werkzeugmaschinen, Autos, Traktoren u. a.

Kurz: Die sowjetisch-laotische Zusammenarbeit kommt in jeder Hinsicht gut voran. So haben sie bei ihrer kürzlichen Zusammenkunft auf der Krim Leonid Breschnew und Kaysone Phomvihane beurteilt.

J. MICHEJEV



# MIT WEM GEHT DIE ARMEE?

Anatoli KRASSIKOW

„Ja, unsere Armee ist jene Kraft, die im entscheidenden politischen Moment in Spanien das letzte Wort sagen kann. Bis zuletzt unterstützte sie, wenn auch nicht ohne Schwankungen, den Kurs auf konsequente Abschaffung des Franquismus, zumindest in der Form, die das Ergebnis des Kompromisses zwischen den herrschenden Kreisen und der Opposition ist. Doch möchte ich nicht gern vorgreifen...“

Ich sitze im Arbeitszimmer des ehemaligen Majors Luis Oteros, eines der Begründer der einst illegalen antifranquistischen Militärischen Demokratischen Union (UMD). Der athletisch gebaute Mann, dem der Berufsoffizier auch in Zivil deutlich anzusehen ist, weiß, wovon er spricht. Er unterhält weiterhin Kontakte zu seinen Kameraden in der Armee, obwohl er sofort nach seiner Einkerkierung wegen „staatsfeindlicher Betätigung“ vor fünf Jahren verabschiedet wurde. Seit die Amnestie von 1977 auch ihm die Freiheit wiedergab, verfolgt Luis Otero aufmerksam die Stimmungen in den Kasernen.

Die Frage, wie sich die Armee in Spanien nach Franco verhalten werde, beschäftigt das Land in all diesen Jahren. Besonders heftig werden die Diskussionen an Wendepunkten: beim Tod des Caudillo, bei der Amnestie für Polithäftlinge, bei der Legalisierung der antifaschistischen Parteien, bei den Wahlen zu den zentralen und örtlichen Machtorganen, bei der Annahme der Verfassung.

Vor jedem solcher Ereignisse konnten Journalisten und Vertreter der Öffentlichkeit nicht ihre Besorgnis verhehlen, daß die Generale, die die Monarchie Juan Carlos' vom alten Regime geerbt hat, meutern und mit der Demokratisierung der spanischen Gesellschaft Schluß machen könnten.

Wie denken die Militärs selbst darüber?

In Madrid war ich bei einem Treffen der UMD. Die Organisation als solche besteht nicht mehr, sie hat sich nach der Abschaffung

der Diktatur aufgelöst. Aber ihre ehemaligen Mitglieder kämpfen, wenn auch mit anderen Mitteln, weiterhin für die Freiheit und Demokratie Spaniens.

Die Veranstalter des Treffens wollten auf das Schicksal der UMD-Begründer aufmerksam machen. Kurz vor Francos Tod wurden antifaschistische Offiziere verhaftet und zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Später wurden sie zwar alle amnestiert, aber dem Gesetz gegenüber sind sie bis heute Verbrecher, denen man die Strafe „großmütig“ erlassen hat, jedoch nicht trauen kann. Deshalb forderten fast alle Redner die vollständige Rehabilitierung der UMD-Führer und das Recht für sie, zum aktiven Wehrdienst zurückzukehren, wenn sie den Wunsch haben, oder aber unter Anerkennung ihrer Verdienste um die Heimat in den Ruhestand zu treten.

Luis Otero wurde mit stürmischem Beifall empfangen. Er begann seine Rede mit dem Hinweis auf die politische Ungleichartigkeit der Streitkräfte Spaniens.

„Demokratische Ansichten gab es in der spanischen Armee schon immer“, sagte Otero, „selbst während des Bürgerkriegs. Es ist wahr, daß das Gros der Offiziere auf seiten der faschistischen Rebellen stand. Doch ist auch etwas anderes wahr: Viele Berufsmilitärs blieben der legitimen Regierung treu und kämpften bis zum Ende in der republikanischen Armee gegen den Faschismus.“

Antifaschistische Stimmungen bestanden unter den Militärs auch später, als die Diktatur grausam mit den besiegten Republikanern abrechnete. Davon zeugt die Geschichte der Militärischen Demokratischen Union. Auch heute teilen viele Militärangehörige die Überzeugungen, die die UMD-Mitglieder zum Kampf inspirierten. Übrigens sind fast 50 Offiziere hier anwesend. Andere, die nicht kommen konnten, haben an uns Grußschreiben und -telegramme gerichtet...“

Die UMD ist also aufgelöst, aber



ihre Sache lebt fort. Um nämlich dieser Manifestation der Solidarität mit Otero und seinen Mitstreitern beizuwohnen, mußten die Berufsmilitärs schon Mut besitzen, denn der Unzuverlässigkeit verdächtigt zu werden, ist selbst im heutigen Spanien nicht gerade die beste Aussicht.

Aus einem späteren Gespräch mit Luis Otero erfuhr ich mehr über das Wirken der UMD. Sie entstand am 31. August 1974. An jenem Tag hielten 12 Offiziere eine geheime Versammlung in Barcelona ab. Sie wollten sich zum Kampf gegen den Faschismus zusammenschließen und billigten ein programmatisches Dokument. Darin forderten sie u. a. volle Wiederherstellung der Bürgerrechte und -freiheiten, allgemeine Amnestie für politische Häftlinge, Wählbarkeit der zentralen und örtlichen Machtorgane, Ausarbeitung einer demokratischen Verfassung durch eine Konstituante und sozial-ökonomische Reformen. Ende 1974 zählte die UMD 100 Mitglieder und im Sommer 1975, als die Union von der franquistischen Geheimpolizei aufgedeckt wurde, beinahe 300, vornehmlich Offiziere von Hauptmann bis Oberstleutnant.

„Die meisten von uns stammten aus Familien von Berufsmilitärs“, erzählte Otero weiter. „Die Väter fast aller kämpften während des Bürgerkriegs auf Francos Seite, bei einigen waren sie von einer republikanischen Kugel gefallen. Trotzdem verstanden wir es, die konservativen Traditionen unserer Familien und die eigenen Kränkungen zu überwinden, sahen wir doch den Abgrund zwischen den schönen Worten und den schmutzigen Taten der Franquisten, wie sehr die dem Volk aufgezwungene faschistische Diktatur seinen Interessen zuwiderliefe.“

„Viele spanische Militärangehörige



teilen Ihre Ansichten wohl auch heute?"

„Ich zweifle nicht daran. Erstens waren bei weitem nicht alle UMD-Mitglieder den Franquisten in die Hände gefallen und bestraft worden. Sie blieben in der Armee und verfechten heute gewiß nicht, wogegen sie einst auftraten, als ihnen wegen einer offenen Äußerung der antifaschistischen Ansichten das Gefängnis drohte. Zweitens haben die demokratischen Stimmungen in der Armee, soviel ich weiß, heute wirklich weite Verbreitung gefunden, vielleicht sogar die weiteste seit eh und je.

„Wer überwiegt Ihrer Meinung nach in der Armee zahlenmäßig: Anhänger der Demokratie oder verkappte Faschisten?"

„Die Antwort dürfte nicht so einfach sein. Zudem gibt es neben offenen Anhängern und Gegnern der Demokratie in der Armee — sowohl unter den Generalen und Offizieren als auch unter den Soldaten — nicht wenig Menschen, die ihre Wahl noch nicht getroffen haben oder es einfach gewöhnt sind, die militärische Disziplin zu wahren. Oder meinen Sie etwa, daß nur die Faschisten allein Pinochet halfen, die Demokratie in Chile abzuwürgen?"

„Sie beurteilen also die Situation in den Streitkräften..."

„... nicht pessimistisch, aber auch ohne überflüssigen Optimismus. Der Einfluß der Demokraten hat dort zweifellos beträchtlich zugenommen. Einige odiose Figuren, die ostentativ der heutigen Macht den Gehorsam verweigerten und sich offen zum Franquismus bekannten, wurden so oder anders aus der Armee entfernt. Unter ihnen waren fast 60 höchste Ränge. Und doch sind die meisten profaschistischen Generale und Offiziere in den Streitkräften geblieben. Leider sind häufig gerade sie es, die dort das große Wort führen.

In einem Regiment z. B. wird allmorgendlich beim allgemeinen Antreten ein Befehl verlesen, in dem unbedingt Ereignisse des jeweiligen Tages aus der Zeit des Bürgerkrieges erwähnt und dabei selbstverständlich die 'Heldentaten' der Franquisten gepriesen, die 'Umtriebe der Roten' aber entlarvt werden. Dieses Regiment bildet keine Ausnahme..."

Die Stimmungen in der Armee stehen in direktem Zusammenhang mit der innenpolitischen Entwicklung. Diese wird in Washington mit offensichtlicher Besorgnis verfolgt. Dort befürchtet man, daß die Demokratisierung „zu weit geht“ und die „strategischen Interessen“ der

USA in Frage stellt. Das Weiße Haus, das das Franco-Regime auf jede Weise unterstützte, nahm die Beseitigung der Diktatur hin, forderte jedoch als Gegenleistung, daß Spanien sich noch enger der NATO anschließe. Zu Lebzeiten des Diktators genügten den Amerikanern die Abkommen, die ihnen Stützpunkte auf spanischem Boden sicherten, aber jetzt wollen sie, daß sich Madrid in aller Form verpflichtet, innerhalb der NATO auf seiten der USA zu kämpfen.

Der Druck der NATO-Kreise auf Spanien bleibt nicht ohne Wirkung. Die Öffentlichkeit des Landes ist tief über die Pläne beunruhigt, Spanien zum 16. Mitglied des Blocks zu machen. Dagegen wenden sich die Sozialisten, die Kommunisten und andere Parteien der linken Opposition sowie viele parteilose Politiker, darunter Vertreter der Intelligenz und der bürgerlich-liberalen Kreise.

In der spanischen Presse wimmelt es von Artikeln, die die Folgen des eventuellen NATO-Beitritts analysieren. So schrieb die Wochenschrift „Interview“ dazu: „Niemand hat es den Spaniern richtig erläutert, daß dies zur Stationierung von Raketenkernwaffen auf unserem Territorium, zur Umwandlung der in der Nähe unserer Städte eingerichteten USA-Stützpunkte in Zielscheiben für den Antwortschlag der Russen und zur sprunghaften Erhöhung des Militärhaushalts führen würde.“

Gemäß einer Befragung, die die dem Oberkommando der Streitkräfte nahestehende Zeitschrift „Defensa“ durchführte, meinen selbst Offiziere, die keine NATO-Gegner sind, daß man die nationalen Interessen Spaniens vor allem berücksichtigen muß. Hierbei äußerten 90% der Befragten ihre Unruhe darüber, daß sich Spanien bei einem Konflikt in Europa in der Lage einer kriegführenden Seite sähe.

Die Opposition zum NATO-Beitritt wird stärker. Im ganzen Land werden Unterschriften gegen eine solche gefährliche Entscheidung gesammelt. Was geschieht, wenn die Regierung sie trotz allen USA-Drucks dem Land nicht aufzwingen kann?

„In den spanischen Streitkräften gibt es natürlich auch Anhänger des NATO-Beitritts,“ so Luis Otero, „vor allem unter den altdienstenden Offizieren, die in der NATO ein Gegenstück zur ‚roten Bedrohung‘ sehen. Sie machen aus ihrem Haß gegen die demokratischen Umgestaltungen kein Hehl.“

„Nehmen wir an, daß morgen ein Mann, der in den Streitkräften eine

genügend hohe Stellung hat, den Truppen befiehlt, die demokratischen Einrichtungen zu sprengen und die Diktatur wiederherzustellen. Glauben Sie, daß sie ihm Folge leisten?"

„Je nach der Situation“, sagt mein Gesprächspartner. „Die Extremrechten in der Armee sind bereit, die Macht der Rechtskräfte, ja selbst das Bestehen der Linksparteien zu akzeptieren, solange diese sich in der Opposition befinden. Was wird, wenn die Linken eines Tages die Oberhand gewinnen, wie das z. B. 1936 war? Schwer zu sagen. Dann wären die Rechten und die Extremrechten ja in ein und demselben Lager. Aber der Oberbefehlshaber ist laut neuer Verfassung König Juan Carlos, und bisher gelang es ihm, die Umtriebe der Dikturanhänger zu neutralisieren.“

Vorläufig ist die Lage im Lande kompliziert. Die Popularität Suárez', der sich dank seiner Rolle beim Aufbau des neuen Spanien viele Sympathien erwarb, sinkt merklich. Nach einer im August veröffentlichten Umfrage sind 48% der Spanier mit der Politik des Ministerpräsidenten nicht einverstanden. Unter diesen 48% gibt es natürlich Menschen, die die Regierung mitunter von den entgegengesetzten Standpunkten aus kritisieren. Aber Tatsache bleibt Tatsache. Mitte September mußte Suárez schon seine fünfte Regierungsumbildung vornehmen.

Die Ursache der Zuspitzung der politischen Lage besteht offenbar in folgendem. Bisher wahrten die vier Hauptparteien des Landes — die Allianz des Demokratischen Zentrums, die die Regierung stellt, die rechts davon stehende Volksallianz und die beiden linken Parteien — die Sozialisten und die Kommunisten — eine Art Waffenstillstand und trafen die wichtigsten Entscheidungen gemeinsam. Jetzt, da eine neue Verfassung ausgearbeitet worden ist, das Parlament und wählbare Machorgane bestehen, da es notwendig ist, neue Gesetze zu erlassen, die konkrete Wege und Formen der weiteren Demokratisierung festlegen sollen, treten die Klasseninteressen dieser Parteien immer deutlicher in den Vordergrund. Jede davon schlägt ihr eigenes Programm vor, wobei sich diese mitunter radikal voneinander unterscheiden.

Welche Rolle werden die Streitkräfte in dieser Auseinandersetzung spielen? Eine eindeutige Antwort darauf ist vorläufig schwer zu geben. Auf jeden Fall hängt von ihrem Entschluß in hohem Maße ab, ob Spanien weiterhin den Weg des Fortschritts und der Demokratie gehen wird.

Madrid—Moskau



## ABGERUTSCHTER TAUSENDER

Banknoten im Wert von tausend Dollar werden in den USA schon lange nicht mehr gedruckt. „U.S. News & World Report“ aber trieb einen solchen Geldschein auf, um seinen heutigen Wert klarzumachen. „Nehmen wir an, sie hätten 1970 eine Tausend-Dollar-Note versteckt und wollten sie jetzt ausgeben. Was könnten sie dafür kriegen?“ fragt das Magazin.

Der Preisauftrieb der letzten zehn Jahre hat die Kaufkraft des Tausenders stark angegriffen. Das Magazin ermittelte, man könne heute mit dem Schein Benzin für 280 „jetzige Dollar“, Lebensmittel für 460 Dollar und für den gleichen Preis medizinische Hilfe erhalten, bei einem Hauskauf sei der Tausender 470 und bei Stu-

dienkosten 560 Dollar wert. Ein Hausbesitzer nehme den Tausender als 580 Dollar von den Mietern, bei einem Autokauf werden 600 Dollar daraus, beim Kauf von Schuhen 620 und bei Kleidung 660 Dollar. Durchschnittlich rutschte die Tausend-Dollar-Note von 1970 auf 470 „neue Dollars“ ab.

Das übliche Porträt auf den Tausend-Dollar-Scheinen stellt US-Präsident Grover Cleveland dar, dem sein Vorgänger ein hohes Inflationstempo hinterlassen hatte und der seinerseits die Inflation dem folgenden Präsidenten hinterließ. Und so weiter bis zum heutigen. Deshalb ist das Wort Dollar jetzt zu einem gängigen Synonym für Preisauftrieb und Geldentwertung geworden.

V. GRIBATSCHOW

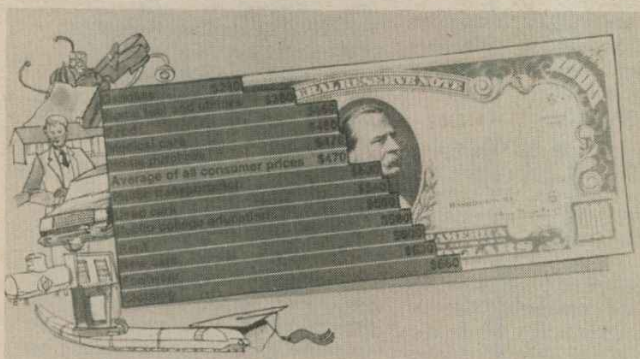
## GRUSS VOM KÄN

Die Geschichte der rern der italienischen ren antikommunistische einem Dollardoping g hielt eine neue interes tralien flog die „Nug In ihren Hinterlassensch überzeugender Beweis Finanzinstitut als CIA-T ner erfuhr man, daß

## STRAUSS

FJS ist alles klar. hat die Wurzeln Übelst. Jetzt weiß er do warum die bundesde sche Öffentlichkeit nicht als Kanzler sek will. Schuld ist KGB, beklagt sich CSU-Führer als „schuldiges Opfer M kaus“.

Natürlich kann m die Ergebnisse der Bu



## PROFILIERT

In Österreich finden die Touristen einen ausgezeichneten Service und eine großartige Vergnügungsindustrie vor. Die bundesdeutsche illustrierte „Quick“ meldete, man könne sogar Hitler-Gedenkmedaillen erwerben.

Diese Medaillen wurden lange Zeit in der Wechselstube der Österreichischen Raiffeisenbank am Brenner, an der italienischen Grenze, gehandelt. Es gab goldene und silberne mit Hitlers Profil und seinen Lebensdaten. Mit dem Wappen des dritten Reichs und der schönen Parole: „Ein Volk, ein Reich, ein Führer.“

Der Handel flutschte, denn das Führerprofil wirkte offenbar anregend auf manche Touristen.

Die Medaillen wurden widerspruchslos an den Mann gebracht. Weshalb, läßt sich schwer verstehen, denn der Anschluß war doch wirklich kein Zuckerlecken für Österreich.

A. TSCHLENOW

## KEIN KINTOPP

Er drehte sich abrupt auf dem Absatz seiner Cowboystiefel um und zückte den Colt. Mit vier Schüssen störte Uri die Mittagsstille der kalifornischen Wüste.

Hollywood? Das liegt dicht dabei in Los Angeles. Der flotte Cowboy Uri aber ist Ausbilder der „Jüdischen Verteidigungsliga“ in den Vereinigten Staaten, die ihren Schießplatz in einer Sandgrube bei Los Angeles einrichtete. Angeblich ohne Wissen der Polizei wird hier 200 Kernen der „Liga“ das Töten beigegeben. Der Führer der „Liga“ ist der nicht unbekannte Meir Kahane, der auf einem Zionistenkongreß in Brüssel lautstark unerträgliche Bedingungen für sowjetische Bürger im Ausland forderte.

Die „Liga“ will ent-

sprechend dem Programm Kahanes vorgehen. Brandstiftungen und Explosionen sowie Attentatsversuche sind ihre Sache. Die meisten der von ihr verübten Verbrechen bleiben jedoch

„unaufgeklärt“. In einem Klima der antisowjetischen Psychose braucht man Pogramhelden in Freiheit. Kahane selbst allerdings gerät recht häufig hinter Gitter, wo ihn aber einflußreiche Gönner nicht lange schmachten lassen.

A. NIKITIN



Ausbilder der „Liga“ unterweisen ihre Untergebenen an automatischen Waffen

Foto: „Stern“ (BRD)



Bank" von der CIA als Geheimkanal für den Dollartransfer von Australien an die italienischen DC-Bonzen benutzt wurde.

Warum gerade aus Australien? Offenbar, weil in diesem Fall ein Umweg der geradeste Weg ist. Wenn die DC-Bosse ihre Banküberweisungen aus der südlichen Halbkugel erhielten, wußten sie, das ist kein Irrtum. Schließlich bekamen sie ja Dollars und keine Känguruhs.

L. MAKAREWITSCH

T'S

estagswahl schwer voraussagen, doch die bundesdeutschen Gazetten sind einhellig. Die "Frankfurter Allgemeine", die eigentlich keine außen-Antipathien hegt, bemerkt: „Kaum ein Mensch zweifelt am Sieg der Koalition, kaum jemand gibt dem Herausforderer Strauß die Chance, Bundeskanzler zu werden.“ Das gleiche sagen auch Meinungsfragen. Laut Allensbach-Institut glauben nur 10 % der Wähler an einen Sieg der Christdemokraten-Christlichsozialen.

Gründe dafür gibt es

nicht wenig. Wer an die Karriere des Unions-Kandidaten denkt, weiß, daß er Skandalgeschichten, wütende Ausfälle gegen die Ostpolitik, Aufrufe zur Erhöhung der Militärausgaben, zur militärischen Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder in seinem Gepäck hat. Das können selbst viele konservativ gesinnte Bundesbürger nicht billigen.

Nur Strauß selbst will sich das nicht eingestehen. Da ist es schon einfacher, Moskau die Schuld in die Schuhe zu schieben.

N. SHOLKWER

## SICHERHEITSFANATIKER

Australiens Premier Malcolm Fraser fühlt sich nicht sicher. Besorgt registriert er eine veränderte „strategische Situation“ und schlägt Alarm: Das Land ist von allen Seiten von Feinden umgeben. Was

lich zur „Sicherheit“ der Bevölkerung. Diese Sicherheit nimmt natürlich ungeheuer zu, besonders wenn man bedenkt, daß die B 52, mit denen immerzu irgendwas passiert, Kernwaffen tragen.

Canberra gab sein Einverständnis für neue Stützpunkte der US-Streitkräfte. Jetzt machen sich die US-Bomber vom Typ B 52 breit, die die Region des Indischen Ozeans abdecken. Zwischendurch reisen die US-Piloten können über den Norden der Australier, alles geschieht natürlich

Damit hatte Canberra aber noch nicht genug. Fraser verließ sich offenbar nicht ganz auf die US-Truppen und verkündete nun eine neue „Initiative“. Auf der Regionalkonferenz der Regierungschefs der Commonwealthländer schlug er die Erneuerung eines 5-Staaten-Pakts vor, den Großbritannien, Australien, Neuseeland, Sin-

gapur und Malaysia 1970 geschlossen hatten. Der Pakt ging gleich nach seiner Geburt wieder ein. Jetzt macht sich die australische Führung an seine Reanimation. Zunächst möchte der Premier gemeinsame Manöver der Marine und der Luftwaffe Australiens, Singapurs und Malaysias.

Mit dem Näherrücken der Parlamentswahlen am 18. Oktober wird der Kabinettschef immer aktiver. Das Regierungsschiff lief nicht allzu flott: Inflation, Arbeitslosigkeit, Preistreiberei. Das ist anscheinend der Grund dafür, daß Canberra die Aufmerksamkeit der Wähler auf die „Gefahr von außen“ umpolen will, ganz nach dem Vorbild Washingtons.

L. MLETSCHIN

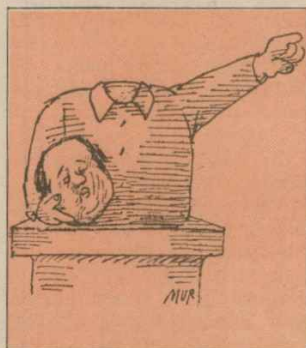
## DER ZEIGEFINGER

Vom Museum der chinesischen Revolution am Peking-Tiananmen-Platz wird das Mao-Porträt abgehängt. Die

eingelagert oder gar zu Altstoff gemacht wird. Die jetzige chinesische Führung will



Kamera des Bildberichters (wir entnehmen das Foto dem „Spiegel“) hielt fest, wie eines der vielen Konterfeis des „großen Steuermanns“ dieser Tage



nur sehr wenige Porträts, Büsten und Standbilder übriglassen. „Mao schrumpft“ nannte der „Zeit“-Karikaturist seine Zeichnung. Doch wie diese Karikatur zeigt, weist selbst der geschrumpfte Mao seinen Erben noch immer den Weg.

F. JURJEV

## WIE UNFREUNDLICH

Die Carter-Administration sprach laut „New York Times“ der französischen Regierung ihren inoffiziellen Protest aus. Was hat denn Paris verbrochen! Vor kurzem schloß eine große französische Firma einen Vertrag mit der sowjetischen Außenhandelsvereinigung über den Bau eines Kallwalzwerks. Einige Wochen vorher ging ein ähnlich geharnischtes Schreiben an die Bundesregierung, als die Klöckner-Werke einen Liefervertrag zur Ausrüstung eines in Sibirien errichteten Aluminiumwerks abschlossen.

Washington ist außer sich, daß seine Partner ihm keine uneingeschränkte Unterstützung bei seiner Wirtschaftsblockade gegen die UdSSR erweisen. Die französischen Geschäftskreise, meint der Pariser „Matin“, zögen aber eine realistische Politik vor.

Das läßt sich von der Washingtoner Regierung leider nicht sagen.

G. SIDOROWA



# Wahl des Weges

Dr. sc. jur. Gleb STARUSCHENKO

In Afrika, wo der Kapitalismus noch nicht tief verwurzelt war, bestehen die meisten sozialistisch orientierten Länder der Welt: Länder, die noch nicht sozialistisch sind, aber schon den Kapitalismus als System ablehnen und einschneidende Umgestaltungen vornehmen, die ihren künftig möglichen Übergang zum Sozialismus erleichtern und beschleunigen.

In Algerien, Angola, Äthiopien, Benin, Guinea, Kongo, Libyen, Madagaskar, Moçambique und Tansania sind schon recht tiefe sozialökonomische Veränderungen vor sich gegangen. In Guinea-Bissau, auf den Kapverdischen Inseln, auf São Tomé und Príncipe, auf den Seychellen sowie in Mali und Simbabwe ist der Sozialismus als Endziel verkündet. Dort werden konkrete Maßnahmen durchgeführt bzw. vorbereitet, die die Entwicklung in Richtung auf den Sozialismus gewährleisten können.

Am sichtbarsten sind die Entwicklungsergebnisse der sozialistisch orientierten afrikanischen Länder auf politischem Gebiet. Schon zu Beginn ihres Bestehens lösten diese Staaten die Verpflichtungen, die sie an das ehemalige „Mutterland“, an imperialistische Gruppierungen und militärpolitische Pakte fesselten, und liquidierten die Militärstützpunkte des Imperialismus auf ihrem Territorium.

In den Staaten Afrikas dagegen, die den kapitalistischen Weg gehen, werden die Militärstützpunkte aufrechterhalten (ZAR u. a.) oder neu angelegt (Kenia). Einige dieser Staaten sind bis heute in knechtende Abkommen verstrickt, die bisweilen die staatliche Souveränität wesentlich einschränken. Charakteristisch: Sobald Ägypten und Somalia vom fortschrittlichen Kurs abfielen, wurden sie faktisch in einen reaktionären antiarabischen Block unter Teilnahme der USA und Israels einbezogen.

Im Einklang mit der Idee der antiimperialistischen Solidarität arbeiten die sozialistisch orientierten Länder immer enger miteinander, mit der revolutionären Befreiungsbewegung in anderen Ländern und mit den sozialistischen Staaten zusammen. Ein Ergebnis war, wie auf dem XXV. Parteitag der KPdSU festgestellt wurde, „die bedeutende Verstärkung des Einflusses von Staaten,

die noch vor kurzem Kolonien oder Halbkolonien waren“, was ihnen mehr Möglichkeiten gibt, ihre nationalen Interessen zu verteidigen. Erwähnt sei, daß das auf Initiative der sozialistisch orientierten Länder gegründete Befreiungskomitee der Organisation der Afrikanischen Einheit den Völkern von Simbabwe, Angola, Moçambique und Guinea-Bissau wesentlich dabei half, die nationale Unabhängigkeit zu erkämpfen und ihren Entwicklungsweg selbständig zu bestimmen.

Ein Beispiel der erstarkenden Solidarität zwischen den sozialistisch orientierten Ländern ist die Hilfe, die Madagaskar den Seychellen erwies. Als den Inseln eine Intervention imperialistischer Söldner drohte, schickte die Regierung von Madagaskar 300 Militärangehörige auf dem Luftwege dorthin und vereitelte so eine Invasion. Anfang der 70er Jahre leistete die Befreiungsarmee von Guinea-Bissau, die damals noch selbst um die Freiheit ihres Landes rang, Guinea beträchtliche Hilfe bei der Zurückschlagung der Intervention imperialistischer Söldner.

Die Zusammenarbeit der fortschrittlichen Länder mit der sozialistischen Staatengemeinschaft hilft ihnen bei der Stärkung der politischen Unabhängigkeit. Die UdSSR und Kuba halfen Angola, die Intervention der RSA und der imperialistischen Söldner zurückzuschlagen. Diese Hilfe entsprach genau den allgemein anerkannten Prinzipien der internationalen Beziehungen (das Recht auf Selbstverteidigung lt. Art. 51 der UNO-Satzung und die Achtung des Kolonialismus), die dazu beitragen, den Frieden zu erhalten und die Entspannung zu konsolidieren.

Die Annäherung an die sozialistische Welt und die Möglichkeit, sich im Kampf für die Festigung der Unabhängigkeit auf sie zu stützen, sind wichtige außenpolitische Komponenten der sozialistischen Orientierung. Aber diesem Kurs stellen sich die imperialistischen Staaten

und die innere Reaktion in den Weg. In den Reihen der revolutionären Demokratie gewinnen bisweilen nationalistisch verseuchte Politiker die Oberhand. Da sie die nationalen Interessen falsch auffassen oder sich auch von privaten, egoistischen Motiven leiten lassen, komplizieren sie ernsthaft die Beziehungen zu den sozialistischen Staaten. So opferten die somalischen Führer ihren expansionistischen Ambitionen, ein „Groß-Somalia“ zu errichten, nicht nur die guten Beziehungen zu den sozialistischen Staaten, sondern auch die sozialistische Orientierung. Sie gaben



Moçambique. Der Arbeitsplan einer landwirtschaftlichen Genossenschaft wird besichtigt.

Foto: TASS

selbst die nationale Souveränität auf, und nun ist das Land ein Aufmarschgebiet des USA-Imperialismus.

Das Leben mahnt immer wieder: Die Erweiterung und Festigung der Zusammenarbeit mit der sozialistischen Welt liegt im Interesse nicht nur der sozialistisch orientierten, sondern aller Entwicklungsstaaten. Die Möglichkeiten einer solchen Zusammenarbeit sind noch bei weitem nicht erschöpft. Auf dem XXV. Parteitag der KPdSU wurde betont: „Der schon heute beträchtliche Beitrag dieser Länder zum gemeinsamen Kampf für den Frieden und die Sicherheit der Völker kann durchaus noch gewichtiger werden.“

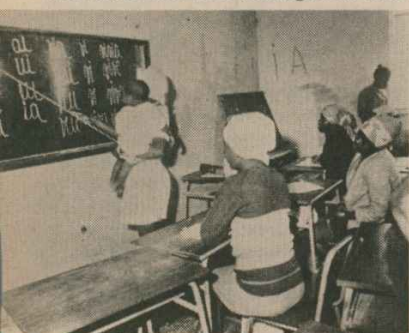
## Die Basis der Macht

In den letzten fünf Jahren nahm die innere Stabilität der meisten Staaten sozialistischer Orientierung zu. Die revolutionäre Macht erstarkt, indem sie ihren Staatsmechanismus schafft und vervollkommenet.



In diesem Zuge entstehen neue Elemente des Verwaltungssystems, die den bürgerlichen Staaten nicht eigen sind: Räte, Parteien und Massenorganisationen von neuem Typ. So erweisen sich die Kebele in Äthiopien als wirksames örtliches Machtorgan. Diese Assoziationen von Dorf- und von Stadteinwohnern verwalten die Kommunalwirtschaft, sorgen für die öffentliche Ordnung und den Handel.

Im Unterschied zum bürgerlichen Prinzip der Machtteilung erfolgt in den sozialistisch orientierten Ländern die Vereinheitlichung des Machtsystems. Auf Madagaskar z. B.



Angola. Junge Frauen lernen

Foto: TASS

wurden Befugnisse des zentralen Verwaltungsapparates im Oktober 1977 an die Exekutivkomitees der örtlichen Räte übergeben. Aber dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen. In einigen Ländern besteht neben den örtlichen Organen noch die Einrichtung der Gouverneure und sonstiger offizieller Vertreter der Zentralmacht, die berechtigt sind, die Beschlüsse der örtlichen Organe aufzuheben. Das ergibt sich aus der spezifischen geschichtlichen Entwicklung einiger Länder, in denen in den örtlichen Machtorganen häufig die Ausbeuter, der Stammes- und Feudaladel vorherrschen.

Ein Markstein in der Entwicklung der sozialistisch orientierten Staaten ist die Ausarbeitung und Annahme neuer Verfassungen. Sie wurden in den letzten Jahren in Benin, Algerien, Moçambique, Libyen (Verfassungserlaß 1977) u. a. angenommen. In der Regel konstituieren die Verfassungen repräsentative Machtorgane. Diese treten an die Stelle der revolutionären Räte, die bis dahin legislative Vollmachten hatten. In Algerien wurde 1977 die Errichtung eines von unten bis oben einheitlichen Systems von Vertretungsorganen abgeschlossen. Ähnliche Systeme bestehen heute in Kongo, Moçambique, Guinea-Bissau und auf Madagaskar.

Nicht minder wichtig ist die vervollkommnung der politischen Leitungssysteme. Gegenwärtig wer-

den dort, wo die Bedingungen dafür reif sind, Avantgardeparteien gegründet, die sich von der revolutionären Theorie leiten lassen. Die Kongolische Partei der Arbeit, die MPLA-Partei der Arbeit (Angola) und die FRELIMO — Partei der Werktätigen (Moçambique) bezeichnen den Marxismus-Leninismus als ihre ideologische Grundlage. Auf gleicher Basis entsteht in Äthiopien eine Partei der Werktätigen. Diese Parteien überwinden entschlossen die Überreste des Nationalismus und der Stammesmentalität und entwickeln sich im Zuge ihres Wirkens zu marxistisch-leninistischen Parteien.

In einigen Ländern, die Kurs auf den Sozialismus nehmen, wurden nationaldemokratische Staaten gebildet. In anderen, die ein zahlenmäßig stärkeres und besser organisiertes Proletariat haben (Kongo) oder in denen die revolutionären Kräfte die harte Schule des bewaffneten Kampfes durchgemacht haben (Moçambique, Angola), werden volksdemokratische Staaten errichtet. Dort wird die nationale Bourgeoisie entschlossener der Macht enthoben. Die politische Führung gehört dort der Avantgardepartei der Werktätigen, deren ideologische Grundlage der Marxismus-Leninismus bildet.

Somit haben die letzten fünf Jahre zwei Formen der sozialistisch orientierten Staaten ergeben: die nationaldemokratische und die volksdemokratische. Aber bei weitem nicht in allen Ländern bestehen die Voraussetzungen für die Bildung der Staaten des zweiten Typs. Deshalb sehen die revolutionären Kräfte ihre Aufgabe in den meisten Fällen darin, die bestehenden nationaldemokratischen Staaten zu festigen.

### Der staatliche Sektor

Die sozialistisch orientierten Länder Afrikas haben im Kampf für die wirtschaftliche Unabhängigkeit gewisse Erfolge erzielt. Dort wurden die Naturreichtümer nationalisiert. Der staatliche Sektor nimmt allmählich die führende Stellung ein. Fortschrittliche Gesetze über die Agrarreform wurden verabschiedet, die Werktätigen nehmen an der Leitung der Produktion teil. Die imperialistische Ausbeutung und die Plünderung der Naturreichtümer werden bekämpft. All das hat die wirtschaftliche Abhängigkeit der sozialistisch orientierten Länder vom Westen wesentlich gelockert, wenn auch die meisten noch immer zum kapitalistischen Weltwirtschaftssystem gehören (Abhängigkeit von den Märkten, Krediten u. a.).

Der staatliche Sektor sichert in Algerien 90% der Industrie- und 50% der Agrarproduktion. In Tansania kontrolliert der Staat die Banken, fast den ganzen Außen- und zum

Teil den Binnenhandel, 70% des Bergbaus und 40% der verarbeitenden Industrie. Die wichtigsten ökonomischen Hebel gehören dem Staat in Guinea, Angola und Äthiopien. Die Tendenz zur Erhöhung der Rolle des staatlichen Sektors zeigt sich deutlich auch in den anderen Ländern der in Frage kommenden Gruppe.

Die Bildung eines staatlichen Sektors löst natürlich noch nicht das außerordentlich schwierige Problem, die Produktion rentabel zu machen und die Arbeitsproduktivität zu steigern. Aber selbst wenn heute einige Unternehmen noch verlustbringend sind, muß das eine Zeitlang in Kauf genommen werden, weil nur der staatliche Sektor eine unabhängige Wirtschaft ermöglicht.

Andere allgemeindemokratische Umgestaltungen werden vorgenommen: Agrarreform, Einführung von Planelementen, Genossenschaftsbildung. Daran nehmen immer größere Volksmassen teil. Im Ergebnis entwickeln sich die meisten sozialistisch orientierten Länder trotz der Schwierigkeiten, die von der Umgestaltung der Wirtschaft auf neuer Grundlage herrühren, ungefähr in gleichem Tempo wie die kapitalistisch orientierten Länder und bisweilen sogar schneller.

Der Staat spielt auch in anderen Lebensbereichen eine große Rolle. Damit erklären sich große Fortschritte in der Volksbildung und im Gesundheitsschutz dort, wo zur Zeit des Kolonialismus nichts unternommen wurde.

### Perspektiven

Die sozialistische Orientierung zieht die Völker nicht nur dadurch an, was sie ihnen heute gibt, sondern auch durch die Perspektiven, insbesondere auf die reale Überwindung der Rückständigkeit. Aber beim gegenwärtigen Tempo des Wirtschaftswachstums werden die jungen freien Staaten ihr Zurückbleiben hinter den kapitalistischen Industriestaaten zu Lebzeiten der heutigen Generationen nicht überwinden können. Das Nationaleinkommen pro Kopf der Bevölkerung ist in den Industrieländern heute insgesamt 12- bis 14mal so hoch wie in den Entwicklungsländern. Diese können das derzeitige Niveau der ehemaligen Kolonialmächte nicht bald erreichen.

Die Erfahrungen der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder zeigen: Zur erfolgreichen Lösung dieses Problems muß man die Vorzüge des Sozialismus mit den Leistungen der wissenschaftlich-technischen Revolution verbinden. Es ist also nur gesetzmäßig, daß die sozialistische Orientierung die Nutzung der wissenschaftlich-technischen Erkenntnisse im Interesse der Gesell-



schaft bedeutend erleichtert und beschleunigt.

Nachdem die sozialistisch orientierten Länder den politischen Einfluß des Imperialismus beseitigt und den wirtschaftlichen in hohem Maße reduziert haben, können sie die notwendigen Mittel mobilisieren, um die gesamte nationale Wirtschaft technologisch neu auszurüsten. Während sich der Privatsektor bei der Auswahl einer Technologie nur vom Höchstprofit leiten läßt, strebt der Staat danach, die Vorzüge der neuen Technologie im Interesse der gesamten nationalen Wirtschaft zu nutzen. Dazu verwendet er ein System legislativer Maßnahmen: Subventionierung der Ankäufe moderner Ausrüstungen, Besteuerung des Grundkapitals, zentralisierte Wartung neuer Technik, Einführung einheitlicher Standards und technischer Informationen usw. Das gibt die Möglichkeit, die ungünstigen Folgen des technologischen Fortschritts — den Rückgang des herkömmlichen Handgewerbes zu vermeiden bzw. zu schwächen.

Die Schwierigkeiten, die die sozialistisch orientierten Länder bei der Anwendung neuer Technologien erleben, sind recht groß und können nur mit Beistand von Industriestaaten überwunden werden. Aber die sozialistisch orientierten Länder haben gewisse Vorzüge: Sie genießen die zunehmende Unterstützung durch die sozialistischen Staaten mit ihrem riesigen wissenschaftlichen Potential (ein Drittel aller Wissenschaftler der Welt) und ihrer Industrieproduktion, die über ein Drittel der Weltproduktion ausmacht. In den Entwicklungsländern gibt es ca. 4500 wichtige Wirtschaftsobjekte, die mit Beistand der sozialistischen Staaten gebaut wurden oder im Bau bzw. geplant sind.

Gewiß, die sozialistisch orientierten Länder stoßen in ihrer Entwicklung manchmal auf beträchtliche Schwierigkeiten. Deren Hauptursache ist das feindliche Wirken des Imperialismus, der ihren Vormarsch auf dem Wege des Fortschritts aufhalten möchte. Es gibt auch innere Schwierigkeiten: die noch bestehende Abhängigkeit von der kapitalistischen Weltwirtschaft, von ihren Märkten und Krediten, die Rückständigkeit und Einseitigkeit der nationalen Wirtschaft.

Aber die Praxis der sozialistisch orientierten Länder zeigt, daß ihre Entwicklung bei all den Schwierigkeiten und Schwankungen unermesslich fortschrittlicher ist als die kapitalistische Entwicklung. Die sozialistische Orientierung ist heute eine objektive Realität des revolutionären Prozesses in Afrika, die eine gewaltige Anziehungskraft hat. ■

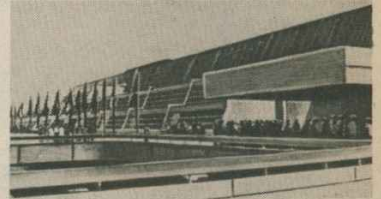
## DEBATTE IN BELGRAD

Im Belgrader Kongreßpalast „Sava“ tagt die 21. UNESCO-Generalkonferenz, auf der 152 Länder vertreten sind. UNESCO-Generaldirektor M'Bow hielt den Rechenschaftsbericht über die letzten zwei Jahre und zeigte das Programm und die Aufgaben für 1981—1983 auf.

An der Tagung nehmen eine sowjetische Delegation unter Leitung des stellvertretenden Außenministers der UdSSR, des Vorsitzenden des UNESCO-Ausschusses der UdSSR, I. Semskow, sowie Delegationen der Ukrainischen SSR und der Belorussischen SSR teil. Der sowjetische Delegationsleiter betonte in seiner Rede, daß die Arbeit der UNESCO in den letzten Jahren vom Streben zeugt, einen Beitrag zur Lösung des wichtigsten Problems der Gegenwart, der Abrüstung, zu leisten. Ein großes Echo fanden so bedeutende Veranstaltungen der UNESCO wie das Friedensforum und der Weltkongreß Bildung für die Abrüstung. Jetzt kann die UNESCO noch aktiver zum Kampf für Frieden und Entspannung beitragen.

Viele westliche Delegierte forderten, „die UNESCO von Politik und Ideologie abzugrenzen“ und sie auf „rein fachliche“ Fragen zu beschränken. Gegen den Vorschlag der sowjetischen Delegation, die wichtigsten internationalen Fragen auf der Tagung zu behandeln, von deren Lösung in vielem die Zukunft der Menschheit abhängt, wandten sich die Vertreter der USA und Chinas. Besonders Ausfälle erlaubte sich der chinesische Delegierte, der den Vorschlag der sowjetischen Delegation als „Propagandatrick“ bezeichnete. Doch trotzdem wurden nach der Diskussion Maßnahmen zur Erfüllung der Deklaration über die Hauptprinzipien des Beitrags der Massenmedien zur Festigung des Friedens und der internationalen Verständigung, zur Entwicklung der Menschenrechte und zum Kampf gegen Rassismus, Apartheid und Kriegshetze als selbständiger Punkt auf die Tagesordnung gesetzt. Diese Deklaration war auf der vorhergehenden, 20. UNESCO-Tagung angenommen worden. Doch da ihre Verwirklichung auf große Schwierigkeiten stößt, wurde es notwendig, daß ihre Verwirklichung auf dieser Tagung gesondert erörtert wird.

Auf der Tagung wurde konstatiert, daß die UNESCO die anstehenden Aufgaben erfüllen kann, wenn sie aktiv zur Lösung der Menschheitsfragen beiträgt: zur Überwindung der Rückständigkeit der Entwicklungsländer und zur Beseiti-



gung der Folgen des Kolonialismus, zur Vergrößerung des Energie-, Rohstoff- und Nahrungsmittelpotentials, zum Umweltschutz und zur Bewahrung des ökologischen Gleichgewichts der Erde, zur Erschließung der Nahrungsmittel- und Rohstoffressourcen des Weltmeeres, zur Beseitigung des Analphabetentums, zur Bewahrung des kulturellen Erbes der Menschheit und zur friedlichen Erschließung des Weltraums.

Auf der Tagung spiegeln sich die Schwierigkeiten und Widersprüche der heutigen internationalen Lage und die scharfe politische Konfrontation wider. Viele Delegationen verlangten, die Pol-Pot-Marionette aus dem Tagungssaal zu entfernen und den Vertretern der VR Kampuchea den rechtmäßigen Platz in der UNESCO zu überlassen. Das wurde aber von den Delegierten der USA, Japans und Chinas verhindert, die die verbrecherische Pol-Pot-Clique unter ihre Fittiche nahmen. Eine solche Haltung ist nichts anderes als eine Verhöhnung des Andenkens an die Millionen vom Pol-Pot-Regime ermordeten Kampucheaner.

Eine Provokation erlaubte sich die Delegation Israels, als sie erklärte, ihre Vollmachten seien in Jerusalem „bestätigt“ worden. Israel unternahm also einen weiteren Versuch, die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt des israelischen Staates durchzusetzen. Doch die Zionisten holtten sich die entschiedene Abfuhr fast aller arabischen Länder, die verlangten, die Vollmachten der israelischen Delegation nicht anzuerkennen. Diese Forderung fand die Unterstützung der Vertreter der sozialistischen Staaten und vieler nichtpaktgebundener Länder.

Die UNESCO-Generalkonferenz wird bis zum 28. Oktober tagen. Als UNESCO-Generaldirektor für die kommenden sieben Jahre wurde Amadou Mahtar M'Bow wiedergewählt.

W. GAWILEWSKI  
Elgenbericht

Belgrad, im September



# DAS RAD DREHT SICH

Dmitri WOLSKI

Das tragische Todesurteil für den ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Südkoreas, Kim Dae Jung, weist über sich hinaus. Das barbarische Verdikt des Seouler Diktators Hwang ist ein Symptom, das viele Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und vielleicht sogar einige Staaten Südeuropas alarmieren sollte.

1975 zeigten die Nelken in den Gewehrläufen den Sturz des Faschismus in Portugal, die Befreiung der Völker seiner ehemaligen Kolonien an. Dann fiel das Regime der „schwarzen Obristen“ in Griechenland. Die äthiopische Despotie, die älteste der Welt, brach zusammen. Vor fünf, sechs Jahren setzte diese Welle ein, die gegen Ende der 70er Jahre immer „bedrohlichere“ Ausmaße erreichte: der Schah, Nikaraguas Diktator Somoza, Pak Tschung Hi, der amerikanische Statthalter in Südkorea, die afrikanischen Diktatoren Idi Amin, Bokassa, Nguema und schließlich der Pseudomarxist Pol Pot, der Kampuchea verheerte, und sein geistiger Doppelgänger, der allerdings nicht so weit kam — Hafisullah Amin in Afghanistan — wurden hinweggespült.

Viele dieser ihrem ideologischen Stammbaum nach unterschiedlichen volksfeindlichen Regimes wurden in den letzten beiden Jahren vom Sturm der Geschichte hinweggefegt. Doch nicht alle wurden von Kräften abgelöst, die den Völkern den Weg einer freien Entwicklung eröffnen wollten und konnten. Die buntscheckige Reaktion will zudem Revanche in Kampuchea und Afghanistan nehmen und jenen Ländern „Präventivschläge“ beibringen, in denen sich der Freiheitskampf entfaltet. Die Junta von El Salvador entfesselte einen wahren Krieg gegen das eigene Volk, das sich für das Beispiel Nikaraguas begeistert. In Südkorea erstickt General Hwang den machtvollen Volksaufstand im Blut und will den Oppositionsführer an den Galgen schicken.

In dieser letzten unmenschlichen Aktion, die auf den ersten Blick politisch selbstmörderisch ist, wird der Hauptfaktor deutlich, der diese „Gegenreformation“ ausgelöst hat. Ist ja Opfer des geplanten Racheaktes ein Politiker mit „gemäßigten“ bürgerlich-liberalen Ansichten, ein Anhänger jener Konzeption der „Menschenrechte“, die Washington selbst verkündet hat. Ebendeshalb ruft die US-Administration in ihren offiziellen Erklä-

rungen dazu auf, „Milde“ gegenüber Kim walten zu lassen. Doch tatsächlich gibt sie seinen Henkern freie Hand. Das Weiße Haus hat sich nicht nur geweigert, irgendwelchen wirtschaftlichen Druck auf Seoul auszuüben, es ist schon jetzt offen von seinem Versprechen abgerückt, seine 40 000 Mann aus Südkorea abziehen. Präsident Carter windet sich: Das wäre „verhängnisvoll“ für uns. Wird da mit „uns“ vielleicht auch der neue Seouler Protegé Washingtons gemeint?

Ein anderes Beispiel. In Pakistan zieht General Zia-ul-Haq die Daumenschrauben immer fester, und die USA unterstützen ihn dabei, laden ihn demonstrativ nach Washington ein. Dort war man, wie ein Journalist schrieb, krampfhaft bemüht, sich nur nicht an die Hinrichtung des ehemaligen pakistanischen Premiers Bhutto (übrigens gleichfalls ein Anhänger des bürgerlich-demokratischen Systems) noch an die Einführung der Prügelstrafe oder anderer mittelalterlicher Gesetze zu erinnern. Was macht es schon, wenn ein oder zwei Journalisten zu Tode geurteilt werden, die an Carters „Menschenrechtsdemagogie“ geglaubt hatten? Jetzt ist für die US-Administration etwas anderes viel wichtiger: General Zia verspricht, die Unzufriedenheit des Volkes, das seine Heimat nicht in ein Aufmarschgebiet für eine Aggression gegen Afghanistan und für subversive Handlungen gegen Indien verwandelt sehen will, mit harter Hand niederzuhalten.

Aus den Reden gewisser amerikanischer Politiker ist das Klagen über Stroessners oder Pinochets Exzesse, was früher von Zeit zu Zeit zu vernehmen war, fast verschwunden. Die Diktatoren haben das zu Recht als Wink verstanden, daß sie von den USA gebraucht werden und diese auf ihrer Seite sind. Eben das wurde auch mit dem Besuch des stellvertretenden US-Außenministers für panamerikanische Angelegenheiten im September in Paraguay bezweckt. Kein Wunder, daß die offenen und geheimen Gesinnungsgenossen des paraguayischen Diktators in anderen Ländern verstanden haben, daß ihnen zumindest verziehen wird, wenn sie versuchen sollten, Militärdiktaturen zu errichten.

Da Washington nun Wohlwollen für rechtsextremistische, im Grunde faschistische Methoden und Ideologien im Fernen Osten und Lateinamerika bekundet — ist da zu er-

warten, daß es sich gegenüber derartigen Erscheinungen in Ländern Südeuropas anders verhalten würde?

Natürlich wirken in jedem Land, in jeder Region spezifische Faktoren. Doch der gemeinsame Nenner ist überall der gleiche: Washington gewährt jetzt allen politischen Kräften Unterstützung, wenn diese nur bereit sind, seinen Hegemonieambitionen zu dienen. Dabei wäscht eine Hand die andere — mal durch Überlassung von Stützpunkten, dann durch die Erfüllung „militärisch-politischer Aufträge“ des Imperialismus, wie das z. B. die Überreste der Pol-Pot-Banden tun.

Ebendeshalb helfen die USA diesen von den Maoisten hochgepöppelten Mordbuben. Das geschieht, indem man nicht nur einen Platz in der UNO für sie beansprucht, sondern auch durch die Schaffung einer amerikanischen „Kambodscha-Notgruppe“, die die Banden mit Nachschub beliefert, in einer thailändischen Stadt, unweit der Grenze zu Kampuchea. Die strategische Allianz USA-China hat bereits jetzt die „Kannibalen“ aktiviert. Das gleiche beobachten wir in Afghanistan, wo die Räuberbanden der Interventionen, die sich durch besondere Grausamkeit „auszeichnen“, zwei Herren zugleich dienen.

„Obgleich die Welt kaum darauf aufmerksam geworden ist, sieht sie heute, wie Washingtons Beschluß für eine grundlegende Neuorientierung der US-Auslandsstrategie verwirklicht wird“, schrieb die Pariser „Aurore“ am 18. September. Der Zeitung zufolge wiegt die „überaus große Bedeutung“, die die USA jetzt „ihrer militärischen Präsenz... beimessen, schwerer als alle anderen Sorgen“. Erstmals zeichnete sich wie die „Aurore“ konstatierte, eine solche Wende in Westasien ab, doch „heute geht es schon darum, die gleichen Konzeptionen auf alle benachbarten Zonen anzuwenden“.

So wurde die Neuorientierung der herrschenden Kreise der USA auf einen offenen Aggressionskurs zu einem weiteren verhängnisvollen Versuch, die nationale und soziale Befreiung, besonders in den Entwicklungsländern, mit massiver Gewalt zu verhindern. Doch die Washingtoner Politiker sollten der „Aurore“ lieber nicht glauben, die Welt sei „kaum darauf aufmerksam geworden“. Der entschiedene Kampf gegen die amerikanische „Präsenz“, gegen die von Washington aufgezogenen volksfeindlichen Regimes, ein Kampf, der überall ausgetragen wird, zeugt vom Gegenteil. Dieser Kampf kann auch zeitweilige Rückschläge erleiden, doch wird er solange geführt, bis der endgültige Sieg erreicht ist. ■



# IN CIA-DIENSTEN



Viktor LEWIN

Am 20. Juni 1979 lief die „Al-Kalthoum“ unter pakistanischer Flagge in den Hafen von Karachi ein. Das unansehnliche Schiff blieb fast unbeachtet. 24 Stunden später machte ein weiteres Schiff des gleichen Typs neben dem ersten in Karachi fest. Schiffe wie andere auch, doch bei ihnen wurden Wachen aufgestellt. Entladen wurde nur nachts. Später stellte sich heraus, daß die Schiffe Waffen nach Karachi gebracht hatten. Von dort aus transportierten Armeelaster die Waffen auf der Chaussee von Hyderabad über Sukkur zur afghanischen Grenze.

Allein an Bord der „Al-Kalthoum“ waren ca. 2000 t Schußwaffen und Munition. Die Fracht kam aus England: Sie gehörte der in Monaco registrierten Firma International Armament Corp. und war für konterrevolutionäre Banden bestimmt, die sich auf pakistanischen Stützpunkten im Raum von Peshawar eingenistet hatten.

„Gleich nach der Aprilrevolution von 1978 begann die CIA verstärkt, konterrevolutionäre Banden mit Waffen zu versorgen“, sagte Schah Mohammad Dost, der Außenminister Afghanistans. „Unsere Regierung verfügt über zahlreiche Beweise für diese massive Einnischung in unsere inneren Angelegenheiten.“

Ja, es gibt viele solche Beweise, und die Aktivitäten der besagten Firma International Armament Corp. (abgekürzt Interarms) verdienen besondere Beachtung. Die Interarms gilt als die größte Privatfirma im Waffengeschäft. Sie wird von Samuel Cummings, einem Bürger Monacos und Amerikaner irischer Abstammung, geleitet. Cummings wird oft als „Kanonenkönig“ bezeichnet, und er hat nichts dagegen. Cummings verübelt es auch nicht, wenn man ihn „Mr. MG“

nennt. Und wenn man ihn mit dem legendären Basil Zakharov vergleicht, der im ersten Weltkrieg an Waffenlieferungen an beide kriegsführende Seiten Millionen verdiente, verzieht Cummings sein Gesicht zu einem breiten Lächeln.

## Krisenfreies Business

„Der Umsatz der Firma entspricht dem des größten europäischen Industriebetriebes, z. B. des italienischen Autokonzerns Alfa Romeo“, prahlt der Präsident der Interarms. „Doch anders als die Autoindustrie kennt mein Geschäft keine Krisen... Viele möchten mein Geschäft kaufen. 50 Millionen Dollar hat man mir angeboten. Mehr möchte ich hierzu nicht sagen.“

Samuel Cummings ist 52 Jahre alt, geboren in Philadelphia. Die Staatsangehörigkeit Monacos hat er seit 1973. Einen amerikanischen ebenso wie einen britischen Paß (in Manchester besitzt die Interarms das größte private Waffenlager Europas) aber behält Cummings bis heute. Ist ja seine Firma in Alexandria (US-Staat Virginia) registriert, wo sich auch Waffenlager der Interarms befinden.

Es gibt Beweise dafür, daß Samuel Cummings in den ersten Nachkriegsjahren hauptberuflich für die CIA tätig war, bis er 1951 die von ihm gegründete Interarms übernahm. Gegenüber dem bekannten Publizisten, Anthony Sampson, mußte Cummings eingestehen, daß er mit der CIA verbunden war, versicherte aber, schon seit langem nichts mehr mit dem Spionagedienst zu tun zu haben. Sampson mokierte sich über diese Behauptung. Mögen es ja bekanntlich die Herren aus Langley nicht, wenn man ihnen den Rücken kehrt. Der ehemalige CIA-Agent Philip

Agee, der ein enthüllendes Buch über Langley verfaßte, erfuhr das am eigenen Leib. Die CIA läßt ihm sogar weit entfernt von den USA keine Ruhe mehr. Cummings aber geht es blendend. Er hat mit seinen einstigen Bossen keine Konflikte.

Cummings spricht nicht selten mit Journalisten. Doch wenn er die Gründungsgeschichte der Interarms erzählt, ist ihr Präsident alles andere als konsequent. Dem bekannten Schriftsteller Bernt Engelmann (BRD), der im Waffenhandel recherchierte, versicherte Cummings, seinen ersten Kontrakt habe er mit einem gewissen afrikanischen Herrscher geschlossen. Gegenüber Giuliano Ferrieri aber, dem Korrespondenten der italienischen Zeitschrift „Europeo“, behauptete Cummings, er habe seine erste in Panama gekaufte Waffenpartie an seine ehemaligen Bosse von der kalifornischen Western Arms verschoben. Unterdes gehört die Western Arms erwiesenermaßen zum Dienst von Langley. Deshalb blieb Cummings bei seiner Tätigkeit in dieser Firma in den Reihen der CIA. Die Loslösung der International Armament von der Western Arms ändert am Wesen der Sache nichts.

## Vom Revolver zum Flugzeug

Die Kataloge der Interarms, schrieb die italienische Zeitschrift „Storia Illustrata“, sind einfach umwerfend. Die Firma offeriert nahezu alles — vom Revolver zum Mirage-Jäger. Laut Werbeprospekt kann die Firma 40 Divisionen in 24 Stunden ausrüsten. Wenn der Kunde Uniformen in einer besonderen Farbe wünscht, muß er mit einer Lieferfrist von nur 72 Stunden rechnen, sonst muß er sich mit den praktischen khakifarbenen Uniformen begnügen, die bereits auf Lager liegen...

Die Interarms hat Waffenlager in aller Welt. Riesige Lagerhallen mit Vernichtungswaffen nehmen eine ganze Straße in Alexandria (US-Staat Virginia) ein. In einem zehnstöckigen Lagerhaus in Manchester liegen 300 000 Schußwaffen. Dort gibt es auch einen Schießstand zum „Testen“. Cummings hält Waffen ebenfalls in Portugal, Schweden, Singapur, Libanon und Belgien zum sofortigen Einsatz parat...

So hat Belgien Cummings Aufmerksamkeit nicht nur durch seine renommierten Waffenschmieden gefunden, sondern auch dadurch, daß die Regierung überaus leicht Exportlizenzen erteilt. „Wer auf dem Weltmarkt Waffenhandel treibt, hat unbedingt ein Büro in Brüssel“, schrieb der italienische Journalist



Maurizio Chieraci. Treffpunkt für die Zwischenhändler und Schieber der Großen der Branche ist ein Nachtclub, dessen Wirt ihn nach dem Geschmack seiner Kunden in „The Gun Bus“ umbenannt hat.

Früher einmal hatte Cummings alte Waffen gesammelt. Damals brauchte er Reparaturbetriebe. Später schuf er dann eigene Waffenproduktionsbetriebe.

„Wir haben einige Betriebe in Großbritannien und zudem besitzen wir die meisten Aktien der niederländischen Tochterunternehmen von Fairchild Engine und Airplane Corp.“, prahlte Werner Glatt, Vizepräsident der Interarms gegenüber Bernt Engelmann.

1976 begann Cummings auch in die Waffenindustrie der USA einzudringen. In Midland (Bundesstaat Virginia), unweit der Lagerhalle von Alexandria, kaufte die Interarms eine kleine Fabrik auf. Und so faßte er im USA-Waffen-geschäft Fuß...

Auf den Würgegriff versteht sich Cummings, doch überbewerten sollte man seine persönlichen Qualitäten aber dennoch nicht. Wenn CIA und Pentagon einem den Rücken stärken, ist es nicht so schwer, Ellenbogen zu zeigen. Cummings aber erhält direkt Waffen vom Pentagon (zudem zu Vorzugspreisen!) und hat diese dorthin zu liefern, wo das US-Kriegsministerium sich lieber bedeckt hält.

Im Herbst 1975 kreuzte ein Verkaufsgesand mit Namen „Texas“ beim Hauptsitz der Interarms in Monte Carlo auf. Cummings und er einigten sich auf einen Kontrakt, der den libanesischen Rechtsmilizen der ultrareaktionären Organisation „Verteidiger der Zeder“ automatische Gewehre vom Typ M-16 und schwere MGs für insgesamt 2,5 Mio Dollar zusagte. Das war nur ein Tropfen des amerikanischen Öls in das libanesisches Feuer. Die „Washington Post“ bemerkte hierzu, die Interarms sei eine Firma, deren Name früher oft mit von der CIA gebilligten (euphemisch für organisierten) Operationen in Zusammenhang gebracht wurde.

Mit Waffen von Cummings wurde 1954 Präsident Arbenz in Guatemala gestürzt, die Interarms bewaffnete die kubanischen Konterrevolutionäre, die im April 1961 in Playa Girón abgesetzt wurden. Zu Cummings treuen Kunden gehörten von den USA ausgehaltene Diktatoren wie Batista (Kuba), Trujillo (Dominikanische Republik) und Duvalier sen. (Haiti). Die Aufrüstung lateinamerikanischer Diktatoren sei nur der An-

fang der Tätigkeit der Interarms gewesen, schrieb Bernt Engelmann.

### „Kein Kommentar“

Während der Intervention Somalias gegen das revolutionäre Äthiopien verfügte der Aggressor über ein großes Arsenal amerikanischer Waffen. Die italienische Zeitung „Repubblica“ konkretisierte, daß damals Panzer der Interarms (insgesamt waren 240 bestellt worden) nach Berbera gelangten.

Die afghanischen konterrevolutionären Banden werden in großem Umfang mit Waffen beliefert. Die Feinde des revolutionären Afghanistan erhalten aus den USA Granatwerfer, Kanonen, Jeeps mit Flammenwerfern und Bazookas sowie Schußwaffen, u. a. neue MPI-Modelle. „Diese Geheimlieferungen umfassen Waffen ausländischer Herkunft, was ihre eigentliche Quelle zu verschleiern erleich-

tert...“, konstatierte die „Washington Post“. „Und obgleich nicht genau bekannt ist, wer eigentlich diese Lieferungen ausführt, spielt doch wahrscheinlich die CIA dabei den Drahtzieher“. Im Sommer d. J. hatte der „Philadelphia Enquirer“ bereits unverhohlen verlauten lassen, daß die CIA Waffen für die afghanischen Konterrevolutionäre aufkauft. Das bestätigte auch die italienische „Paese Sera“.

Auf einer Pressekonferenz in Washington wurde Carter gefragt, ob die USA die afghanischen Banditen mit Waffen beliefern und sie finanziell unterstützen. „Diese Frage möchte ich nicht kommentieren“, sagte Carter. Cummings war im Januar gegenüber amerikanischen Journalisten gesprächiger. Er erklärte ohne Umschweife, daß „die Besteller aus Pakistan jeden Augenblick in mein Lager kommen und dort alles Gewünschte erhalten können“...

## DAS MENSCHENHERZ SCHÜTZEN



Zu dem am 23. September eröffneten 10. Kongreß der Studiengruppe für Herzmetabolismus fanden sich über 600 bedeutende Herzspezialisten aus 26 Ländern in Moskau ein. Die epidemisch auftretenden Herz- und Kreislauferkrankungen gehören zu den verheerendsten, die die Menschheit jemals durchgemacht hat. In dieser Erkenntnis und im Bewußtsein ihrer Verantwortung für die Gesundheit der Menschen bemühen sich die Kardiologen mit vereinten Kräften darum, den Motor des Organismus, das Herz, zu schützen und zu retten. Und es ist kein Zufall, daß Moskau zum Schauplatz des Kongresses gewählt worden ist. Sind doch die Erfolge der sowjetischen Kardiologen, namentlich in den zur Debatte gestellten Bereichen der Kardiologie, allgemein anerkannt, was die Gegner der internationalen Zusammenarbeit nicht verhindern konnten, die es jetzt auch auf die wissenschaftlichen Verbindungen abgesehen haben.

Prof. Jennings aus den USA, der Präsident der Studiengruppe für Herzmetabolismus, hat folgendes erklärt: „Alle unsere Mitglieder sind sich darüber einig, daß es, wenn die Molekular- und Zellmechanismen der Herztätigkeit geklärt sein werden, möglich sein wird, wirksame Behandlungs- und Vorbeugungsmethoden gegen die Leiden zu finden. Ich bin sicher, daß wir vor neuen grandiosen Erkenntnissen stehen.“

Zum Kongreß wurden über 350 Referate und Wortlaute von Vorträgen eingereicht. Die Schwierigkeit und der Umfang der Arbeiten verlangt von den Wissenschaftlern eine immer straffere Koordinierung ihrer Bemühungen. Der Kardiologe Morgan aus den USA berichtete über das Programm für die sowjetisch-amerikanischen Forschungen seit 1973 und führte konkrete Leistungen an. Eine ist der dafür erbrachte Beweis, daß man Medikamente selektiv in eine erkrankte Partie des Herzmuskels einführen kann.

„Unsere heutigen Erkenntnisse werden dem praktischen Arzt morgen eine Hilfe sein“, betonte der Kongreßvorsitzende, Prof. Dr. Tschasow, Mitglied der Akademie der UdSSR. „Das eben ist unsere gemeinsame Aufgabe.“

J. KNORRE



Warum kritisiert die Sowjetunion jene Regierungen, die dafür eintreten, daß das Demokratische Kampuchea auch weiterhin in der UNO vertreten ist! Die Regierung Pol Pot hat ja viele Verbrechen am eigenen Volk begangen — doch sie ist die legitime Regierung. Das Heng-Samrin-Regime aber kann, obgleich es das ganze Land kontrolliert, nicht als selbständig gelten, da es Vietnam erlaubt, Tausende seiner Soldaten auf kampucheanischem Territorium zu halten.

Michael REYNOLDS  
Calgary, Kanada



Es diskutiert  
NZ-Kommentator  
Juri  
TAWROWSKI

Weitaus nicht nur die Sowjetunion und selbst nicht nur die 30 sozialistischen Staaten und Entwicklungsländer, die bis heute die VR Kampuchea anerkannt haben, kritisieren die Regierungen, die dafür verantwortlich sind, daß Ieng Sary, einer der Hauptverantwortlichen für den Tod von Millionen Khmers, an der Vollversammlung teilnehmen darf. Derartige Kritik üben namhafte Politiker, bedeutende Organisationen und Zeitungen aus ebenjenen Staaten, deren Vertreter sich in der UNO dafür einsetzen, daß das bereits 21 Monate nicht mehr bestehende „Demokratische Kampuchea“ vertreten bleibt.

Die Haltung dieser Regierungen nicht zu kritisieren, bedeutet jeglichen Fanatikern den Segen zu erteilen, die in irgendeinem Land die Macht ergreifen und sich dann zur „rechtmäßigen Regierung“ erklären werden, bedeutet, ihre „legitimen Rechte“ auf Massenmord anzuerkennen. In diesem Fall heißt das auch, die politischen Realitäten und das Bestehen einer Regierung zu ignorieren, die das nationale Territorium wirksam kontrolliert, die Gesetz und Ordnung wiederhergestellt und den Hungernden Nahrung gegeben hat, die die schwierigsten Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus vom Nullpunkt an angeht.

Bei meinem kürzlichen Kampuchea-Besuch wohnte ich in einer Dorfschule dem Khmerunterricht bei. Die Lehrerin sagte einen Satz, in dem der Name Pol Pot fiel. Da erstarrten die Kinderge-

sichter und nahmen einen Ausdruck des Entsetzens an. Ebenso reagieren auch die erwachsenen Kampucheaner auf jegliche Erinnerung an die „legitime Regierung“ Pol Pots. Keiner der Ausländer, mit denen ich in Phnom Penh sprach, zweifelt auch nur im geringsten daran, wen die kampucheanische Bevölkerung unterstützt, wen sie als ihren Verteidiger ansieht und in wen sie ihre Hoffnungen setzt. „Die Regierung Heng Samrin“ — so antworten mir ein britischer Fernsehreporter, ein amerikanischer Adventistenmissionar und ein französischer Arzt.

Selbst bei den Argumenten der Pol-Pot-Anhänger stößt man selten auf Zweifel an der Beliebtheit der Regierung Heng Samrin. Und kaum jemand zeigt Sympathie für die an der Grenze zu Thailand untergeschlüpfen Banden der Pol-Pot-Mörder.

Die Frage der Rechtmäßigkeit der Regierung Heng Samrin ist also vom kampucheanischen Volk selbst gelöst worden. Diese Wahl anzuerkennen, bedeutet Objektivität und politische Weisheit zu demonstrieren. Sie nicht anzuerkennen, heißt, prinzipienloses Politikasterium zu treiben, dem Ansehen des Landes durch die willentliche oder nichtwillentliche Unterstützung eines Völkermordregimes schweren Abbruch zu tun.

Nun zur Selbständigkeit der Regierung Kampuchea und zur Präsenz vietnamesischer Truppen im Lande. Gerade diese Frage wird von Pol Pots Verteidigern in den Vordergrund geschoben, da sie nur zu gut verstehen, daß all ihre Versuche, das gestürzte Regime mit der Aura der „Popularität“ zu umgeben, nichts fruchten. Ja, in Kampuchea sind

vietnamesische Truppen stationiert. Doch ihre Anwesenheit zeigt nur die Selbständigkeit und Verantwortlichkeit des Revolutionären Volksrates, der rechtmäßigen Regierung Kampuchea. Im Februar 1979 handelte sie souverän, indem sie mit der SRV-Regierung den Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit schloß. Auf der Grundlage dieses Vertrages und gemäß Artikel 51 der UNO-Charta hat die Regierung Kampuchea sich selbst entschlossen, Vietnam zu bitten, ein Truppenkontingent für die Verteidigung des ausgebluteten und gequälten kampucheanischen Volkes in die VR Kampuchea zu entsenden, um den Umtrieben der USA, Chinas und anderer Staaten, die die Wiederherstellung des Pol-Pot-Regimes betreiben, eine entschiedene Abfuhr zu erteilen. Heng Samrin, der Vorsitzende des Revolutionären Volksrates der VR Kampuchea, und andere führende Politiker des Landes erklärten wiederholt, die Regierung Kampuchea werde selbst über die Zeit und den Umfang des Abzugs vietnamesischer Truppen beschließen, sobald deren Anwesenheit nicht mehr notwendig sei. Hier sei eine Gegenfrage erlaubt: Halten Sie z. B. die BRD-Regierung für selbständig? Sind ja auf bundesdeutschem Territorium NATO-Truppen stationiert, u. a. kanadische Einheiten. US-Truppen haben sich in vielen Ländern eingenistet. Soll das besagen, all diese Länder seien nicht selbständig? Warum hat niemand im Westen nach der Selbständigkeit der Pol-Pot-Regierung gefragt, als diese viele Tausende chinesische Militärs, Berater ins Land geholt hatte?



Haben Länder Lateinamerikas am zweiten Weltkrieg teilgenommen!

W. BELOGUROW  
Gebiet Moskau

Im zweiten Weltkrieg haben viele lateinamerikanischen Staaten ihren Anschluß an die Antihitlerkoalition erklärt. Nachdem die USA im Dezember 1941 in den Krieg eingetreten waren, erklärten die meisten lateinamerikanischen Länder Deutschland und Japan den Krieg, doch nahmen sie nicht unmittelbar an militärischen Operationen teil. Nur Brasilien entsandte entgegen dem Druck der einheimischen Reaktion 50 000 Mann nach Italien, nachdem es sich den Alliierten angeschlossen hatte. Mexiko entsandte Einheiten der Luftstreit-

kräfte auf die Philippinen, um US-Einheiten zu unterstützen.

Zu jener Zeit, am Vorabend des Krieges, unterhielt El Salvador als einziges Land in Lateinamerika, das sich dem „Antikominternpakt“ angeschlossen hatte, enge Kontakte zu faschistischen Mächten. Argentinien, das im September 1939 seine Neutralität erklärt hatte, trieb über Franco-Spanien regen Handel mit Hitlerdeutschland. Erst 1944 brach es die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland und Japan ab und erklärte ihnen im März 1945 den Krieg.



# SCHREIBEN ANDREJ GROMYKOS AN KURT WALDHEIM

Andrej Gromyko, der Außenminister der UdSSR, hat UNO-Generalsekretär Waldheim in einem Schreiben ersucht, den Punkt „Über einige unaufschiebbare Maßnahmen zur Verringerung der Kriegsgefahr“ als wichtig und dringend auf die Tagesordnung der 35. UNO-Vollversammlung zu setzen.

In dem Schreiben heißt es:

„Geehrter Herr Generalsekretär,

Die Sowjetunion beantragt, den Punkt ‚Über einige unaufschiebbare Maßnahmen zur Verringerung der Kriegsgefahr‘ als wichtig und dringend auf die Tagesordnung der 35. UNO-Vollversammlung zu setzen.

Für die Wichtigkeit und Dringlichkeit dieser Frage ist bestimmend, daß gewisse Staaten, gedeckt durch die von ihnen selbst in der Welt verursachten Spannungen, auf eine Ausdehnung bestehender und eine Bildung neuer Militärblöcke hinarbeiten, die Aufstockung ihrer Armeen forcieren, sowohl nukleare als auch konventionelle Waffen in immer größerem Umfang horten und überhaupt die militärischen Vorbereitungen erweitern.

Ein Fortdauern dieses Prozesses kann zu noch größeren Komplikationen in den Beziehungen zwischen den Staaten, zum Entstehen von Situationen führen, die dazu angetan sind, sich zu Waffenkonflikten auszuwachsen und die Welt schließlich an den Rand einer Kriegskatastrophe zu bringen.

Besondere Besorgnis erregt es, daß die militärischen Vorbereitungen von dem Drang gewisser einflußreicher Kräfte nach einem Diktat und einem Hegemonismus in den internationalen Beziehungen, nach einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten begleitet sind. Statt die Notwendigkeit anzuerkennen, das entstandene militärische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, nimmt man unverhohlen Kurs darauf, eine militärisch-strategische Überlegenheit zu erlangen, was in der Praxis zu einem hemmungslosen Aufschaukeln des Wettrüstens, zu Versuchen führt, sich einseitige militärische Vorteile zu verschaffen.

Nach Dafürhalten der Sowjetunion müssen unter den Umständen, wie sie sich gestalten, mehr Bemühungen gemacht werden, die internationale Entspannung aufrechtzuerhalten und zu vertiefen und einen Krieg zu verhüten. Darauf eben zielen die zahlreichen Vorschläge ab, die die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder in verschiedenen internationalen Gremien, einschließlich der UNO, einbringen.

Jetzt schlägt die Sowjetunion vor, folgende unaufschiebbare Maßnahmen zur Verringerung der Kriegsgefahr zu treffen:

**Erstens.** Entschieden dafür, daß davon Abstand genommen wird, die Welt in militärische Gruppierungen zu teilen, hat sich die Sowjetunion gemeinsam mit den anderen sozialistischen Ländern wiederholt zur Auflösung des Verteidigungsbündnisses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags bereit erklärt, wenn gleichzeitig der NATO-Block aufgelöst wird, und hat als ersten Schritt vorgeschlagen, die Militärorganisationen der beiden Gruppierungen aufzulösen, beginnend mit einer beiderseitigen Einschränkung der militärischen Betätigung. Diese Vorschläge bleiben in Kraft.

Nach der festen Überzeugung der UdSSR wäre es ein minimaler und zugleich wichtiger Schritt, von der Ausdehnung der bestehenden und der Bildung neuer militärisch-politischer Gruppierungen abzusehen. Die UNO-Vollversammlung kann und muß ihr gewichtiges Wort zugunsten eines solchen Schrittes sprechen.

**Zweitens.** Die Sowjetunion schlägt vor, daß alle Staaten, vor allem die ständigen Mitgliedstaaten des Sicherheitsrates und die mit ihnen durch Militärabkommen liierten Länder, von einem bestimmten Datum an ihre Streitkräfte und konventionellen Rüstungen als ersten Schritt zu ihrer nachfolgenden Einschränkung nicht verstärken.

Die Sowjetunion geht davon aus, daß ein Vorwärtskommen auf dem Gebiet der Begrenzung und Einschränkung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen der Staaten einem Vorwärtskommen auch auf dem Gebiet der nuklearen Abrüstung förderlich wäre. Zugleich würde ein Verzicht der Staaten auf eine Verstärkung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen günstigere Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Probleme der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und die anderen globalen Probleme, vor die sich die Menschheit heute gestellt sieht, gelöst werden könnten.

**Drittens.** Die Sowjetunion, die einer Kernwaffensperre erstrangige Bedeutung beimißt und zugleich der berechtigten Besorgnis der Nichtnuklearstaaten wegen ihrer Sicher-



heit Verständnis entgegenbringt, hat feierlich erklärt, daß sie niemals Kernwaffen gegen diejenigen Staaten zum Einsatz bringen wird, die darauf verzichten, welche zu bauen und zu erwerben, und die keine auf ihrem Boden haben.

Dafürhaltend, daß es im Interesse festerer Sicherheitsgarantien für die Nichtnuklearstaaten läge, eine entsprechende internationale Konvention unter Teilnahme aller Nuklear- und Nichtnuklearstaaten zu schließen, ist die Sowjetunion bereit, bei einer dementsprechenden Bereitschaft seitens der übrigen Nuklearstaaten auch andere mögliche Varianten einer Bereinigung dieser Frage zu erwägen.

**Viertens.** Die Sowjetunion hält es für notwendig und möglich, daß, falls die betreffenden Staaten politisch dazu gewillt sind, die Bemühungen um die Abfassung eines Vertrags über ein vollständiges und allgemeines Verbot der Kernwaffenteste zum erfolgreichen Abschluß gebracht werden. Damit dieses Ziel leichter erreicht werden kann, schlägt die

Sowjetunion jetzt vor, daß alle Staaten, die Kernwaffen besitzen, eine bestimmte Zeit von Kernexplosionen Abstand nehmen und entsprechende Erklärungen darüber abgeben. Dieser Schritt hätte an sich große Tragweite und würde außerdem ein günstigeres Klima für Verhandlungen über ein vollständiges und allgemeines Verbot der Kernwaffenteste schaffen.

Das sind nach Ansicht der Sowjetunion einige Maßnahmen, die, falls unverzüglich getroffen, eindämmend auf die zunehmende Kriegsgefahr wirken und zur internationalen Entspannung beitragen könnten.

Ich bitte Sie, Herr Generalsekretär, diesen Brief als Erklärungsschreiben anzusehen, wie es die Regel 20 der Regeln für die Geschäftsordnung der UNO-Vollversammlung vorsieht, und es sowie den beiliegenden Resolutionsentwurf als offizielle Dokumente der UNO-Vollversammlung zur Verteilung zu bringen."

## ENTWURF EINER RESOLUTION DER UNO-VOLLVERSAMMLUNG

# ÜBER EINIGE UNAUFSCHIEBBARE MASSNAHMEN ZUR VERRINGERUNG DER KRIEGSGEFAHR

**Erkennend**, daß unter den heutigen Verhältnissen ein Krieg zahllose Leiden und Qualen über die Völker brächte;  
**sehr besorgt** über die Erschwerung der Weltlage und darüber, daß sich die laufenden Verhandlungen über Fragen einer Rüstungsbegrenzung und Abrüstung in die Länge ziehen und manche von ihnen eingestellt oder ausgesetzt worden sind;

die Bedeutung der von der 32. UNO-Vollversammlung angenommenen Deklaration über eine Vertiefung und Festigung der internationalen Entspannung **bekräftigend**;

**überzeugt**, daß der Entspannungsprozeß aufrechterhalten und fortentwickelt werden kann und muß;

**ausgehend** von der Notwendigkeit unaufschiebbarer Maßnahmen zur Verringerung der Kriegsgefahr und zur Festigung der internationalen Sicherheit,

### I.

**appelliert** die Vollversammlung an die Militärbündnissen angehörenden Staaten, von Schritten Abstand zu nehmen, die zu einer Ausdehnung der bestehenden militärisch-politi-

schen Gruppierungen durch Einbeziehung neuer Staaten in sie führen würden.

Sie **appelliert** an die Staaten, die nicht Mitglieder der bestehenden militärisch-politischen Gruppierungen sind, vom Beitritt zu solchen Gruppierungen Abstand zu nehmen.

Sie **appelliert** an alle Staaten, jede wie immer gearteten Schritte zu vermeiden, die zur Bildung neuer militärisch-politischer Gruppierungen oder dazu führen könnten, denjenigen regionalen Organisationen, die jetzt keine militärischen Funktionen haben, solche Funktionen beizulegen.

### II.

Sie **bestätigt**, daß zum Vorwärtsschreiten bei der Begrenzung und nachfolgenden Einschränkung der nuklearen Rüstungen parallele politische und völkerrechtliche Maßnahmen zur Festigung der Sicherheit der Staaten sowie ein Vorwärtsschreiten bei der Begrenzung und Einschränkung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen der nuklearen und anderer in den betreffenden Regionen liegender Staaten beitragen würden.



Sie **appelliert** an alle Staaten, in erster Linie an die ständigen Mitgliedstaaten des Sicherheitsrats und die mit ihnen durch militärische Abkommen liierten Länder, als ersten Schritt zu einem nachfolgenden Abbau der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen ab 1. Januar 1981 ihre Streitkräfte nicht zu verstärken und die konventionellen Waffen nicht zu mehren.

### III.

Sie **appelliert** an die Staaten, die an den Verhandlungen über Garantien an die Nichtnuklearstaaten beteiligt sind, gegen sie keine Kernwaffen einzusetzen oder ihnen deren Einsatz nicht anzudrohen, darauf hinzuwirken, daß eine internationale Konvention zu dieser Frage baldigst abgefaßt und geschlossen wird.

Sie **appelliert** an alle im Besitz von Kernwaffen befindlichen Staaten, als ersten Schritt zum Abschluß einer solchen internationalen Konvention inhaltlich entsprechende feierliche Erklärungen abzugeben, daß sie gegen Nichtnuklearstaaten, die keine Kernwaffen auf ihrem Boden haben, keine solchen Waffen zum Einsatz bringen werden.

Sie **empfiehlt** dem Sicherheitsrat, Erklärungen zu erörtern, die von den Nuklearstaaten über festere Sicherheitsgarantien an die Nichtnuklearstaaten abgegeben werden können, und, falls erachtet werden sollte, daß alle diese Erklärungen den obengenannten Zielen entsprechen, eine diesbezügliche Resolution anzunehmen, in der sie gutgeheißen werden.

### IV.

Sie **betont**, daß baldigst ein internationaler Vertrag über ein vollständiges und allgemeines Verbot der Kernwaffenteste geschlossen werden muß.

Sie **appelliert** an alle im Besitz von Kernwaffen befindlichen Staaten, zum Zeichen ihres guten Willens und zwecks Schaffung günstigerer Voraussetzungen für die Fertigstellung des genannten Vertrags von einem zwischen ihnen vereinbarten Datum an im Laufe eines Jahres keinerlei Kernexplosionen auszulösen und beizeiten entsprechende Erklärungen darüber abzugeben.

# FÜR FRIEDEN UND ABRÜSTUNG, FÜR INTERNATIONALE SICHERHEITSGARANTIEN

**Andrej Gromyko, der Außenminister der UdSSR, unterbreitete, als er in der Generaldebatte auf der 35. UNO-Vollversammlung das Wort ergriff, im Namen der Sowjetunion ein Memorandum „Für Frieden und Abrüstung, für internationale Sicherheitsgarantien“.**

**Nachstehend der Wortlaut des Memorandums.**

Die Staaten und Völker der Welt leben heute in einer erneut komplizierter gewordenen Situation.

Die Entspannung, die in den 70er Jahren in den internationalen Beziehungen zur führenden Tendenz geworden war, ist von seiten gewisser einflußreicher Kräfte Angriffen ausgesetzt. Dadurch hat sich die Weltlage verschärft. Das Wetrüsten nimmt noch größeren Umfang an. In manchen Richtungen nähert es sich der Linie, hinter der keine Möglichkeit mehr bestehen dürfte, es mit Hilfe von Abkommen, die auf gegenseitiger Kontrolle beruhen, effektiv einzudämmen. Immer unverhohlener werden die Versuche einzelner Staaten, sich eine militärische Überlegenheit zu sichern und das in der Welt entstandene militärische Kräftegleichgewicht zu stören.

Die Verhandlungen über verschiedene Aspekte einer Begrenzung und Einstellung des Wetrüstens, die in den 70er Jahren intensiven Charakter annahmen und zu gewissen Resultaten führten, sind in letzter Zeit von den Vereinigten Staaten von Amerika abgebremst und in einer Reihe bedeutender Fragen unterbrochen worden.

Unter diesen Umständen hält es die Sowjetunion für notwendig, die Mitgliedstaaten der UNO und alle Völker der Welt auf die Sachlage hinzuweisen, wie sie sich an den Hauptabschnitten des Kampfes für den Weltfrieden, für Einstellung des Wetrüstens und Abrüstung und für zuverlässige internationale Sicherheitsgarantien gestaltet, und die Vorschläge in Erinnerung zu bringen, die sie und die anderen sozialistischen Länder gemacht haben, damit dieser historische Kampf erfolgreich sei.

Die Sowjetunion sieht den einzig möglichen Weg dazu, einen Rückfall in den kalten Krieg zu verhindern und normale, stabile Beziehungen zwischen den Staaten zu schaffen, in einer konsequenten Förderung der internationalen Entspannung.

Entspannung bedeutet die Bereitschaft, Differenzen und Streitigkeiten nicht mit Gewalt, nicht mit Drohungen und Waffengerassel, sondern mit friedlichen Mitteln beizulegen. Entspannung bedeutet ein gewisses Vertrauen und die Fähigkeit, die legitimen Interessen des anderen zu berücksichtigen.



Den Weg der Abrüstung gehen heißt, auf die Abwendung der Gefahr eines Weltkrieges, auf die Abrüstung, auf die Erhöhung der internationalen Sicherheit und darauf hinzuwirken, die günstigsten, friedlichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Lösung der vor der Menschheit stehenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme zu schaffen.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen gibt es keine vernünftige Alternative für die Politik der internationalen Entspannung. Die Frage ist nur, ob die Welt den Weg des Gewaltverzichts, den Weg der Abrüstung und einer rechts-gleichen, für beide Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit einschlagen oder aber in den Abgrund eines hemmungslosen Wettrüstens und einer Eskalation der Waffenkonflikte gestürzt werden wird, die für die Menschheit am folgenreichsten wären.

Die Sowjetunion hält es für wichtig, daß auf eine Beilegung der jetzigen regionalen Konflikte hingewirkt und zugleich für Maßnahmen zur Vorbeugung und Verhütung neuer derartiger Konflikte gesorgt wird.

Die Sowjetunion ist überzeugt, daß die Friedenskräfte in gemeinsamen Bemühungen imstande sind, die ungünstige internationale Entwicklung zum Stillstand zu bringen, die Entspannung zu wahren und zu festigen und sie auf alle Teile der Welt auszudehnen. Ebenso wie bisher ist die Sowjetunion bereit, einen gewichtigen Beitrag zu diesem hochsinnigen Kampf im Interesse eines festeren Friedens und einer größeren Sicherheit der Völker zu leisten.

Die Unveränderlichkeit des aktiven, friedensfördernden Kurses der Sowjetunion in den internationalen Angelegenheiten ist nochmals von Leonid Breschnew, dem Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, bekräftigt worden, der erklärt hat: „Wir werden auch in Zukunft keine Mühe scheuen, um die Entspannung und all das Gute zu erhalten, was uns die 70er Jahre gebracht haben, um eine Wende zur Abrüstung zu erreichen, um das Recht der Völker auf eine freie und unabhängige Entwicklung zu verteidigen und den Frieden zu bewahren und zu festigen.“

## **Einstellung des nuklearen Wettrüstens und Gewaltverzichts in den internationalen Beziehungen**

1. Schon 1946 trat die Sowjetunion mit der Initiative hervor, eine internationale Konvention über ein für alle Zeiten geltendes Verbot zu schließen, Atomwaffen zu erzeugen und einzusetzen, damit die mit der Atomkernspaltung zusammenhängenden großen wissenschaftlichen Entdeckungen ausschließlich dafür benutzt werden, das Wohlergehen und den Lebensstandard aller Völker der Welt zu heben sowie die Kultur und die Wissenschaft zum Wohl der Menschheit zu fördern.

Damals, als es relativ leichter war, diese historisch bedeutungsvolle Aufgabe zu lösen, schlug die Sowjetunion vor, daß alle an einer solchen Konvention Beteiligten sich feierlich verpflichten, unter keinen Umständen Atomwaffen einzusetzen; ihre Erzeugung und Horung zu verbieten; binnen drei Monaten alle Vorräte an fertigen und unfertigen Atomwaffen zu vernichten. Es wurde vorgeschlagen, einen Verstoß gegen diese Verpflichtung als schwerstes internationales Verbrechen an der Menschheit zu qualifizieren.

Zu diesen von der Sorge um das Schicksal der Menschheit getragenen Vorschlägen der Sowjetunion nahmen jedoch die anderen Staaten, die das vor allem anging, eine definitiv ablehnende Haltung ein sowie Kurs darauf, das nukleare Wettrüsten zu beschleunigen in der naiven Annahme, daß es ihnen gelingen werde, das Monopol auf die Erzeugung dieser Rüstungen zu behalten.

Infolgedessen ist das Problem des Verbots und der Vernichtung der Kernwaffen um ein Vielfaches komplizierter geworden. Das heißt aber nicht, daß es unlösbar wäre. Die

Kernwaffen sind von Menschen geschaffen. Menschen können und müssen sie auch ächten und schließlich vernichten.

2. Im Jahre 1978 machten die Sowjetunion und die anderen Warschauer Vertragsstaaten erneut den Vorschlag, die Erzeugung von Kernwaffen aller Art einzustellen und die gehorteten Kernwaffenvorräte bis zu ihrer völligen Liquidierung schrittweise abzubauen. Die UNO-Vollversammlung hat auf ihrer Abrüstungssondertagung und danach auf ihren regelmäßigen Tagungen von 1978 und 1979 diesem Vorschlag zugestimmt. Dem Abrüstungsausschuß liegen konkrete Auffassungen der sozialistischen Länder über den Beginn solcher Verhandlungen und ihren Modus vor. Die Angelegenheit duldet keinen weiteren Aufschub, und solche, die sich einer sachlichen Erörterung des Problems der nuklearen Abrüstung entziehen, laden die Verantwortung für die Folgen einer solchen Handlungsweise auf sich.

3. Die Sowjetunion, die sich für radikale Maßnahmen zur nuklearen Abrüstung einsetzt, nimmt zu dieser Frage nicht den Standpunkt „entweder alles oder nichts“ ein. Sie hat wiederholt die Bereitschaft geäußert, auch auf Teillösungen einzugehen, die dazu angetan wären, das nukleare Wettrüsten zu begrenzen und die Kanäle zu seiner Entfaltung einen nach dem anderen abzusperren.

Diese Erklärungen der Sowjetunion werden durch praktische Taten bekräftigt. Auf Initiative der UdSSR und mit ihrer aktiven Beteiligung sind wichtige internationale Abkommen geschlossen worden über das Verbot der Kernwaffenteste in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser (1963), über eine Kernwaffensperre (1968), darüber, keine Kern- und anderen Massenvernichtungswaffen auf erdnahe Bahnen zu befördern und sie nicht auf Himmelskörpern (1967) wie auch auf dem Grund der Meere und Ozeane (1971) zu stationieren.

Die Bedeutung dieser Abkommen liegt in den strikten und präzisen Verpflichtungen, die sie enthalten, und darin, daß sie, summarisch übernommen, die Grundlage für ein weiteres Vorwärtsschreiten bei der Begrenzung und Einstellung des nuklearen Wettrüstens schaffen.

4. Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder haben in den letzten Jahren einen ganzen Komplex praktischer Vorschläge gemacht, über deren jeden in den 70er Jahren Verhandlungen zwischen den betreffenden Staaten aufgenommen wurden.

Einen wichtigen Platz unter ihnen nimmt der Vorschlag zu einem vollständigen und allgemeinen Verbot der Kernwaffenteste ein. Der Abschluß eines diesbezüglichen Vertrages würde bedeuten, daß kein einziger Staat jemals wieder auch nur einen einzigen Kernwaffentest vornehmen und daß es folglich unmöglich sein wird, irgend eine Kernwaffenart zu perfektionieren oder neu zu entwickeln.

Mitte der 70er Jahre schien sich in der Lösung des Problems eines allgemeinen und vollständigen Verbots der Kernwaffenteste etwas zu regen. Es begannen die diesbezüglichen Dreierverhandlungen der UdSSR, der USA und Großbritanniens. Die Sowjetunion bemühte sich von Anfang an um einen Erfolg der Verhandlungen und kam deshalb ihren Partnern in wichtigen Fragen entgegen. Unter anderem erklärte sie sich mit einem Moratorium auf die friedlichen Kernexplosionen und damit einverstanden, daß der Vertrag selbst dann in Kraft treten soll, wenn anfänglich nicht alle fünf nuklearen Staaten, sondern nur drei — die UdSSR, die USA und Großbritannien — daran teilnahmen.

Jetzt aber halten die USA und Großbritannien unverkennbar darauf Kurs, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen, wobei sie in manchen Fällen von ihren eigenen Vorschlägen zurücktreten.

Sollten die Verhandlungen über ein vollständiges und allgemeines Verbot der Kernwaffenteste auch weiter blockiert werden, so wird das unweigerlich der Auftakt zu einer beschleunigten Entwicklung und Produktion neuer, noch verhängnisvollere Arten solcher Waffen sein. Die ganze Verantwortung dafür wird diejenigen treffen, die daran



schuld sind, daß sich die Verhandlungen in die Länge ziehen.

5. Die Sowjetunion hat sich immer dafür eingesetzt, daß die Festlegung von Maßnahmen zur Begrenzung der nuklearen Rüstungen und zur nuklearen Abrüstung und ihre Erreichung in unlösbarem Zusammenhang mit einer Verstärkung der politischen und völkerrechtlichen Sicherheitsgarantien an die Staaten und mit der Erhaltung des Friedens zu stehen haben. Solche Maßnahmen würden dazu führen, die Atmosphäre des Mißtrauens in den zwischenstaatlichen Beziehungen zu beheben, sie würden eine allgemeine Gesundung des weltpolitischen Klimas bewirken und den Bemühungen um eine Einstellung des Wettrüstens förderlich sein.

Der Schlüssel dazu liegt darin, daß der Gewaltverzicht zur internationalen Maxime gemacht wird. Auf Initiative der UdSSR nahm die UNO-Vollversammlung 1972 die feierliche Erklärung der UNO-Mitgliedstaaten über den Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen in unlösbarem Zusammenhang mit einem Verbot des Kernwaffeneinsatzes für alle Zeiten an. Als die UNO 1974 die allgemein anerkannte Definition der Aggression billigte, deren Formulierung die UdSSR etwa ein halbes Jahrhundert zu erwirken bemüht war, schuf sie damit die völkerrechtliche Grundlage für die Unterbindung dieses schwersten Verbrechens an der Menschheit.

Das waren wichtige, aber, wie der Gang der Ereignisse gezeigt hat, noch unzureichende Schritte. Deshalb schlug die Sowjetunion 1976 die Abfassung und den Abschluß eines Weltvertrags über den Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen vor und unterbreitete der UNO den Entwurf zu einem solchen Vertrag. Die UNO-Vollversammlung stimmte dem Vorschlag zu. Ein spezielles Organ zur Abfassung des Entwurfs für den Weltvertrag wurde gebildet.

Leider kommt die praktische Arbeit daran schon seit einigen Jahren nicht vom Fleck. Diejenigen, die auf Gewalt und Diktat unabhängigen Staaten gegenüber nicht verzichten wollen, hintertreiben die Abfassung des Vertrags über den Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen.

6. Auch der praktischen Erfüllung anderer auf Initiative der Sowjetunion gefaßter UNO-Beschlüsse zur Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit werden Hindernisse bereitet. So bestätigte die Vollversammlung schon 1947 die Resolution über das Verbot der Kriegspropaganda, ganz gleich in welcher Form sie geführt wird. Trotzdem wird in vielen Ländern noch jetzt eine hemmungslose Propaganda für Aggression, Chauvinismus und Expansion getrieben.

Obwohl die UNO-Vollversammlung die Deklaration über die Unzulässigkeit einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten und über die Wahrung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität schon 1965 annahm, werden auch heute vor den Augen der ganzen Welt Akte einer gräßlichen Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder bis zu einer bewaffneten Intervention verübt.

Die Sowjetunion war stets und bleibt auch künftig auf Seiten von Völkern, die einer Aggression und Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten zum Opfer gefallen sind, und ist bereit, einen konstruktiven Beitrag zu der Deklaration über die Unzulässigkeit einer Intervention und Einmischung der einen Staaten in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten zu leisten, die auf Initiative der nichtpaktgebundenen Länder abgefaßt wird.

7. Die für die Verschlechterung der internationalen Lage und für das Wettüben verantwortlichen Länder entziehen sich der Befolgung hochwichtiger internationaler Dokumente, die auf Initiative der UdSSR angenommen wurden, solcher wie der UNO-Deklaration über die Erhöhung der

internationalen Sicherheit (1970) und der Deklaration über die Vertiefung und Festigung der internationalen Entspannung (1977), in denen die Schwerpunkte der Bemühungen der Staaten um eine Eindämmung der Kriegsgefahr und um die Gewährleistung eines beständigen Friedens definiert sind.

Sehr wichtig für die Erfüllung dieser Aufgabe ist die Befolgung des Prinzips, daß eine hegemonistische Politik in den internationalen Beziehungen nicht geduldet werden darf, dieses Prinzips, das die Vollversammlung 1979 auf Initiative der Sowjetunion verkündete.

Die genannten UNO-Beschlüsse, die darauf abzielen, die Grundpfeiler des Weltfriedens und der allgemeinen Sicherheit zu festigen, dürfen nicht einfach in die Geschichte eingehen, sie müssen den Staaten als Richtschnur dienen, müssen in der Praxis des zwischenstaatlichen Verkehrs in die Tat umgesetzt werden. Was die Sowjetunion angeht, so ist ihr Kampf um festere politische und völkerrechtliche Friedensgarantien, um internationale Sicherheit nur auf eins ausgerichtet: auf die Gewährleistung eines festen Friedens.

## Begrenzung und Einschränkung der strategischen Rüstungen

8. Von entscheidender Wichtigkeit für die Verringerung der Gefahr eines Kernkriegs ist es, ein weiteres Anwachsen des nuklearen strategischen Rüstungs der Staaten abzuhalten und danach die strategischen Kernwaffensysteme ununterbrochen quantitativ einzuschränken und qualitativ zu begrenzen. Deshalb eben bemüht sich die Sowjetunion seit vielen Jahren konsequent um den Abschluß wirksamer Abkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen.

Die ersten Vereinbarungen dieser Art zwischen der UdSSR und den USA, die 1972 erzielt wurden — der Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme und das Zeitweilige Abkommen über einige Maßnahmen auf dem Gebiet der Begrenzung der strategischen Offensivwaffen (SALT I) —, wurden in aller Welt voll Hoffnung darauf aufgenommen, daß es gelingen wird, das strategische Wettüben aufzuhalten und es danach zum Rücklauf zu bringen.

Der Vertrag zwischen der UdSSR und den USA über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen (SALT II), der am 18. Juni 1979 in Wien auf höchster Ebene unterzeichnet wurde, soll der nächste große Schritt in dieser Richtung sein. Die Völker hatten erwartet, daß gleich nach dem Inkrafttreten des SALT-II-Vertrags Verhandlungen über eine weitere Begrenzung und Reduzierung der strategischen Waffen beginnen würden.

Der SALT-II-Vertrag ist aber noch immer nicht in Kraft gesetzt. Jedermann weiß, wer für die entstandene Situation verantwortlich ist, wegen der der Prozeß der Begrenzung der strategischen Rüstungen gerade in Frage gestellt wurde, als sich Aussichten auf ein weiteres Vorwärtsschreiten in dieser für den Frieden und die Sicherheit eminent wichtigen Richtung boten.

Was die Sowjetunion betrifft, so ist sie wie bisher bereit, sich, falls das Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit eingehalten wird, am Prozeß der Begrenzung und Reduzierung der strategischen Rüstungen zu beteiligen. Die Sowjetunion ist bereit, den SALT-II-Vertrag zu ratifizieren und alle seine Bestimmungen zu befolgen, wenn die USA das gleiche tun werden. Sie bestätigt auch ihre Bereitschaft, nach der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags an Verhandlungen über weitere Begrenzungen und Einschränkungen der strategischen Waffen teilzunehmen.

Zugleich muß klar sein, welch ernststen Abbruch die Sache des Friedens und die weiteren Bemühungen um die Verhütung eines Kernkriegs erleiden werden, wenn die In-



kraftsetzung des SALT-II-Vertrags vereitelt werden sollte, wie es auch klar ist, wer für eine solche Wendung der Dinge verantwortlich sein wird.

## Verhütung eines überraschenden und nichtsanktionierten Angriffs

9. Wiederholt und nachdrücklich hat die Sowjetunion zur Sprache gebracht, daß Maßnahmen zur **Verhütung der Eventualität eines Überraschungsangriffs** festgelegt werden müssen. Unter den heutigen Verhältnissen, die durch ein nicht nur quantitatives, sondern auch qualitatives Waffentrüben charakterisiert werden, gewinnt diese Frage immer größere Tragweite und muß unverzüglich bereinigt werden.

Akut bleibt auch die Frage **der Verhütung eines nicht-sanktionierten oder zufälligen Kernwaffeneinsatzes**, auf deren Wichtigkeit die Sowjetunion wiederholt hingewiesen hat. Die kürzlichen Geschehnisse im Zusammenhang mit dem mehrmaligen blinden Nuklearalarm bei den US-Streitkräften können niemanden gleichgültig lassen.

Die Sowjetunion ist zu einer gründlichen multi- und bilateralen Erörterung dieser Probleme bereit, sie ist bereit, an beliebigen Maßnahmen mitzuarbeiten, die auf die Verhütung eines Kernkriegs ausgerichtet sind.

## Über die Festigung des Prinzips der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen

10. Die Bannung der Kernkriegsgefahr hängt weitgehend davon ab, daß die Verbreitung der Kernwaffen verhütet wird. Die Sowjetunion ist immer gegen die Verbreitung der Kernwaffen über unseren Planeten aufgetreten.

Niemand kann daran zweifeln, wie gefährlich es für den Frieden wäre, wenn u. a. nach Ländern in Gebieten einer erhöhten Kriegsgefahr wie auch nach anderen Staaten Kernwaffen kämen, die sie zu Aggressionszwecken haben wollen. Die Ergebnisse der unlängst zum Abschluß gelangten zweiten Konferenz zur Überprüfung, wie der **Atomwaffensperrvertrag** gewirkt hat, zeugen davon, daß diese Besorgnis von den meisten Staaten geteilt wird, die für weitere Maßnahmen zur Erhärtung dieses Vertrags und zur Erhöhung seiner Effektivität Stellung genommen haben. Man kommt immer mehr zu der Erkenntnis, daß nicht zugelassen werden darf, daß die Weitergabe nuklearer Anlagen, Stoffe und Technologien für friedliche Zwecke als Kanal zur Verbreitung von Kernwaffen benutzt wird. Hier darf es keinerlei Abweichungen geben.

11. Bestrebt, zu einem strafferen Regime der Kernwaffen-sperre und damit zur Abschwächung der Kernkriegsgefahr beizutragen, gab die Sowjetunion 1978 die Erklärung ab, daß sie niemals Kernwaffen gegen solche Staaten einsetzen wird, die auf deren Erzeugung und Ankauf verzichten und keine auf ihrem Boden haben. Sie hat vorgeschlagen, auf dieser Basis eine **internationale Konvention über festere Garantien für die Sicherheit der Nichtnukleärländer** zu schließen. In der Warschauer Deklaration vom 15. Mai 1980 haben die am Warschauer Vertrag beteiligten sozialistischen Staaten vorgeschlagen, diese Frage für ganz Europa zu erledigen.

Die Sowjetunion ist auch dafür eingetreten, daß eine **Nichtstationierung von Kernwaffen auf dem Boden der Staaten, in denen sich jetzt keine befinden**, vereinbart wird. Eine derartige Übereinkunft könnte die klipp und klare Verpflichtung der Nuklearstaaten enthalten, auf dem Boden der Länder keine Kernwaffen zu stationieren, wo jetzt keine sind, unabhängig davon, ob diese Länder in Bündnisbeziehungen zum einen oder anderen Nuklearstaat stehen oder nicht.

Die Initiativen der Sowjetunion zur Festigung der Sicherheitsgarantien für die Nichtnukleärländer haben in der

UNO wie auch bei der Weltöffentlichkeit starken Rückhalt gefunden. Über sie wird zum Zweck ihrer Verkörperung in konkreten Vereinbarungen im Abrüstungsausschuß schon das zweite Jahr debattiert, aber infolge des unkonstruktiven Verhaltens anderer Nuklearstaaten und einiger mit ihnen verbündeter Länder kommt die Sache nur langsam — um nicht mehr zu sagen — vom Fleck. Die Sowjetunion erachtet es für notwendig, das Augenmerk aller Mitgliedstaaten der Organisation der Vereinten Nationen darauf zu lenken.

12. In vielen Teilen der Welt, beispielsweise in Afrika, im Nahen Osten und in Nordeuropa, wird die Bildung **kernwaffenfreier Zonen** vorgeschlagen. Das Bestreben der Staaten dieser Gebiete, ihre Völker dadurch vor der Gefahr einer Einbeziehung in einen Kernkonflikt zu bewahren, verdient es, auf jede Art und Weise unterstützt zu werden. Das ist der Standpunkt, den die Sowjetunion einnimmt. Hier von ausgehend, hat sie das Zusatzprotokoll II zum Vertrag über ein Kernwaffenverbot in Lateinamerika unterzeichnet und ratifiziert.

## Verbot anderer Massenvernichtungswaffen

13. So gefährlich die Kernwaffen auch sind, machen nicht nur sie das Arsenal der Massenvernichtungswaffen aus. Schon jetzt existieren noch andere Massenvernichtungswaffen, und es können auch neue, noch grauenhaftere entwickelt werden. Die Benutzung wissenschaftlicher und technischer Erkenntnisse zur Schaffung neuer Vernichtungsmittel bedroht die Völker mit kolossalem Unheil.

Die Sowjetunion, die anderen sozialistischen Länder und alle friedliebenden Länder setzen sich schon lange dafür ein, daß die Menschheit vor dieser Gefahr bewahrt wird. In dieser Hinsicht ist bisheer nur ein greifbarer Erfolg zu verzeichnen: 1972 wurden die **bakteriologischen (biologischen) und toxischen Waffen verboten**. Das ist ein wesentliches Resultat, es bezieht sich aber nur auf eine Art von Massenvernichtungswaffen.

Indessen wird in manchen Ländern intensiv an neuen Spielarten chemischer Waffen gearbeitet, Waffen, durch die schon im ersten Weltkrieg viele tausend Menschen zugrunde gingen oder zu Krüppeln gemacht wurden.

Die Sowjetunion machte in enger Gemeinschaft mit mehreren anderen Staaten schon zu Anfang der 70er Jahre den Vorschlag, eine internationale Konvention **über ein Verbot der Entwicklung, Erzeugung und Hortung chemischer Waffen sowie über die Vernichtung der Vorräte davon** zu schließen. Darüber werden langjährige Verhandlungen geführt. Aber eine Übereinkunft ist noch immer nicht erzielt, während die Gefahr inzwischen weiter anwächst. Man muß energische Schritte unternehmen, um diese wichtige Angelegenheit zu erledigen.

14. Die Sowjetunion setzt sich konsequent dafür ein, daß es überhaupt unmöglich gemacht wird, das Rüstzeug der Staaten mit **neuen Arten und Systemen von Massenvernichtungswaffen** aufzufüllen. Sie schlägt vor, zu diesem Zweck entsprechende internationale Abkommen zu schließen.

Die Erledigung dieser wichtigen Frage kommt wegen der negativen Einstellung gewisser Staaten nicht vom Fleck, die sichtlich die Möglichkeit behalten wollen, völlig neue Vernichtungsmittel zu entwickeln, offenkundig in der Absicht die strategische Kräftebalance zum eigenen Nutzen zu verändern. Das Abenteuerliche solcher Absichten ist ebenso klar wie ihre Aussichtslosigkeit.

Je eher beliebigen Arbeiten an der Entwicklung immer neuer Massenvernichtungsmittel ein Riegel vorgeschoben wird, mit desto größerer Gewißheit können die Völker ihrem morgigen Tag entgegensehen.

15. Die Sowjetunion, die sich für ein allumfassendes Verbot neuer Arten und Systeme von Massenvernichtungswaffen einsetzt, ist zugleich auch bereit, ein Verbot einzelner neuer solcher Waffen zu vereinbaren. Das gilt vor allem für



die **Neutronenwaffen**, deren Aufnahme in die Arsenale der Staaten immer mehr droht.

Gemeinsam mit den anderen sozialistischen Ländern hat die UdSSR das Projekt einer internationalen Konvention über ein Verbot eingereicht, Neutronenwaffen zu erzeugen, zu horten, einzuführen und zu benutzen. Andere Länder aber, die fähig sind, solche Waffen zu entwickeln, haben es abgelehnt, über ihr Verbot zu verhandeln.

Seinerzeit wurde von sowjetischer Seite aus erklärt, daß die Sowjetunion die Erzeugung von Neutronenwaffen nicht in Angriff nehmen wird, falls die Vereinigten Staaten das nicht täten. Diese Stellungnahme der UdSSR bleibt auch jetzt im Hinblick auf die Möglichkeit gültig, daß Neutronenwaffen im Rüstzeug eines beliebigen anderen Staates auftauchen sollten. Die UdSSR sieht es jedoch nach wie vor als die beste Lösung an, die Neutronenwaffen vertraglich und international zu verbieten.

16. Im Abrüstungsausschuß wird ein Vertrag über ein Verbot noch einer Massenvernichtungswaffe vorbereitet: der **radiologischen**, d. h. einer Waffe, die lebende Organismen durch eine radioaktive Strahlung trifft, welche durch den nichtexplosiven Zerfall eines radioaktiven Stoffes verursacht wird. Die UdSSR sieht keinerlei Gründe, warum diese Arbeit nicht in aller nächster Zeit beendet werden könnte.

## **Abbau der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen**

17. Schon kurz nach dem zweiten Weltkrieg, 1948, machte die Sowjetunion in der UNO den Vorschlag, daß neben dem Verbot der Kernwaffen die ständigen Mitgliedsstaaten des Sicherheitsrats im Laufe eines Jahres ihre Land-, See- und Luftstreitkräfte wesentlich abbauen sollen. Auch weiterhin machten die UdSSR und die anderen Warschauer Vertragsstaaten konkrete Vorschläge zu Fragen eines Abbaus der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen der Staaten, vor allem der großen.

In verschiedenen Stadien der Abrüstungsverhandlungen ist diese Frage von verschiedenen Seiten aus erörtert worden, und jetzt gibt es keinen Aspekt, der nicht Gegenstand einer Übereinkunft werden könnte, falls alle Staaten politisch ebenso wie die Sowjetunion dazu gewillt wären. Die Erledigung dieser Frage kommt aber nicht weiter. Gewisse Großmächte weigern sich sogar, in ernsthafte Verhandlungen darüber zu treten. Deshalb hält es die Sowjetunion für notwendig, nochmals zu bekräftigen, daß ihre Vorschläge von vor zwei Jahren vollinhaltlich gültig bleiben: **die Erzeugung neuer konventioneller Waffen von großer Zerstörungsgewalt einzustellen, zu vereinbaren, daß die ständigen Mitgliedsstaaten des Sicherheitsrats sowie die mit ihnen durch Militärabkommen liierten Länder davon Abstand nehmen, die Armeen zu verstärken und die konventionellen Waffen zu mehren.**

18. Vor einiger Zeit bemühte man sich um eine Vereinbarung darüber, **den Verkauf und die Lieferung konventioneller Waffen zu begrenzen**, die jetzt für viele Milliarden getätigt werden und eine Sättigung der Krisengebiete mit gefährlichen Kriegführungsmitteln zur Folge haben. Bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen von 1978 wurde mit der Formulierung politischer, rechtlicher und militärisch-technischer Kriterien für die Zulässigkeit und Unzulässigkeit von Waffenlieferungen begonnen. Eine Übereinkunft schien im Bereich des Möglichen zu liegen.

Von amerikanischer Seite aus wurden die Verhandlungen aber zum Stillstand gebracht, und später trat sie überhaupt von ihnen zurück. Zugleich nahm der Umfang des amerikanischen Waffenexports schlagartig zu. Das alles steht in direktem Widerspruch zu den Friedensinteressen.

19. Im Herbst dieses Jahres soll die UNO-Konferenz **über ein Verbot des Einsatzes konkreter konventioneller Waffen oder ihre begrenzte Verwendbarkeit zum Abschluß** gelan-

gen, **Waffen, die als übermäßig grausam angesehen werden können oder eine nichtselektive Wirkung haben.** Die Sowjetunion hat in den früheren Stadien der internationalen Debatte hierüber das Ihre zum Vorwärtsschritt beigetragen. Sie wird zum erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen beitragen.

## **Einstellung des Wetrüstens und Abrüstung auf regionaler Ebene**

20. Die Kriegsgefahr kann durch radikale globale Abrüstungsmaßnahmen gebannt werden. Man kann sie durch eine Begrenzung und Einstellung des Wetrüstens an einzelnen Abschnitten wesentlich abschwächen. Man kann und muß sie auch in einzelnen Regionen der Welt bekämpfen.

In diesem Zusammenhang ist natürlich **Europa** besonders wichtig, wo die zahlreichsten und stärksten Streitkräfte und Rüstungen der beiden militärisch-politischen Staatengruppierungen konzentriert und konfrontiert sind. Zur Zeit bestehen mehrere Schwerpunkte für ein aktives Vorgehen in dieser Richtung hinsichtlich des europäischen Kontinents. Zu jedem von ihnen nimmt die Sowjetunion gemeinsam mit den anderen sozialistischen Warschauer Vertragsstaaten eine initiative und konstruktive Stellung ein.

21. Auf Antrag der UdSSR und anderer europäischer Staaten wurde auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa über **vertrauensstärkende Maßnahmen** einschließlich der Benachrichtigung von großen Militärübungen und der Einladung von Beobachtern zu manchen Militärmänavern debattiert. Die entsprechenden in der Schlußakte enthaltenen Vereinbarungen werden nun schon fünf Jahre vollinhaltlich befolgt, was zu einer gewissen Zunahme des Vertrauens in Europa beigetragen hat.

Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder setzen sich für eine Ausweitung und Vertiefung der Vertrauensmaßnahmen ein, dafür, daß effektive Schritte zur Abschwächung der militärischen Spannung auf dem europäischen Kontinent unternommen werden und daß eine **Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa einberufen wird.** Diese Initiative hat praktisch in allen an der gesamteuropäischen Konferenz beteiligten Staaten große Resonanz gefunden, und jetzt treten viele von ihnen dafür ein, daß bei dem bevorstehenden gesamteuropäischen Treffen in Madrid die Einberufung einer solchen Konferenz beschlossen wird. Das ist eine wichtige und vielversprechende Angelegenheit. Dazu muß vor allem der Widerstand der Kräfte überwunden werden, die eine Abschwächung der militärischen Spannung in Europa vereiteln möchten.

22. Mit Unterstützung der weiten friedliebenden Kreise Europas wirken die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder darauf hin, daß zwischen allen Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz ein **Vertrag darüber, als erste gegeneinander weder nukleare noch konventionelle Waffen einzusetzen**, geschlossen werden soll. Es ist ganz klar, wie günstig ein solcher Schritt für das friedliche Leben der Völker Europas und nicht nur Europas wäre, besonders, wenn man bedenkt, daß gerade auf dem europäischen Kontinent beide Weltkriege ausbrachen, die unsägliches Leid über die Menschheit brachten. Auch hierzu steht die Antwort der USA und ihrer westeuropäischen Bündnispartner noch aus.

23. Das siebente Jahr dauern die Wiener Verhandlungen **über den Abbau der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa**, die ebenfalls auf Initiative der sozialistischen Länder eingeleitet wurden. Wiederholt war in ihrem Verlauf auf ein Vorwärtsschreiten zu hoffen, aber jedes Mal türmten die NATO-Länder auf dem Weg zum Erfolg neue Hindernisse auf. Unlängst unternahmen die an den Wiener Verhandlungen beteiligten sozialistischen Staaten erneut wichtige Schritte, um die Standpunkte der Partner einander näherzu-



bringen. Jetzt müssen die westlichen Länder konstruktiv dazu Stellung nehmen. Die Wiener Verhandlungen können und müssen erfolgreich zu Ende geführt werden.

24. Im Zusammenhang mit dem gefährlichen Vorgehen der NATO zur Störung des militärischen Gleichgewichts in Europa ist die Frage der **nuklearen Mittel** in diesem Raum letztlich bedeutend akuter geworden. Vor einem Jahr erklärte sich die Sowjetunion bereit, die Zahl der Atomraketen mittlerer Reichweite in den Westgebieten der UdSSR zu reduzieren, falls in Westeuropa keine zusätzlichen Atomraketen dieser Art stationiert werden. Die Ablehnung dieses Angebots durch die USA und ihre Bündnispartner und die Beschlußfassung der NATO darüber, neue amerikanische Mittelstreckenraketen zu erzeugen und in einigen Ländern Westeuropas zu stationieren, haben die Situation in Europa ernstlich erschwert.

Unlängst hat die UdSSR den neuen Vorschlag gemacht, **gleichzeitig und in organischer Verbindung miteinander** Fragen zu erörtern, die sowohl die Atomraketen mittlerer Reichweite in Europa als auch die amerikanischen nuklearen Forward Based Systems betreffen. Dieser konstruktive Schritt von sowjetischer Seite hat bei den Völkern neue Hoffnung keimen lassen, die daran interessiert sind, daß eine weitere Aufheizung der militärischen Spannungen auf dem europäischen Kontinent unterbleibt.

Auch dazu müssen sich die Vereinigten Staaten von Amerika äußern.

25. Nach Ansicht der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder wäre es für die Festigung des Friedens sehr wichtig, daß Maßnahmen zur **Verminderung der militärischen Spannungen im Raum des Mittelmeers** getroffen werden, an dem drei Kontinente — Europa, Afrika und Asien — liegen. Am 15. Mai 1980 stellten die Warschauer Vertragsstaaten in ihrer Deklaration ein umfangreiches diesbezügliches Aktionsprogramm auf. Es umfaßt eine Ausdehnung der Vertrauensmaßnahmen auf den Mittelmeerraum, einen Abbau der Streitkräfte in diesem Raum, die Zurücknahme der mit Kernwaffen bestückten Kriegsschiffe aus dem Mittelmeer und eine Abstandnahme davon, in den europäischen und nichteuropäischen nichtnuklearen Mittelmeerländern Kernwaffen zu stationieren.

Die sozialistischen Länder erwarten, daß die anderen interessierten Staaten auf diese Vorschläge reagieren.

26. In den letzten Jahren ist das Problem einer **Erhöhung der Sicherheit und Abschwächung der militärischen Spannungen im Raum des Indiks**, an dessen Küsten Völker leben, die sich von der Kolonialherrschaft befreit haben, hochaktuell geworden. Ihr Recht auf ein friedliches, ruhiges Leben und ihr Bestreben, ihre Bemühungen und Ressourcen auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ihrer Länder zu konzentrieren, sind durch die jähe Verstärkung der militärischen Präsenz und militärischen Aktivität der USA und einiger ihrer Bündnispartner im Indikraum in Frage gestellt.

Die Sowjetunion hat stets das Bestreben der Staaten am Indik unterstützt, ihre Region zu einer Friedenszone zu machen, in der alle ausländischen Militärstützpunkte aufgelassen wären und niemand die Sicherheit, Unabhängigkeit und Souveränität der Küstenstaaten bedrohen würde. 1977 und 1978 führte die Sowjetunion zu diesem Zweck mit den USA bilaterale Verhandlungen über eine Begrenzung und spätere Reduzierung der militärischen Aktivität im Indik. Von amerikanischer Seite aus sind aber auch diese Verhandlungen unterbrochen worden. Die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten jetzt ihre militärische Präsenz im Indik intensivieren und dort, namentlich auf Diego Garcia, Militärstützpunkte anlegen, läuft dem Willen der Völker dieser Region der Erde zuwider, erhöht die Spannung und beschwört gefährliche militärische Konflikte herauf.

<sup>4</sup> Die Sowjetunion unterstützt den UNO-Beschluß, daß 1981 eine internationale Indik-Konferenz abgehalten werden soll. Sie beteiligt sich tatkräftig an deren Vorbereitung und ist bereit, gemeinsam mit anderen Ländern dazu beizutragen, daß der Indik zu einer Friedenszone gemacht wird.

## Kürzung der militärischen Aufwendungen

27. Eine der einfachsten und zugleich effektivsten Möglichkeiten zur Einstellung des Wettrüstens und zum Übergang zur Abrüstung ist eine Kürzung der militärischen Aufwendungen. Wenn es gelänge, sich darauf zu einigen, daß die Staaten ihre Militäretats kürzen, so würde das zur Kürzung der militärischen Programme führen und enorme Mittel für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung freistellen.

Bekanntlich steht die Frage einer Kürzung der militärischen Aufwendungen auf der Tagesordnung der UNO und fast sämtlicher Gremien, in denen über die Abrüstung verhandelt wird. Die Sache kommt aber nicht vorwärts, eher umgekehrt: In den letzten beiden Jahrzehnten sind die gesamten militärischen Jahresaufwendungen der Staaten mindestens auf das Doppelte angewachsen.

Schon vor vielen Jahren trat die Sowjetunion für eine Kürzung der Militäretats aller Staaten, vor allem der Großmächte, ein. Diesen Standpunkt vertritt sie auch heute. Die UNO hat wiederholt für diese Initiativen Stellung genommen. Doch gewisse Staaten, unter ihnen auch ständige Mitglieder des Sicherheitsrats, hintertreiben unverhohlen alle Beschlüsse und Appelle zur Kürzung der militärischen Aufwendungen und denken sich dabei allerlei Ausreden aus.

Die Sowjetunion ihrerseits bekräftigt, daß sie bereit ist, jederzeit in Verhandlungen mit anderen Staaten von großem wirtschaftlichem und militärischem Potential, auch mit allen ständigen Mitgliedstaaten des Sicherheitsrats, über das konkrete Ausmaß zu treten, in dem jeder von ihnen seinen Militäretat entweder prozentuell oder in absoluten Summen kürzen soll. Ebenso ist die Sowjetunion bereit, sich über die Höhe der Summe zu einigen, die jeder der seinen Militäretat kürzenden Staaten für die Erhöhung der Wirtschaftshilfe an die Entwicklungsländer zur Verfügung stellen wird.

\* \* \*

Die internationalen Erfahrungen zeugen davon, daß der Weg zu einem festen Frieden und zur Bannung der Gefahr eines neuen Weltkriegs über die Einstellung des Wettrüstens und den Übergang zu realen Abrüstungsmaßnahmen bis zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung führt.

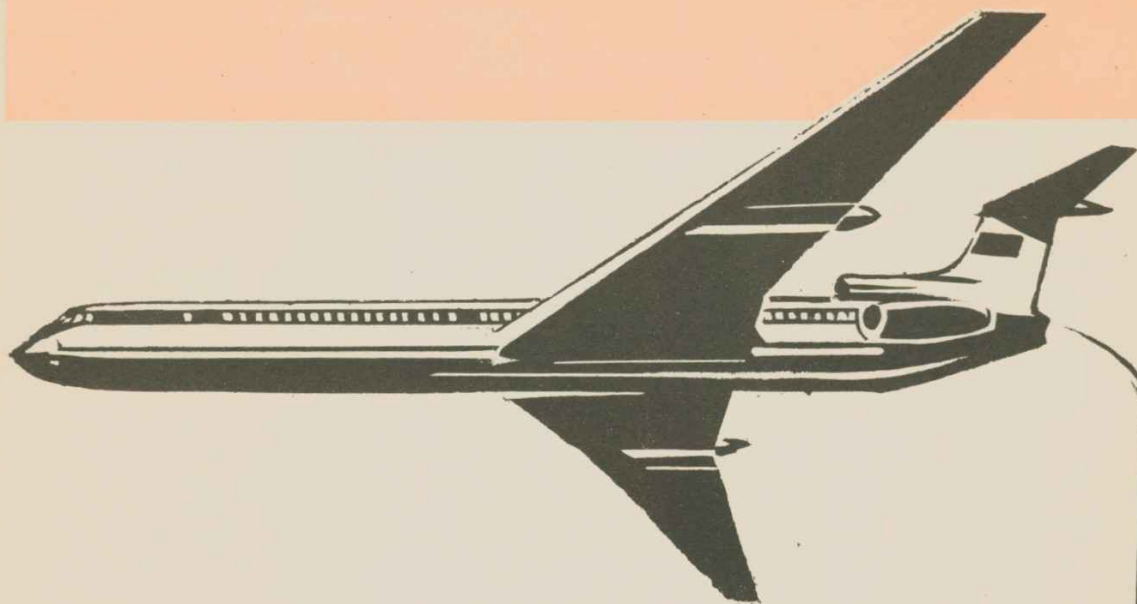
Der Weg zum festen, garantierten Frieden weist keine unüberwindlichen objektiven Hindernisse auf. Das größte Hindernis ist das Fehlen des politischen Willens dazu bei ganz bestimmten Staaten. Dieses Hindernis muß weggeräumt werden. Die Entspannung kann gewahrt und gefestigt, die Sicherheit der Staaten kann fest garantiert werden, wenn die Mitgliedstaaten der UNO und die Staatshäupter ausnahmslos aller Länder das gebührende Verantwortungsbewußtsein, guten Willen, Treue zur Sache des Friedens und die Entschlossenheit an den Tag legen, ihn zu behaupten.

Die Geschichte läßt keine andere Wahl als die friedliche Koexistenz und für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit der Staaten. Die Sowjetunion ist überzeugt, daß das Leben selbst gebietet, daß alle Staaten, die großen und die kleinen, ihre Kräfte aufbieten, um bei der Begrenzung des Wettrüstens und bei der Festigung der politischen und völkerrechtlichen Garantien für die Wahrung des Friedens greifbare Resultate zu erzielen. Die Organisation der Vereinten Nationen kann und muß ihre ganze Autorität dafür aufbieten.

Die Sowjetunion appelliert an alle Staaten, sämtliche konjunkturellen Erwägungen und Kalkulationen, ob innerer oder äußerer Art, beiseite zu schieben, die Versuche einzustellen, eine militärstrategische Überlegenheit zu erlangen, das Streben nach globaler oder regionaler Hegemonie aufzugeben und einzusehen, daß es im Lebensinteresse der Völker liegt, die Gefahr einer nuklearen Katastrophe zu bannen und eine friedliche Zukunft zu gewährleisten.

Die Sowjetunion ist überzeugt, daß dieser von der Sorge für den Frieden getragene Appell dem Sinnen und Trachten aller Völker der Erde entspricht.





## MIT AEROFLOT ZUM „RUSSISCHEN WINTER“!

Aeroflot bietet ihren ausländischen Fluggästen eine schöne Reise nach Moskau zum Kunstfestival „Russischer Winter“ an, das in jedem Jahr vom 25. Dezember bis zum 5. Januar veranstaltet wird.



Theater und Konzertsäle halten das Beste für Sie bereit. Sie erleben die Meister von Oper und Ballett, Estrade und Zirkus sowie Gesangs- und Tanzensembles der Völker der UdSSR.

Näheres bei allen Aeroflot- und Intourist-Büros.

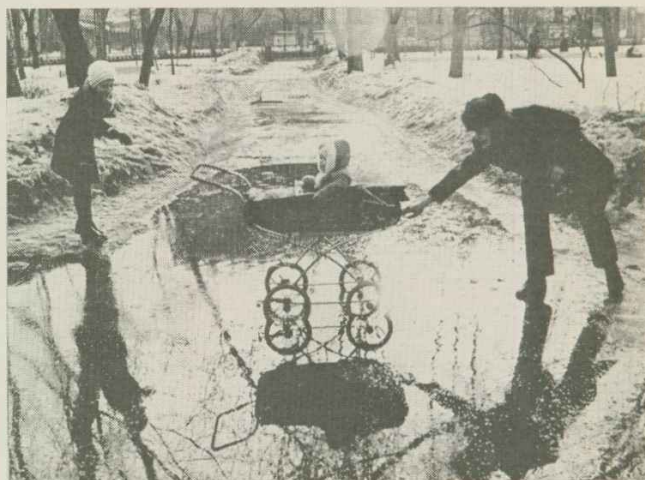
**АЭРОФЛОТ**  
Soviet airlines







# INTERNATIONALER FOTOWETTBEWERB



V. Christoforow (UdSSR) —  
Der Frühling ist da

## „Im Objektiv: PLANET ERDE“

Bald wird die Redaktion eine Bilanz des diesjährigen internationalen Fotowettbewerbs „Im Objektiv: PLANET ERDE“ ziehen. Wir stellen unseren Lesern einige Fotos von Wettbewerbsteilnehmern vor.



Ch. Rivers (USA) —  
Alle brauchen die  
Entspannung

J. Klavins (UdSSR) —  
Vor dem Gewitter



A. Erolgil (Türkei) —  
Impression